



Forum Österreich

AUS DEM ÖBVP

- S 1 Brief der Präsidentin

AUS DEM PSYCHOTHERAPIEBEIRAT –
GESUNDHEITSMINISTERIUM

- S 3 Ethik-Rubrik: Skiczuk, S.: Ausgewählte
rechtliche Implikationen internetgestützter
psychotherapeutischer Tätigkeiten
S 6 Perner, R. A.: Psychotherapie im Internet?
S 8 Leserbrief



SCHWEIZER CHARTA
FÜR PSYCHOTHERAPIE

A S P V

Forum Schweiz/Suisse

- S 9 Editorial: Doch noch Silberstreifen am
Horizont?
S 10 Editorial: Quand même une lueur d'espoir à
l'horizon?
S 10 Schulthess, P.: Psy-Gesetz: Eine kaum mehr
erwartete Einigung ermöglicht ein konsensual
akzeptiertes Thesenpapier zum
Gesetzesentwurf

- S 13 Schulthess, P.: Loi psy: Un accord inattendu
permet l'élaboration d'un texte reflétant un
consensus quant au projet de loi sur les
professions psychologiques
S 16 Gründe des Bundesgerichts zum Zürcher
Psychotherapiegesetz
S 18 Raisons ayant motivé la décision du Tribunal
fédéral quant à la loi zurichoise sur la
psychothérapie
S 20 Verabschiedung
S 21 Adieux
S 21 Die neue Redaktion des Supplements
S 22 Signalement
S 22 Kurze Vorstellung
S 23 Brève présentation
S 23 Bericht aus der Schweizer Charta für
Psychotherapie
S 23 Nouvelles de la Charte suisse pour la
psychothérapie
S 24 Fortbildungsveranstaltungen der Charta-
Institutionen
S 25 Vorankündigung Charta-
Fortbildungsveranstaltung 2003

BERICHT AUS DEM SPV

- S 25 Welche Psychotherapie braucht die Schweiz?
S 26 Mitgliederversammlung 2002

NOUVELLES DE L'ASP

- S 27 De quelle psychothérapie la Suisse a-t-elle
besoin?
S 28 Assemblée des membres 2002

Fortsetzung umseitig



Forum Deutschland

- S 31 Editorial: Im Mai 2002
- S 32 Geschäftsordnung für die Beschwerde- und Schlichtungsstelle des DVP
- S 33 Psychotherapie im Rundfunk. Psychotherapien, Psychotherapeuten: Wer kann mir helfen? Eine Orientierungshilfe in einem tabuisierten Feld
- S 34 Wagner, W.: Unterstützung für Psychotherapeuten. Bundestags-Petitionsausschuss stellt sich hinter Forderung nach besserer Bezahlung
- S 34 Steinecke, G.: 6 Jahre DVP – ein kurzer persönlicher Rückblick
- S 35 Nachrichten aus dem DVP
- S 36 Runder Tisch der Fachgesellschaften psychosozialer Berufe im Akutkrankenhaus: Psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus angemessen finanzieren und dokumentieren
- S 37 Wissenschaftlicher Beirat erkennt Gesprächstherapie an

Psychotherapie International

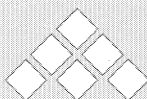
- S 39 VERANSTALTUNGSKALENDER

Beiträge für das Supplement sind zu richten an:

Frau Eva Kutschera, ÖBVP, Löwengasse 3/5/6, A-1030 Wien, bzw. an Frau Erica Brühlmann-Jecklin, Urdorferstrasse 69a, CH-8952 Schlieren, bzw. an Frau Gisela Steinecke, Neben der Großen Metzgergasse 7, D-63739 Aschaffenburg

Anfragen an den jeweiligen nationalen Verband sind zu richten an:

Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP), Löwengasse 3/5/6, A-1030 Wien, Fax 0043/1/512 70 914, bzw. Schweizer Psychotherapeuten-Verband (SPV/ASP), Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Fax 0041/1/262 29 96, Schweizer Charta für Psychotherapie, Engelstrasse 5, CH-9000 St. Gallen, Tel./Fax 0041/71/2800524, bzw. Deutscher Dachverband für Psychotherapie, c/o VAS Verlag, Kurfürstenstraße 18, D-60486 Frankfurt/M., Fax 0049/69/707 39 67



Aus dem ÖBVP



Brief der Präsidentin

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Diesen ‚Brief der Präsidentin‘ verfasse ich noch unter dem unmittelbaren und freudigen Eindruck der Generalversammlung am 4. Mai 2002, in der wir als Team und ich als Präsidentin mit unserer Linie durch ein eindeutiges Wählervotum (62%) bestätigt worden sind.

Es ist mir ein Anliegen, auch in diesem Rahmen zuerst unseren Wählerinnen und Wählern zu danken. Besonderer Dank gilt den KollegInnen, die mit ihrem Engagement und Einsatz uns und unsere berufspolitische Haltung in den zwei Jahren aktiv mitgetragen und unterstützt haben – eine Haltung, die sich dem Psychotherapiegesetz konsequent verpflichtet fühlt und die demgemäß eine der Psychotherapie tatsächlich angemessene Verankerung im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft durchaus auch kämpferisch verfolgt.

Dieses eindeutige Wahlergebnis klärt nicht nur die Situation nach innen, sondern ist natürlich auch ein klares Signal nach außen. Vor allem im Zusammenhang mit den begonnenen Gesprächen im Rahmen von Gesamtvertragsverhandlungen im Hauptverband der Sozialversicherungsträger wird unsere Position gestärkt. In dieser Hinsicht wird noch etwas ganz wesentlich zum Ausdruck gebracht und vermittelt: Im ÖBVP wird eine Linie mit großer Mehrheit getragen, was eine wichtige und brauchbare Gegendarstellung zu dem da und dort vorhandenen Bild vom ÖBVP als ‚zerstrittenem Haufen‘ ist. Das Wahlergebnis heißt für unsere Verhandlungsgenossen auch, dass essenzielle Eckpfeiler für eine psychotherapiegerechte Gesamtvertragslösung Berücksichtigung finden müssen. Wenn dies nicht gegeben sein

sollte, ist nicht nur mit keinem tragfähigen Ergebnis, sondern auch mit unserem Widerstand zu rechnen.

Selbstverständlich werden unsere Verhandlungen auch weiterhin von anderen Faktoren begleitet und getragen werden – Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung von Verantwortlichen, dem politischen Willen zu einem Gesamtvertrag, gezielter Unterstützung von namhaften ExpertInnen und Persönlichkeiten, Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen – wie z. B. der PatientInnenanwaltschaft.

Die Tatsache, dass die Briefwahl und damit die Möglichkeit zur mitgestaltenden Meinungsäußerung auch diesmal wieder in so hohem Ausmaß (etwas über 50%) genutzt wurde, zeigt uns Ihr Interesse als Basis. Entgegen immer wieder laut werdenden ‚Unkenrufen‘ hat die Kontroverse, der Linienstreit samt der einhergehenden (manchmal auch Verwirrung stiftenden) Papierflut, die bei Ihnen zu Hause gelandet ist, nicht zu einem resignierten Rückzug geführt – im Gegenteil, sehr viele KollegInnen haben ihre Verantwortung in dieser Situation wahr genommen und ihre Stimme abgegeben. Diese Tatsache gibt uns FunktionärInnen für die weitere Arbeit in unserem Verband und vor allem für die Entwicklung unseres Verbandes Mut und Zuversicht. Dafür bedanken wir uns bei allen, die ihre Stimme abgegeben und damit an der Willensbildung des Verbandes mitgewirkt haben.

Die Stärke und Durchsetzungsfähigkeit einer Berufs- und Interessenvertretung hängt unmittelbar von der Rückkoppelung an die Mitglieder und dem Engagement vieler ab.

Dieses Moment war mir auch im Rückblick auf zehn Jahre ÖBVP im Rahmen unserer Geburtstagsfeier im

Wiener Rathaussaal wesentlich. Mit wievielen engagierten KollegInnen und ihrer – sehr oft und viele Stunden unentgeltlicher – Arbeit diese zehn Jahre ÖBVP verbunden waren und sind, wurde durch die vielen Gesichter und Namen auf großen Postern anschaulich. Viele Bilder, Erinnerungen an Gründungssitzungen, Gremien, BUKOS, anfänglich provisorischen Pioniersbedingungen standen im Raum – und auch vieles, was wir schon erreicht haben. Dafür sei Ihnen/Euch allen auch hier noch einmal im Namen von uns allen Dank gesagt.

Noch etwas wurde bei diesem Fest sichtbar – wir PsychotherapeutInnen wissen um die Bedeutung von Fehlendem, Auslassungen und die Notwendigkeit, diese wahrzunehmen und zu begreifen – einige wesentliche Träger unserer Verbandsgeschichte waren nicht anwesend.

Es ist für unsere Zukunft im Verband zu hoffen und wir werden mit aller Anstrengung daran arbeiten, dass trotz kontroversieller Sichtweisen und Standpunkte, trotz gewonnener und natürlich auch verlorener Mehrheitsentscheidungen der Blick auf gemeinsame – weil übergeordnete – Fragestellungen und Ziele nicht verloren geht. Dann wird es auch möglich sein, gemeinsam Jubiläen zu begehen, Dank und Anerkennung im entsprechenden Rahmen auszusprechen bzw. anzunehmen und zugleich Kritik anzubringen und Kontroversen auszutragen, wo sie angebracht sind.

In diesem Sinne sehen wir auch für die kommenden zwei Jahre die weitere Entwicklung und Etablierung be-

rufs- und damit demokratiepolitischer Selbstverständlichkeiten als zentrales Moment unseres ‚innenpolitischen‘ Tuns.

Zum einen heißt das für uns als Verbandsführung, auch weiterhin auf der Einhaltung unserer Regeln und der jeweils geltenden verbindlichen Strukturen zu beharren. Dazu braucht es auch die Bereitschaft, unbequem zu sein, im Interesse des Bestehens des Verbandes standzuhalten, wenn das Aufzeigen von Regelverletzungen statt dieser selbst als Missetat angegrangert wird.

Zum anderen gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen Diskurs ermöglichen – auch über die Eignung bestehender Strukturen im Hinblick auf die erreichte Größe und Entwicklungsstufe des ÖBVP. Der derzeit laufende Prozess einer Organisationsentwicklung sorgt – unter Einbeziehung möglichst aller relevanter Interessensgruppierungen und damit Interessenskonflikte – für diese Auseinandersetzung; er soll letztlich zu einer sicherlich notwendigen Veränderung führen – rückgekoppelt mit allen Mitgliedern bzw. gezielt mit einzelnen Gruppen und Gruppierungen und ihren spezifischen Sichtweisen und Interessen. Auf Grundlage dieser rechtzeitigen Information und somit der Möglichkeit, im laufenden Prozess anregende und korrigierende Rückmeldungen zu geben, wird die Basis dann über die Annahme veränderter Strukturen entscheiden.

Parallel zur Weiterentwicklung und Veränderung von Strukturen wollen wir auch für den inhaltlichen

Diskurs über unterschiedliche Sichtweisen und Einschätzungen und damit über Personen und Gruppierungen, die jeweils dahinter bzw. dafür stehen, gezielt einen Rahmen für die Auseinandersetzung schaffen; aber auch neue Formen der Begegnung sollen entstehen. Konkret planen wir einen ‚open space‘ zu relevanten Fragestellungen unserer Berufsgruppe und unserer Berufspolitik – mit der Intention, viele einzubinden, einer lustvoll kreativen und durchaus auch heftig engagierten Gesprächs- und Diskussionsatmosphäre Raum zu geben. Wir sind immer noch der Überzeugung, dass inhaltliche Kontroversen und widersprüchliche Ansichten befruchtend sind; wir sind auch voll Zuversicht, dass es gelingen kann, tatsächlich beim Inhalt zu bleiben und nicht in persönliche bzw. verdeckt machtpolitische Animositäten abzurutschen.

Auf dem Boden des bisher Erreichten, gestärkt durch das klare Abstimmungsergebnis, wollen wir diese und andere entscheidenden Themen in Angriff nehmen.

Wir werden den Rahmen des Supplements wieder vermehrt für berufspolitische Grundsatzdiskussionen nützen, die über die aktuelle tagespolitische Information hinausgehen, und auch in diesem Forum zur Diskussion anregen bzw. einladen.

Ich, wir freuen uns auf die Arbeit und wünschen allen – uns fürs erste auch – erholsame Sommer- und Urlaubswochen.

Dr. Margret Aull für das Präsidium

Aus dem Psychotherapiebeirat – Gesundheitsministerium

Ethik-Rubrik

Forum zur Diskussion berufsethischer Fragen

Ziel und Sinn dieser „Ethik-Rubrik“ sind der Erfahrungsaustausch und die Diskussion berufsethischer Fragen. Das Team der Ethik-Rubrik setzt sich zusammen aus *Dr. Michael Kierein, Dr. Renate Hutterer-Krisch, Dr. Gerhard Pawlowsky, Mag. iur. Sandra Skiczuk, Dr. Gerhard Stemberger, DSA Billie Rauscher-Gföhler*. Sie sind dazu eingeladen, Leserbriefe und Diskussionsbeiträge zu berufsethischen Fragen zu schreiben. Das Team der Ethik-Rubrik muss nicht mit den Inhalten und Stellungnahmen abgedruckter Leserbriefe und Diskussionsbeiträge übereinstimmen. Leserbriefe und Diskussionsbeiträge zu ethischen Fragen in der Psychotherapie bitte an:

Dr. Renate Hutterer-Krisch, Kantnergasse 51, A-1210 Wien.

S. Skiczuk

Ausgewählte rechtliche Implikationen internetgestützter psychotherapeutischer Tätigkeiten*

1. Einleitung

Dieser Beitrag befasst sich mit ausgewählten rechtlichen Aspekten der internetgestützten Ausübung der Psychotherapie, wobei als erster Schritt zu klären sein wird, ob und unter welchen Bedingungen diese rechtlich zulässig sein kann. Ausgangspunkt und Mittelpunkt der Betrachtung sind die berufsrechtlichen Regelungen des Psychotherapiegesetzes (PthG)¹.

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Version des Aufsatzes „Ausgewählte rechtliche Rahmenbedingungen internetgestützter psychotherapeutischer Tätigkeiten (IPT)“, erschienen im „Jahrbuch Psychotherapie und Recht II“ von Firlei, Kierein, Kletecka-Pulker (Hrsg), Facultas, Wien (2002).

¹ BGBl 1990/360.

Bei gezieltem Surfen im Internet stößt man auf Begriffe wie „Cyber-Therapie“, „Online-Counselling“, „Online-Therapie“ und „virtuelle Couch“, die suggerieren, dass psychotherapeutische Tätigkeiten über das Internet abgewickelt werden. Man sollte jedoch hinterfragen, was sich hinter diesen Begriffen in Wirklichkeit verbirgt und worin das konkrete Leistungsangebot liegt.

Auch der Ethikausschuss des Psychotherapiebeirats im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen ist bereits seit längerem mit dem Phänomen „Psychotherapie und Internet“ befasst. Ziel ist es, den Berufskodex für Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen², der die

² Berufskodex für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, beschlossen vom

Berufspflichten des § 14 PthG näher konkretisiert, durch eine gesonderte Richtlinie zum Bereich „Psychotherapie und Internet“ zu ergänzen.

Dieses Vorhaben erscheint insbesondere aufgrund der steigenden Präsenz österreichischer Psychotherapeuten³ im Internet, die „Online-Beratung“ und Ähnliches⁴ anbieten, notwendig.

Vorweg ist festzuhalten, dass Psychotherapeuten die im Psychotherapiegesetz (PthG), BGBl. Nr. 361/1990, normierten Berufspflichten ebenso bei einer internetgestützten psychotherapeutischen Tätigkeit in vollem Umfang einhalten müssen.

Im Blickpunkt der Betrachtung stehen das Gebot der Berufsausübung nach bestem Wissen und Gewissen gemäß § 14 Abs 1 PthG, der Grundsatz der persönlichen und unmittelbaren Berufsausübung gemäß § 14 Abs 2 PthG, die psychotherapeutische Verschwiegenheitspflicht gemäß § 15 PthG und die werberechtliche Bestimmung des § 16 PthG.

Im Bereich der Telemedizin wurden bereits Grundsätze für eine Zulässigkeitsprüfung entwickelt, die auch für internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeiten aufgrund der Verallgemeinerungsfähigkeit herangezogen werden können.

Während aber in der Telemedizin das Internet mittelbar für die Behandlung des Patienten eingesetzt wird, weil der Patient nicht aktiv in Aktion

Psychotherapiebeirat im BM für soziale Sicherheit und Generationen in der 13. Vollsitzung am 17. 11. 1992, ergänzt durch einen Beschluss in der 31. Vollsitzung am 4. 6. 1996.

³ Der Begriff „Psychotherapeut“ – sowie alle anderen geschlechtsbezogenen Begriffe – werden geschlechtsneutral verwendet.

⁴ Vgl dazu u.a. den Link „PsychotherapeutInnen mit Online-Beratung“ auf www.psychotherapie.at (26. 11. 2001).

tritt, wird im Bereich der Psychotherapie das Internet direkt für die Interaktion zwischen Psychotherapeut und Patient genutzt.

Die einst vorherrschende Meinung, wonach Distanzbehandlungen jeglicher Art unzulässig waren und mit dem Grundsatz der persönlichen und unmittelbaren Berufsausübung gemäß § 1 Abs 2 und § 49 Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 69, als nicht im Einklang stehend angesehen wurden, erfuhr durch die Modernisierung der Medizin und der Entwicklung neuartiger bahnbrechender Informationstechnologien eine Modifizierung, die eine Lockerung dieser strengen Sichtweise mit sich brachte.⁵

Nunmehr wird eine differenzierte Betrachtungsweise vertreten, wobei für die Beurteilung der Zulässigkeit einer telemedizinischen Tätigkeit zwei Kriterien ausschlaggebend sind. Zum einen ist auf die konkrete Möglichkeit abzustellen, eventuell auftretende Gefahren der Tätigkeit auch über die Distanz hinweg beherrschen zu können⁶ (*Element der Situations- bzw. Gefahrenbeherrschung*), zum anderen ist zu prüfen, ob dem Arzt auf der Grundlage des Internetkontakts eine hinreichende Entscheidungsgrundlage⁷ für seine Tätigkeit zur Verfügung steht (*Element der hinreichenden Entscheidungsgrundlage*). Die Beurteilung ist jeweils im konkreten Einzelfall vorzunehmen.

Diese übertragbaren Zulässigkeitskriterien sind nicht nur Maßstab für die Verpflichtung zur persönlichen und unmittelbaren Berufsausübung nach § 14 Abs 2 PthG, sondern insbesondere auch Determinanten für die in § 14 Abs 1 PthG normierte Pflicht, den Beruf nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben. Die dadurch geforderte Einhaltung der gebotenen Sorgfalt kann dann als gegeben angesehen werden, wenn die konkrete internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeit lege artis ist.

Als Hilfestellung und Maßstab für diese Beurteilung könnte man die bereits etablierten und erfolgreich

arbeitenden Telefondienste, die Krisenintervention und Beratung bei psychischen Problemen anbieten, heranziehen, die allgemein als rechtlich unproblematisch und mit dem PthG als in Einklang stehend einzustufen sind.

2. Der Grundsatz der persönlichen und unmittelbaren Berufsausübung gemäß § 14 Abs 2 PthG

Je nachdem, ob der Psychotherapeut einen synchronen oder asynchronen Internetdienst für seine internetgestützte psychotherapeutischen Tätigkeiten in Anspruch nimmt, kann ein Problem in Bezug auf die Verpflichtung zur unmittelbaren Berufsausübung auftreten. Synchroner Dienste können in dieser Hinsicht als unproblematisch angesehen werden, weil die Kontinuität der Kommunikation, abgesehen von möglichen auftretenden technischen Gebrechen, gewahrt wird.

Anders verhält es sich bei den asynchronen Diensten. Bei diesem wohl am öftesten in Anspruch genommenen und weitest verbreiteten Kommunikationsmittel für internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeiten besteht das Problem der zeitlichen Differenz zwischen den einzelnen E-Mail-Kontakten. M. E. ist diese nur in sehr engen Grenzen zulässig, nämlich dann, wenn der Patient vom Psychotherapeuten umgehend eine Antwort auf seine E-Mail-Anfrage erhalten kann.

3. Hinreichende Entscheidungsgrundlage

Nur wenn der Psychotherapeut seinen Beruf nach bestem Wissen und Gewissen und unter Beachtung der Erkenntnisse der Wissenschaft ausübt, handelt er rechtmäßig (§ 14 Abs 1 PthG). Damit er diesem Sorgfaltsmaßstab gerecht werden kann, muss er auch bei Verwendung des Internets eine hinreichende Entscheidungsgrundlage für die Behandlung zur Verfügung haben und die Gefahren seiner Tätigkeit beherrschen können.

Diese ist nur dann gegeben, wenn der Psychotherapeut vor Beginn der Behandlung eine psychotherapeutische diagnostische Abklärung und In-

dikationsstellung durchführt. Dazu kann erforderlichenfalls auch eine medizinische oder klinisch-psychologische Abklärung gehören, da der Psychotherapeut gemäß § 14 Abs 2 PthG verpflichtet ist, seinen Beruf allenfalls in Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Wissenschaften auszuüben.

4. Situations- bzw. Gefahrenbeherrschung

Bei jeder internetgestützten psychotherapeutischen Tätigkeit hat der Psychotherapeut zu prüfen, ob er in der Lage ist, die Situation und mögliche auftretende Gefahren zu erkennen und zu beherrschen, d. h. in angemessener und der Situation entsprechender Weise reagieren zu können. Als Maßstab dafür ist die Reaktionsmöglichkeit bei herkömmlicher Therapie, in der sich Therapeut und Patient im selben Raum befinden, heranzuziehen.

Damit eine internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeit als zulässig erachtet werden kann, müssen beide Zulässigkeitskriterien („hinreichende Entscheidungsgrundlage“ und „Situations- bzw. Gefahrenbeherrschung“) kumulativ vorliegen. Bereits die Verneinung eines Kriteriums führt zur Unzulässigkeit und sohin zur Verpflichtung, die internetgestützte Intervention abzulehnen bzw. abzubrechen.

5. Einhaltung der Fortbildungsverpflichtung gemäß § 14 Abs 5 PthG

Zu beachten ist, dass sich der Psychotherapeut gem § 14 Abs 5 PthG bei der Ausübung seines Berufes auf jene psychotherapeutischen Arbeitsgebiete und Behandlungsmethoden zu beschränken hat, auf denen er nachweislich ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben. M. E. sind internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeiten als eigenes psychotherapeutisches Arbeitsgebiet zu qualifizieren, weil beträchtliche Unterschiede zu einer herkömmlichen Therapie in Bezug auf Setting und angewandte Methode bestehen und diese daher spezielle Kenntnisse erfordert, wodurch ein Psychotherapeut eine Fortbildung in diesem Bereich aufweisen muss. Diese Ver-

⁵ Eine Zusammenstellung des aktuellen Meinungsstandes findet sich bei *Wirbel-Rusch*, Telemedizin, 21 ff.

⁶ *Nentwich*, RdM 1997, 178, *Kopetzki* in *Stodulka/Tauss* (Hrsg), Medizin Online (2000) 126.

⁷ *Kopetzki* in *Medizin Online*, 126.

pflichtung gemäß § 14 Abs 5 PthG ist insbesondere im Hinblick auf die zivil- und strafrechtlich verankerte Übernahms- bzw. Einlassungsfahrlässigkeit relevant.

6. Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 15 PthG

Ohne auf detaillierte technische Lösungsmöglichkeiten einzugehen, sei an dieser Stelle gesagt, dass der Psychotherapeut auch bei internetgestützten psychotherapeutischen Tätigkeiten für die Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht gem § 15 PthG zu sorgen hat. Beispielsweise wäre eine „Online-Beratung“ in einem allgemein zugänglichen „Chat-Room“, ebenso wie das Versenden unverschlüsselter E-Mails durch den Psychotherapeuten, als Verstoß gegen § 15 PthG anzusehen. In diesem Zusammenhang ist auch auf das Problem der Authentizität hinzuweisen, weil sich der Psychotherapeut über die Identität seines Patienten nie sicher sein kann und so möglicherweise individuelle Informationen an die falsche Person weitergibt, was wiederum ein Problem der Verschwiegenheitspflicht darstellt.⁸

7. Einhaltung der Werbebeschränkung

§ 16 Abs 1 PthG bestimmt, dass sich der Psychotherapeut jeder unsachlichen oder unwahren Information im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufes zu enthalten hat. Die Werbebeschränkung gilt auch bei der Ausübung internetgestützter psychotherapeutischer Tätigkeiten, weil diese „im Zusammenhang mit der Ausübung des Berufes“ gem § 16 Abs 1 PthG steht. Für den Bereich der entgeltlichen internetgestützten psychotherapeutischen Tätigkeiten bestimmt das E-Commerce-Gesetz (ECG), dass Werbebeschränkungen für Dienstanbieter, die berufsrechtlichen Vorschriften unterliegen, einzuhalten sind. Der Psychotherapeut hat also bei der Gestaltung einer eigenen Homepage die werberechtlichen Vorgaben „wahre und sachliche Information“ einzuhalten.

8. Abgrenzung zwischen Beratung und Therapie im Hinblick auf werberechtliche Vorgaben

Bei der Beurteilung, ob eine Werbung im Einklang mit § 16 Abs 1 PthG steht, tritt unweigerlich das Problem der Abgrenzung zwischen Therapie und Beratung auf. Aus allgemeiner psychotherapierechtlicher Sicht macht es keinen Unterschied, ob ein Psychotherapeut eine Beratung oder eine Psychotherapie durchführt. Hinsichtlich internetgestützter psychotherapeutischer Tätigkeiten und speziell der Werbebeschränkung des § 16 Abs 1 PthG bereitet die schlechte Abgrenzbarkeit jedoch große Schwierigkeiten, wenn sich hinter einer angebotenen „psychotherapeutischen Beratung“ oder „Online-Beratung“ in Wirklichkeit (der Versuch einer bzw.) eine Psychotherapie verbirgt, die nach derzeitigem Stand nicht lege artis und daher nicht zulässig sein kann und ergo via Internet nicht durchgeführt werden darf.

9. Das E-Commerce-Gesetz

Mit dem am 1. Jänner 2002 in Kraft getretenen E-Commerce-Gesetz (ECG), welches der Umsetzung der sogenannten E-Commerce-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften (2000/31/EG) dient, sollen einige wichtige rechtliche Fragen im elektronischen Geschäftsverkehr beantwortet werden.

Das ECG stellt neben dem PthG einen maßgeblichen Normenkomplex dar, weil es dem Psychotherapeuten spezielle Pflichten für das Anbieten von entgeltlichen internetgestützten psychotherapeutischen Tätigkeiten auferlegt (Informationspflichten, Bereitstellungspflicht von technischen Möglichkeiten zur Korrektur von Eingabefehlern bei Vertragsabschluss etc.). Darüber hinaus regelt das ECG mit dem sogenannten Herkunftslandprinzip, welche nationale Rechtsordnung im Einzelfall zur Anwendung kommt.

Durch das ECG wird klargestellt, dass die Aufnahme und die Ausübung eines Online-Dienstes keine besondere Zulassung erfordert. Allerdings sind die Rechtsvorschriften, die den Zugang zu bestimmten Berufen regeln, auch für die internetgestützte Berufsausübung, also für das Anbie-

ten eines Online-Dienstes aus dem jeweiligen Berufsfeld, zu beachten, da diese durch das ECG unberührt bleiben sollen (§§ 4, 5 ECG). Bietet demnach jemand „als Psychotherapeut“ psychotherapeutische Leistungen an, so muss er gem § 17 PthG in die Psychotherapeutenliste eingetragen sein.

Internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeiten stellen, soweit sie entgeltlich sind, einen Dienst der Informationsgesellschaft im Sinne von § 3 Z 1 ECG dar und unterliegen daher den Bestimmungen des ECG.

Der dritte Abschnitt des ECG befasst sich mit den Informationspflichten von Dienst Anbietern. Dazu gehören Bestimmungen über allgemeine Informationen (§§ 5 und 6) sowie Bestimmungen über „nicht angeforderte kommerzielle Kommunikation“ (§ 7) und über „Werbung für Angehörige geregelter Berufe“ (§ 8).

Um § 5 Abs 1 ECG Genüge zu tun, muss der Psychotherapeut potenziellen Patienten seinen Namen (Z 1), die geografische Anschrift, unter der er niedergelassen ist (Z 2), Angaben, aufgrund derer die Nutzer mit ihm rasch und unmittelbar in Verbindung treten können, einschließlich seiner elektronischen Postadresse (Z 3), das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen als die für Psychotherapeuten zuständige Aufsichtsbehörde (Z 5), weiters den Berufsverband, dem der Psychotherapeut angehört (Z 6), die Berufsbezeichnung „Psychotherapeut“ und fakultativ eine Zusatzbezeichnung gemäß § 13 Abs 1 PthG (Z 6), weiters Österreich als den Mitgliedsstaat, in dem die Berufsbezeichnung(en) verliehen worden ist bzw. sind (Z 6), einen Hinweis auf das PthG als berufsrechtliche Vorschrift und den Zugang zu diesem (Z 6) sowie gegebenenfalls die Umsatz-Identifikationsnummer (Z 7) angeben. Eine Verletzung dieser allgemeinen Informationspflichten stellt gemäß § 26 Abs 1 Z 1 ECG eine Verwaltungsübertretung dar.

Auch für den Vertragsabschluss sieht das ECG besondere Pflichten vor. Durch § 9 ECG wird dem Psychotherapeuten die Pflicht auferlegt, seinen Patienten klar, verständlich und eindeutig über die einzelnen technischen Schritte, die zu seiner Vertragsklärung und zum Vertragsabschluss

⁸ Kopetzki in Medizin Online, 129.

führen (Z 1), über den Umstand, ob der Vertragstext nach Vertragsabschluss von ihm als Diensteanbieter gespeichert wird, sowie gegebenenfalls über den Zugang zu einem solchen Vertragstext (Z 2), über die technischen Mittel zur Erkennung und Berichtigung von Eingabefehlern vor Abgabe der Vertragserklärung (Z 3) sowie über die Sprachen, in denen der Vertrag abgeschlossen werden kann (Z 4), zu informieren. Die genannten Informationspflichten gelten allerdings nicht für Verträge, die ausschließlich im Weg der elektronischen Post oder eines damit vergleichbaren individuellen Kommunikationsmittels abgeschlossen werden.

Die Bestimmungen zur Abgabe einer Vertragserklärung (§ 10 Abs 1–3 ECG) verpflichten den Psychotherapeuten, seinem Patienten angemessene, wirksame und zugängliche technische Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen er Eingabefehler vor der Abgabe seiner Vertragserklärung erkennen und berichtigen kann (Z 1). Weiters hat der Psychotherapeut dem Patienten den Zugang einer elektronischen Vertragserklä-

rung unverzüglich elektronisch zu bestätigen (Z 2).

Aufgrund der weltweiten Zugänglichkeit und Abrufbarkeit der Dienste der Informationsgesellschaft sieht das ECG auch Bestimmungen vor, die regeln, welches nationale Recht wann zur Anwendung kommen soll. Der 6. Abschnitt des ECG erläutert in §§ 20ff das sogenannte Herkunftslandprinzip und seine Ausnahmeregelungen.

§ 20 ECG sieht vor, dass sich im koordinierten Bereich (§ 3 Abs 8 ECG), wozu auch die Ausübung der Psychotherapie zählt, die rechtlichen Anforderungen an einen in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Diensteanbieter nach dem Recht des Mitgliedstaates richten.

Das bedeutet beispielsweise, dass ein Psychotherapeut, der von Deutschland aus seine Dienste anbietet, deutschem Recht unterliegt, auch wenn er einen österreichischen Patienten betreut. Umgekehrt unterliegt ein Psychotherapeut, der seine Dienste von Österreich aus einem deutschen Patienten anbietet, österreichischem Recht.

10. Abschließende Bemerkung

Internetgestützte psychotherapeutische Tätigkeiten könnten sich insbesondere als Ergänzung zu einer herkömmlichen Therapie bewähren oder für Personen angeboten werden, die auf anderem Wege keinen Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung haben, weil sie aufgrund von Krankheit, Behinderung oder räumlicher Entfernung nicht in der Lage sind, eine „Face-To-Face-Beratung oder -Therapie“ in Anspruch zu nehmen.

Auch wäre der Einsatz des Internets in der Endphase einer Therapie erwägenswert, um so eine mögliche Abhängigkeit zum Psychotherapeuten schrittweise abzubauen. Weiters erscheint es empfehlenswert und nach dem ECG geboten, dass der Psychotherapeut auch telefonisch erreicht werden kann, um so in Notfällen besser agieren zu können.

Mag. Dr. Sandra Skiczuk

Juristin im BMSG

Tel. +43/1/71100-4200

E-mail: sandra.skiczuk@bmsg.gv.at

R. A. Perner

Psychotherapie im Internet?*

1. Rechtliche Wertungen sind methodenabhängig

1.1.

Wenn man Psychotherapie weitgefasst als zielgerichtete Kommunikationsform unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen (Setting) UND einer nach festgelegten Ausbildungsschritten erlernten Methode anerkennt, zeigt sie sich jedenfalls als eine qualifizierte Fähigkeit. Sie fällt damit unter § 1299 ABGB, der besagt:

„Wer sich zu einem Amte, zu einer Kunst, zu einem Gewerbe oder Handwerk öffentlich bekennt; oder wer ohne Not freiwillig ein Geschäft übernimmt, dessen Ausführung eigene Kunstkenntnisse, oder einen nicht ge-

wöhnlichen Fleiß erfordert, gibt dadurch zu erkennen, dass er sich den notwendigen Fleiß und die erforderlichen, nicht gewöhnlichen, Kenntnisse zutraue; er muss daher den Mangel derselben vertreten. Hat aber derjenige, welcher ihm das Geschäft überließ, die Unerfahrenheit desselben gewusst; oder, bei gewöhnlicher Aufmerksamkeit wissen können, so fällt zugleich dem letzteren ein Versehen zur Last.“

Und §1300 setzt fort:

„Ein Sachverständiger ist auch dann verantwortlich, wenn er gegen Belohnung in Angelegenheiten seiner Kunst oder Wissenschaft aus Versehen einen nachteiligen Rat erteilt. Außer diesem Fall haftet ein Ratgeber nur für den Schaden, welchen er wesentlich durch Erteilung des Rates dem anderen verursacht hat.“

Mögliche Innovationen von psychotherapeutischer Kommunikation wären demnach denkbar: nach Setting und/oder Methodik – vorausgesetzt, das Setting widerspricht nicht der Methodik bzw. umgekehrt.

1. 2.

Betrachtet man die Möglichkeiten von Telekommunikation, so unterscheidet sich die Wahrnehmung der Gesprächspartner je nachdem, ob

- optische Wahrnehmung,
- akustische Wahrnehmung,
- olfaktorische Wahrnehmung und vor allem
- bioelektrische Wahrnehmung fehlt. (Darunter verstehe ich die Wahrnehmung der Veränderungen des elektrischen Hautwiderstandes je nach Veränderung der Neurotransmitterausschüttungen bzw. Gehirnstrommuster.)

Unabhängig von dem zu „behandelnden“ Leidenszustand kann je nach

* Der Lesbarkeit halber wurden im Text nur männliche Sprachformen gewählt.

methodischer Ausrichtung der jeweiligen psychotherapeutischen Schule möglicherweise die eine oder andere Wahrnehmungsform als verzichtbar betrachtet werden: kognitiv ausgerichtete Methodik (z. B. Verhaltenstherapie) wird möglicherweise auch mit reiner Schriftform ihr Auslangen finden; auch scheint mir vorstellbar, dass manche suggestive Interventionen (z. B. Hypnotherapie nach Milton Erickson) den Einsatz von Stimm-schwingung entbehren könnten. Für emotional ausgerichtete Psychotherapiemethoden (z. B. Analytische Psychologie, Gesprächspsychotherapie, Psychoanalyse) wäre ein Verzicht auf ganzheitliche Wahrnehmung jedoch ein intolerabler Kunstfehler.

Ich benütze die Formulierung „möglicherweise“, weil ich damit den Thesencharakter dieser Behauptung hervorheben will, die erst verifiziert bzw. falsifiziert werden müsste.

1. 3.

Differenziert man psychotherapeutische und beraterische Dienstleistungen in Form von Telekommunikation, sofern sie von Psychotherapeut/innen im selbstverantworteten Design (im Gegensatz zu einem Angebot, das beispielsweise von einer „Helpline“ erstellt wird, wo deren Betreiber die Informationspflicht träge) erbracht werden, ist aus rechtlicher Sicht jedenfalls zu fordern, dass als Voraussetzung umfassende Information über die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit der angewandten Methodik erbracht wird: da Sprache jedenfalls Suggestivcharakter besitzt (daher Intervention als Garantie missdeutet werden könnte), muss eindeutig und allgemein verständlich deklariert werden, was nach objektiven Kriterien

- als Leistung,
- als Folge,
- als Abweichung
- sowie in letzterem Fall als vereinbarte Verpflichtung zu Gegenmaßnahmen (und Haftungsausschluss im gegenteiligen Fall)

zu erwarten anfällt.

„Psychotherapeutisch fundierte“ Beratung bzw. allenfalls anders zu benennende Angebote in Telekommunikationsform wäre demnach eine innovative Dienstleistung, die erst konkretisiert werden müsste, damit

Grenzsetzungen im Sinne des Konsumentenschutzes einheitlich kennzeichnbar werden.

2. Ethische Sichtweise heißt auch, die eigene Position zu deklarieren

2. 1.

Wie jede andere Form von Kommunikation kann auch bei Telekommunikation als Initiativbotschaft Angebot und Nachfrage unterschieden werden.

Wird ein potenzieller Klient aktiv, erhebt sich – wie immer – die Frage, Hoffnungen und Forderungen von realistischen Erwartungen zu trennen; „wirbt“ bzw. „informiert“ der Psychotherapeut im Netz, stellt sich die Frage, wie weit es nicht sinnvoll wäre, sowohl zum Schutze der Klienten wie der Psychotherapeuten eine standardisierte Form vorzugeben.

Grundsätzlich ist im Sinne einer breiten Information zu befürworten, dass nicht nur in Telefonverzeichnissen, sondern auch in anderen Nachschlagwerken relevante Informationen auffindbar sind. Was dabei als relevant zu erachten ist oder welche Informationen als Ausfluss von Existenzsorgen, Konkurrenzängsten oder anderen narzisstischen Bedürfnissen empfunden werden bzw. vielleicht sogar Täuschungs- oder Betrugscharakter aufweisen oder auch „nur“ unlauteren Wettbewerb darstellen, sollte fairerweise nicht erst im konkreten Anlassfall klargestellt werden.

2. 2.

In ihrer Studie zu sexuellen Übergriffen in der Psychotherapie („Tatort Couch“) hat Claudia Hevne deutlich aufgezeigt, dass Kollegen, die in unbefriedigenden Partnerbeziehungen leben, kaum Sozialkontakte außerhalb der professionellen Beziehungen besitzen und sich supervisorischer Überprüfung ihrer Tätigkeit entziehen, besonders dazu neigen, ethische Grenzen zu überschreiten. Man könnte sogar pointiert behaupten: Einsamkeit fördert Fehlhandlungen.

Konkrete Erfahrungen mit Klientinnen, die sich in Männer, die Beratungen via Internet durchführen, verliebt haben, zeigen deutliche Unterschiede gegenüber „Übertragungslieben“ im Zuge traditioneller

Beziehungsarbeit von Angesicht zu Angesicht: lassensich in real überprüfbarer Konfrontation beispielsweise Altersdifferenz, Similität zu Bezugspersonen, Verleugnungen sichtbarer Brüche zur Realität etc. meist nicht lange aufrechterhalten, verlockt der scheinbar unbegrenzte Rahmen der elektronischen Kommunikation zu Nachlässigkeiten. Dadurch, dass wesentliche Teile der ganzheitlichen Wahrnehmung der Klientenperson fehlen (Atmung!), werden Mehrdeutigkeiten nicht klärbar und Aufklärungen erfolgen zu spät oder gar nicht. Sich über sich selbst, die Menschen, mit denen man in Beziehung steht, und unausgeschöpftes Veränderungspotenzial klar zu werden, erscheint mir aber als wesentliches Ziel jeder psychotherapeutischen Arbeit.

2. 3.

Außerdem sehe ich einen deutlichen Unterschied in der Gestaltung elektronischer Kommunikation gegenüber der von handschriftlicher, aber auch traditioneller schreibmaschinenverfasster Post: sie entsteht in einer anderen Rhythmik. Aber auch im Falle von audiovisueller Kommunikation trennt die Barriere der technischen Gerätschaft: sie verhindert den kompensatorischen Austausch der Schallwellen von Stimme bzw. Atmung.

Im Gegensatz zu Telefon- oder anderen Funkgesprächen, wird die fehlende optische Wahrnehmung durch mit der Gesprächsdauer wachsende besondere Konzentration auf das Gehörte ausgeglichen. Ich entschlüsse dies als Regression zu der besonderen auditiven Zuwendung des liegenden Kleinstkindes zu den Stimmen seiner Bezugspersonen und damit erhöhter Intuition hinsichtlich des transportierten „Sinnes“ der oft mangels Sprachschatz noch nicht „verstandenen“ Worte.

3. Kommunikation von Therapeuten ist nicht gleich therapeutische Kommunikation

3. 1.

Ich halte mit Entschiedenheit daran fest, dass selbst die „Verschreibung“ von „spezifischen Suggestionen“ (wie sie etwa der traditionellen Verhaltenstherapie sexueller Dysfunktionen

entspricht), abgeschaut nach einer Auflistung im Lehrbuch, nicht ohne Beeinflussung der Wortwahl, der Sprachrhythmik, der Stimmfärbung, aber auch von Mimik und Gestik und anderer Körpersignale durch die leibseelischgeistige Reaktion des Therapeuten auf seine Wahrnehmung des Klienten erfolgt („Kommunikation von Unbewusst zu Unbewusst“). Diese ist jedenfalls immer auch abhängig von Zeit und Raum.

Je nach zeitlichem Rahmen, je nach räumlicher Distanz verändert sich nicht nur das Verhalten der Klienten, sondern auch das des Therapeuten. Auch wenn manchmal in Sondersituationen begründetermaßen auf optimale Arbeitsbedingungen verzichtet werden muss, haben Psychotherapeuten im Sinne ihrer ethischen Verpflichtung dafür zu sorgen, ihre Dienstleistung im „state of the art“ zu erbringen. Die Bedingungen der Internetkommunikation gehören nicht dazu.

3. 2.

Nicht der Verlockung – oder dem Klientendruck – zu erliegen, psychotherapeutisch designete Angebote ins Internet zu stellen, nur weil es andere „Schwesterberufe“ auch tun, bedeutet für mich auch eine Chance, die besondere Qualität psychotherapeutischer Arbeit gegenüber anderen psychohygienischen und psychosozialen Tätigkeiten hervorzuheben.

Wenn Argumente laut werden, „Psychotherapie im Internet“ käme bewegungsunfähigen Personen „kostengünstig“ entgegen, plädiere ich dennoch in diesem Fall für eine „nachgehende“ Psychotherapie. In einer Zeit, in der auch erwachsene Menschen durch Kommunikationsverluste infolge zunehmender Beschleunigung, Distanzierung, Vereinzelung Schaden erleiden (und nicht nur Babys, wie René Spitz aufgezeigt hat), wäre es meiner Ansicht nach grobe Fahrlässigkeit, den gegenwärtigen

Gesundheitsbegriff zugunsten eines Idealbildes emotionsfrei an eine Maschinenwelt angepasster Roboter-menschen aufzugeben.

Sollte aber der Bedarf nach psychotherapeutisch fundierten Diensten via Internet so klar zu Tage treten, dass ihm jedenfalls entsprochen werden muss, wäre eine neue Dienstleistung zu entwickeln, zu überprüfen und deutlich unterscheidbar zu benennen.

*Prof. Dr. iur. Rotraud A. Perner,
Psychotherapeutin (PA),
Gesundheitspsychologin und
Supervisorin in freier Praxis,
Universitäts-Lektorin, Dozentin an
der Wr. Int. Akademie für
Ganzheitsmedizin, allgemein
beeidete und gerichtlich zertifizierte
Sachverständige für Psychotherapie,
Arbeitsschwerpunkte:
Arbeit mit traumatisierten
Menschen, Gewaltprävention,
Mesoziation*

Leserbrief

Betrifft: Kandidatenmissbrauch

In Zeiten der Wirksamkeitsforschung und Fragen nach Kosteneffizienz bleibt die Ethik in der Psychotherapie weiterhin ein Stiefkind. Sexueller Missbrauch in Therapie und Ausbildung ist als Thematik etabliert. Für Patientenbeschwerden sind Ombuds- und Beschwerdestellen eingerichtet. Ethische Fragen in der Psychotherapieausbildung werden z. B. in dem über 700 Seiten umfassenden Band „Fragen der Ethik in der Psychotherapie“ gerademal auf 19 Seiten sehr allgemein beschrieben. Das Thema „Machtmissbrauch in der Ausbildung“ wird in der Regel von tiefenpsychologischen Vertretern, in meist sehr persönlichen Berichten publiziert und kommt daher lediglich als dramatische Erfahrung und heroische Verarbeitung Einzelner zur Darstellung. Die

Masse der betroffenen Psychotherapeuten in Ausbildung bleibt stumm, dank einer Machtstruktur, die Probleme in der Ausbildung auf den Kandidaten abwälzt. Gleichzeitig ist das Image der Psychotherapeuten in der Öffentlichkeit durch Uneinigkeit und Selbstbezogenheit gekennzeichnet. Machtkämpfe und Zerrissenheit in den privatrechtlich organisierten Ausbildungsvereinen sind nicht zuletzt in Folge eines rückläufigen Ausbildungsmarktes auf der Tagesordnung. Die Folgen sind Ausbildungsverschleppungen und Ausbildungsabbrüche. Aufgrund des Fehlens von schriftlichen Ausbildungsverträgen trägt jegliches Risiko letztlich der Konsument. Weiters gibt es keine operationsfähige Kandidatenvertretung, keine Mitbestimmung geschweige denn ein Stimmrecht von Kandidaten. Die Einrichtungen der Berufsverbände (z. B.

berufsethische Gremien) oder auch der Psychotherapiebeirat vertreten letztlich ausschließlich die Interessen der Ausbildungsvereine. Auch schwerwiegende ethische Verfehlungen oder Grenzverletzungen in der Ausbildung (Kandidatenmissbrauch) können von Kandidatenseite praktisch nicht angezeigt werden, ohne sich nicht selbst und den eigenen Ausbildungsfortschritt zu gefährden! Disziplinarmaßnahmen für Psychotherapeuten sind nicht vorgesehen, bzw. bleibt die Funktion der Ethikkommission dubios. Eine Berufspolitik, die regulierend in den Ausbildungsmarkt eingreift, ist ebensowenig erkennbar. Nach über 10-jährigem Bestehen des Psychotherapiegesetzes bleibt die Ausbildungspraxis für Kandidaten unbefriedigend.

Name der Redaktion bekannt.

A S P V



SCHWEIZER CHARTA
FÜR PSYCHOTHERAPIE

FORUM SCHWEIZ / SUISSE

Editorial

Doch noch Silberstreifen am Horizont?



„Der 10. April 2002 dürfte als historisches Ereignis in die Geschichte der Schweizer Berufsbildentwicklung der Psychologie und Psychotherapie eingehen: An diesem Tag hat die Arbeitsgruppe ‚Psy-Gesetz‘ des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) ohne Gegenstimme, aber mit Stimmenthaltung der ärztlichen Seite, ein Thesenpapier zum Psy-Gesetz verabschiedet. Ein Resultat, das wohl kaum jemand erwartet hat, nach all den jahrelang vorgebrachten Differenzen zwischen Universitätspsychologie und FSP auf der einen Seite und Charta und SPV auf der andern Seite.“ Mit diesen beiden Sätzen leitet Peter Schulthess seinen Bericht aus dem BAG ein, in deren Arbeitsgruppe er als Delegierter der Charta teilnimmt. So ist doch, nach all den Tiefschlägen Ende des letzten Jahres, wieder etwas Hoffnung angesagt. „Dunkle Zeiten“, so lautete der ursprüngliche Titel meines Editorials des Heftes vom letzten Dezember. Peter Schulthess wollte ihn in „Schwierige Zeiten“ umändern. Eine verständliche und nötige Haltung für die Ausübung seines Mandates im BAG. Die optimistische Haltung der Delegierten von SPV und Charta hat nun in harten Verhandlungen Früchte getragen. Die konsensuale Basis zwischen den Fachleuten entlastet die Parlamentarier erstmals von der Aufgabe, über deren strittige Punkte zu entscheiden.

Auf versicherungsrechtlicher Ebene gilt weiterhin die Aussage von Markus Fäh aus der „dunklen“ Dezembernummer: „Psychotherapie vorläufig vom Tisch!“ Wenn alles gut geht jedoch lediglich noch bis zur Verabschiedung des Psy-Gesetzes im Jahre 2005.

„Doch noch Silberstreifen am Horizont?“ Mit dieser Überschrift des Editorials nehme ich gerne Abschied als Redaktor des Supplementes. Mit „dunkler Zeit“ aufzuhören, das wäre nach so langer Zeit der Mitarbeit bitter gewesen. Die „Silberstreifen“ bedeuten Hoffnung und beinhalten gleichzeitig eine Rückblende. Ich habe diesen Titel schon einmal verwendet, und zwar in der Septembernummer von 1993. Wir waren damals in Aufbruchstimmung. Der SPV hatte zusammen mit der Charta angefangen, wissenschaftliche Themen ins Zentrum zu rücken, welche 1996 in einem erfolgreichen Kongress gipfelten. Zudem hatte die nationalräthliche Kommission, entgegen allen Voraussagen, der Psychotherapie bei der Revision des KVG doch noch einen Platz eingeräumt, welcher dann später durch Ablehnung des Ständerates wieder verloren ging. Mit meinen Editorials habe ich immer versucht, das Geschehene und unsere Handlungsperspektiven in einen Zusammenhang zu bringen. Alle diese Kommentare aneinander gereiht würden somit eine äussere und innere Geschichte der Entwicklung unseres Berufsbildes von 1990 bis heute ergeben.

So schliesse ich mit der Hoffnung, dass die Silberstreifen am Horizont für unseren Beruf doch noch zum hellen Tag werden und wünsche Erica Brühlmann-Jecklin, welche für die Charta, und Peter Holderegger, welcher für den SPV die Redaktion des Supplement übernimmt, in ihren neuen Aufgaben alles Gute.

Mario Schlegel

Quand même une lueur d'espoir à l'horizon ?

« Le 10 avril 2002 devrait entrer dans les annales de l'histoire suisse concernant l'évolution des professions de psychologue et de psychothérapeute. En effet, à cette date la commission « loi psy » de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) a approuvé un texte relatif à la « loi sur les professions psychologiques », ceci sans opposition mais avec l'abstention des représentants du corps médical. Pratiquement personne ne s'attendait à ce résultat après toutes les années au cours desquelles un différend avait opposé les psychologues universitaires et la FSP, d'un côté, et la Charte et l'ASP de l'autre. » Ces deux phrases servent d'introduction à l'article de Peter Schulthess sur la loi psy (il est membre de la commission de l'OFSP, y représentant la Charte). Il semble donc qu'après tous les coups bas subis à la fin de l'année dernière, un peu d'espoir soit permis. J'avais d'abord intitulé mon éditorial du numéro de décembre « Une sombre époque ». Peter Schulthess pensa qu'il valait mieux choisir « Des temps difficiles » – ce qui se comprend, vu le mandat dont il était chargé auprès de l'OFSP. Après de dures négociations, l'attitude optimiste des délégués de l'ASP et de la Charte a finalement porté ses fruits. Le consensus trouvé par les psychothérapeutes permet pour la première fois aux parlementaires de ne pas avoir à trancher les points contestés.

Par contre, au niveau du droit des assurances le titre de l'article de Markus Fäh, dans le 'sombre' numéro de décembre, continue à s'appliquer : « La psychothérapie écartée pour l'instant ! ». Mais si tout va bien, cela pourrait changer au moment où la loi psy sera approuvée (en 2005).

« Quand même une lueur d'espoir à l'horizon ? » – c'est avec plaisir que je peux choisir ce titre pour mon dernier éditorial en tant que rédacteur du Supplément. Clore de nombreuses années de travail sur une atmosphère déprimante aurait été quelque peu amer. La 'lueur' symbolise l'espoir, mais elle représente aussi la manière dont je vois les années écoulées. J'avais déjà utilisé un titre similaire dans le numéro de septembre 1993. A l'époque, nous

étions pleins d'enthousiasme. En collaboration avec la Charte, l'ASP avait commencé à se focaliser sur des thèmes scientifiques, ce qui permit d'organiser un important congrès en 1996. De plus, contre toute attente la commission du Conseil national avait accordé une place à la psychothérapie dans la révision de la LAMal, place qui lui fut retirée plus tard par le Conseil des Etats. Dans tous mes éditoriaux j'ai tenté d'établir des rapports entre ce

qui se passait et les perspectives d'action qui nous étaient ouvertes. Si l'on intégrait tous ces commentaires dans un seul article, on obtiendrait une histoire de l'évolution de notre profession de 1990 à aujourd'hui.

Je prends donc congé de nos lecteurs avec l'espoir que la petite lueur va permettre à notre profession de trouver sa place en plein jour. Erica Brühlmann-Jecklin (Charte) et Peter Holderegger (ASP) vont se charger de la rédaction du Supplément – à tous deux, je souhaite 'tout de bon' pour leurs nouvelles tâches !

Mario Schlegel

Peter Schulthess

Psy-Gesetz: Eine kaum mehr erwartete Einigung ermöglicht ein konsensual akzeptiertes Thesenpapier zum Gesetzesentwurf

Der 10. April 2002 dürfte als historisches Ereignis in die Geschichte der Schweizer Berufsbildentwicklung der Psychologie und Psychotherapie eingehen: An diesem Tag hat die Arbeitsgruppe „Psy-Gesetz“ des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) ohne Gegenstimme, aber mit Stimmenthaltung der ärztlichen Seite, ein Thesenpapier zum Psy-Gesetz verabschiedet. Ein Resultat, das wohl kaum jemand erwartet hat nach all den jahrelang vorgebrachten Differenzen zwischen Universitätspsychologie und FSP auf der einen Seite und Charta und SPV auf der anderen Seite.

Möglich war eine konsensuale Kompromisslösung, weil die derzeit in Umsetzung befindliche Hochschulreform im Zuge der sog. Deklaration von Bologna europaweit Bewegung ins Hochschulwesen gebracht hat, der sich auch die Schweizer Universitäten nicht entziehen können.

Zum Stand der Dinge

Das Gesetz hat jetzt den neuen Arbeitstitel „Gesetz über die psychologischen Berufe“. Es regelt die Aus-

und Weiterbildungsanforderungen der psychologischen Berufe und sieht die Erteilung eines eidg. Fähigkeitsausweises vor. Die Titel „Psychologe“ und „Psychotherapeut“ werden geschützt, d. h. dereinst sollen sich als „Psychologen“ und „Psychotherapeuten“ nur noch Leute bezeichnen dürfen, welche den eidg. Fähigkeitsausweis haben. Psychotherapie wird als psychologischer Beruf verstanden, erhält aber eine gesonderte Ausführung im Gesetz, wo es um die Aus- und Weiterbildung sowie die Übergangsregelungen geht. Die Hochschulen sehen auf Ausbildungsstufe eine Quote für interdisziplinäre Quereinstiege auf Bachelor-Niveau vor, um in ein Masterprogramm zu gelangen. So kann auch jemand mit Studienabschluss in einem anderen Fach als der Psychologie zu einem Master Titel etwa in „Klinischer Psychologie und Psychotherapie“ oder „Klinischer Psychologie und Gesundheitspsychologie“ gelangen, welcher zur Weiterbildung in Psychotherapie berechtigt. Das zwei Jahre dauernde Masterprogramm erfordert eine Eintrittsprüfung.

So ist ein gewisser Grad an multidisziplinärem Zugang durch Studien-Ergänzung, bzw. verkürztem Zweitstudium gewährleistet (was Charta und SPV entgegenkommt) und andererseits können die Hochschulpsychologie und die FSP wahren, dass Psychotherapie ein psychologischer Beruf sei, welcher für die Weiterbildung einen Abschluss in Psychologie voraussetzt. Die Gleichwertigkeit eines Universitätsabschlusses in Psychologie mit jenem der HAP (Fachhochschule für angewandte Psychologie) wird dadurch erreicht, dass die HAP ihren bisherigen 4-jährigen Studiengang zu einem 5-jährigen ausbaut und ebenfalls einen Masters-Titel erteilt.

Übergangsregelungen

Eine grosszügige Übergangsregelung soll gewährleisten, dass die bereits tätigen PsychotherapeutInnen ihren „Besitzstand“ wahren können, indem Personen, welche seit mehr als 5 Jahren vor Inkraftsetzung des neuen Gesetzes im Beruf tätig waren, diesen ohne Nachqualifikation weiter ausüben können (sofern sie im Besitze einer Praxisbewilligung oder von einem qualifizierenden Berufsverband anerkannt waren). Wer bis zwei Jahre vor Inkraftsetzung des Gesetzes den Beruf aufgenommen hat, soll sich innerhalb von fünf Jahren in zumutbarer Weise nachqualifizieren, und wer bis zwei Jahre vor Inkraftsetzung des neuen Gesetzes ein Ergänzungsstudium oder eine Weiterbildung in Psychotherapie begonnen hat, soll weitere sieben Jahre Zeit erhalten, um die Weiterbildung abzuschliessen und eventuelle weitere Auflagen im Sinne der Übergangsregeln erfüllen zu können.

Damit wird sichergestellt, dass Personen, die nach den verschiedenen kantonalen Regelungen eine Weiterbildung begonnen haben, nicht plötzlich wegen des neuen Bundesgesetzes ihre Investitionen in die Weiterbildung „in den Sand gesetzt“ haben.

Hochschulreform als Helferin in der Suche nach einem Kompromiss

Die Bologna-Reform und das Universitätsförderungsgesetz verlangen vermehrten Wettbewerb unter den Hochschulen, mehr Mobilität zwi-

schen den Hochschulen (innerhalb der Schweiz, aber auch im europäischen Raum), mehr horizontale Mobilität innerhalb der Ausbildung (Studienrichtungswechsel ohne im nächsten Fach nochmals ganz von vorne beginnen zu müssen) und mehr vertikale Mobilität (Durchlässigkeit von verschiedenen Bildungsvoraussetzungen zu den Hochschulen und Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten).

Vor diesem Hintergrund ist es nun möglich, dass Quereinstiege aus anderen Studienrichtungen ins Psychologie-Studium erfolgen können, ohne dass man wieder von vorne beginnen muss. Die Bologna-Reform sieht vor, dass jenes Wissen (ausgewiesen in „Credits“), das anderswo schon erworben wurde, an ein weiterführendes Studium angerechnet wird. (Ein Prinzip, das die Charta auch im Ergänzungsstudium anwendet.) Wer einen anderen Hochschulabschluss hat (Lizentiat, Masters oder wenigstens Bachelor), kann sich einen weiteren Masters-Titel erwerben, in dem er ein entsprechendes zweijähriges Mastersprogramm absolviert. Je nach inhaltlicher Entfernung des Erststudiums, müssen nebst einer Eintrittsprüfung (in welcher die Eignung zum Psychotherapeutenberuf wie auch ein Teil des Bachelor-Grundlagenwissens in Psychologie geprüft wird) auch gewisse weitere Credits aus dem Grundlagenwissen nachgeholt werden.

Dieses System ist eine Veränderung dessen, was die Charta bisher propagierte: Statt dass ein Studienabschluss in verschiedenen Wissensgebieten durch ein *postgraduales* Ergänzungsstudium ergänzt wird und danach in einem weiteren postgradualen Weiterbildungsgang die eigentliche Psychotherapieausbildung erfolgt, baut man nun die Studienergänzung so ein, dass man zurück an eine Hochschule geht und sich einen zweiten Hochschulabschluss erwirbt, im Umfang von zwei bis drei Jahren mit zumutbarem Aufwand. Dieser Weg ergibt einen höheren akademischen Wert eines Hochschulergänzungsstudiums, weil ein Masters-Titel höher bewertet wird als ein Zertifikat über ein *postgraduales* Ergänzungsstudium, selbst wenn dieses an eine Hochschule angegliedert würde.

Hochschulexperten, die unabhängig von psychologischen Instituten

sind, haben uns darin bestätigt, dass der Weg, unser Ergänzungsstudium in ein Psychologie-Masterprogramm an einer Hochschule einzubauen, besser der Logik der Hochschulbildung für wissenschaftliche Berufe im gesamten europäischen Raum entspricht, als die postgraduale Studien-ergänzung. Mit dem System einer postgradualen Studienergänzung würde man einen schweizerischen Sonderweg einschlagen, welcher im Vergleich zum übrigen Europa permanent legitimierungsbedürftig wäre.

Zur Idee des Kompromisses gehört, dass das Fächerspektrum des Ergänzungsstudiums der Charta Eingang findet in entsprechende Masterprogramme. Hier wird es aber sicher noch einiges zu erarbeiten geben, denn Träger der Masterprogramme können nur Hochschulen sein und keine Privatinstitutionen (wie z. B. die Charta), und diese tragen somit auch die Verantwortung für ihr Programm und dessen Inhalt. Dass die Charta bei der Gestaltung eines solchen Programmes an den Hochschulen mitreden kann, wird man nicht verlangen, wohl aber wünschen können.

Wie kam es zur Kompromisslösung?

Auf Anregung von Prof. Margraf (Basel) trafen sich dieser, K. Althaus (FSP), M. Fäh, R. Dörr (beide SPV) und P. Schulthess (Charta) ausserhalb der Arbeitsgruppe zu einer Sondersitzung im Bahnhofbuffet Olten, um den Spielraum auszuloten für eine Annäherung der Standpunkte. Da Margrafs Kompromissofferte erst lediglich in der Gewährung grosszügiger Übergangsbestimmungen für die bereits tätigen PsychotherapeutInnen bestand, verlangten wir einen echten Kompromiss auf der Ebene des Ergänzungsstudiums, um wenigstens ein Stück weit den interdisziplinären Zugang zur Psychotherapie zu gewährleisten. Markus Fäh brachte dann unter Bezugnahme auf das Bologna-Modell den konkreten Vorschlag der Quotenregelung für die auf Psychotherapie vorbereitenden Masterprogramme ein, welcher im gemeinsamen Gespräch etwas weiterentwickelt und schliesslich von allen Beteiligten als annehmbarer Kompromiss erachtet wurde. Prof. Margraf ist dabei, an der Uni Basel ein

solches Masterprogramm aufzubauen, und kann sich vorstellen, eine beschränkte Anzahl Studienplätze für Quereinsteiger zur Verfügung zu stellen und für diese zumindest teilweise das Studienprogramm so zu gestalten, dass die Fächerbreite des Charta-Ergänzungsstudiums enthalten wäre.

Dies war nun ein Kompromissvorschlag, den die „Unterhändler“ erst in ihre Gremien zurückzubringen hatten. In den Vorständen von SPV und Charta fand die Idee Rückhalt, trotz Skepsis in die Bereitschaft der Universitäten, den Querzugang mit akzeptablem Eintrittsaufwand wirklich zu ermöglichen, und mit dem Bedauern, dass damit die Maxime, Psychotherapie sei eine eigenständige Wissenschaft und dürfe nicht auf ein Teilgebiet der Psychologie beschränkt werden, aufgegeben würde. Zur Unterstützung des Kompromisses führten die Überlegung, dass man das Ziel eines schweizerischen Gesetzes nicht gefährden wollte (und eine darauf gründende versicherungsrechtliche Regelung) und ein Kompromiss in diesem Sinne besser und mehr wäre, als das, was in Zürich erreicht worden war und was man erneut riskieren würde, wenn sich die Verbände vor dem Parlament und den politischen Parteien ähnlich unerbittlich wie in Zürich bekämpfen würden. Auf der anderen Seite gab es aber vorerst einen Rückzieher. Prof. Margraf konnte sich bei der Schweizer Gesellschaft für Psychologie im ersten Anlauf nicht durchsetzen (worauf auch die FSP kippte) und musste die Offerte zurückziehen. In einer erneuten Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe des BAG ebnete sich aber doch der Weg für diese Kompromisslösung, diesmal mit Zustimmung der SGP.

Aktuell ist es so, dass Prof. Margraf in Basel, Prof. Grawe in Bern und Dr. Grünwald an der HAP in Zürich bereit sind, einen Quereinstieg in auf Psychotherapie vorbereitende Mastersprogramme zu realisieren.

Bundesrätliche Regelungskompetenz als Rückversicherung

Bildungsrechtlich ist es so, dass der Staat den Hochschulen keinerlei Vorschriften machen kann, was für Fächer und Studiengänge anzubieten seien. Insofern ist die Regelung der

Quereinstiege in Masterprogramme ganz vom Goodwill der Hochschulen und deren jeweiligen LehrstuhlinhaberInnen abhängig. Vor dem Hintergrund der Bologna-Reform kann man aber doch erwarten, dass dieses Vorhaben nicht bloss im ‚Thesepapier zum Gesetz‘ stecken bleibt, denn unter den Hochschulen wird ein neuer Wettbewerb mit attraktiven, spezialisierten Studien, insb. bei den Masterprogrammen entstehen. Und da unser Ergänzungsstudium ein interessantes und qualitativ gutes Produkt ist, kann man sich darauf verlassen, dass wenigstens *eine* Hochschule dieses in ein Masterprogramm aufnehmen wird. Und: Notfalls gibt es auch noch ausserhalb der Schweiz Universitäten, die das tun könnten und das Programm in der Schweiz als gleichwertig akkreditieren lassen könnten.

Falls die Schweizer Hochschulen sich aber einer Umsetzung widersetzen sollten, so ist im Thesepapier vorgesehen, dass der Bundesrat die Kompetenz erhält, Bestimmungen zu erlassen, wie der Quereinstieg zur Psychotherapie doch auf postgradualer Stufe ausserhalb der Hochschulen erfolgen könnte. Diese Bestimmung schwebt somit wie ein Damoklesschwert über den Psychologischen Instituten der Hochschulen und schafft Druck, akzeptable Quereinstiegsmöglichkeiten in die Masterprogramme zu realisieren. So ist es klar, dass die Hochschulvertreter diesen, vom rechtlichen Berater der Arbeitsgruppe, Prof. Richli, vorgegebenen Passus mit aller Vehemenz eliminieren wollten. Es gelang uns aber durch ebenso hartnäckige Verteidigungsargumentation durchzusetzen, dass dieser Passus drin blieb und letztlich auch von der Seite der FSP und Hochschulpsychologie in der Verabschiedung des Gesamtpapiers akzeptiert wurde.

Weiterbildungstitel

Das Gesetz regelt, zu welchen Berufstätigkeiten neben dem Psychologieabschluss zwingend auch ein Weiterbildungsabschluss verlangt wird: Psychotherapie, Neuropsychologie, Kinder- und Jugendlichenpsychologie, Gesundheitspsychologie, Berufs- und Laufbahnberatung, Rechtspsychologie, Verkehrspsychologie. Der Bundesrat kann je nach weiterer Entwick-

lung der Berufswirklichkeit weitere Titel vorsehen. Nicht geregelt wird die Frage der Dauer solcher Weiterbildungsprogramme: Sie soll flexibel und dem Gegenstand des Tätigkeitsgebietes angepasst sein. Je nach bereits in einem spezialisierten Masterprogramm vermittelten Inhalten kann die Dauer kürzer oder länger sein oder gar auf deren Erfordernis ganz verzichtet werden. Für Psychotherapie könnte das so aussehen, dass je nach Spezialisierungsgrad im Masterprogramm die Weiterbildung auf zwei bis drei Jahre verkürzt werden könnte, während sie für andere Masters-Abschlüsse in Psychologie bei vier bis fünf Jahren liegen würde.

Anerkennung psychotherapeutischer Verfahren

Nicht im Gesetz zu regeln ist die Frage, welche Methoden als wissenschaftlich anerkannt gelten können, weil man im Gesetz nichts festschreiben will, was künftige Entwicklungen behindern könnte. Diese Frage wird in den Akkreditierungsorganen wieder auftauchen. Weiterbildungsprogramme in Psychotherapie können von Hochschulen als postgraduale Studiengänge oder wie bisher von privaten Trägern angeboten werden, bedürfen aber einer Akkreditierung. Das Akkreditierungsorgan ist noch nicht definiert, in ihm werden aber bestimmt die Charta sowie FSP und SBAP als bisher schon zertifizierende Verbände vertreten sein. Es macht also Sinn, wenn schon heute eine Kooperation und Abstimmung in den Fragen der Qualitätssicherung, Weiterbildungs-evaluation und Wissenschaftlichkeitskriterien gesucht wird.

Weiteres Vorgehen

Am 1. Mai 2002 wurde das Thesepapier erstmals einer breiteren interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Nun wird die Arbeitsgruppe des BAG im Mai und Juni den eigentlichen Gesetzestext als Entwurf für die Vernehmlassung und das Parlament erarbeiten. In der zweiten Jahreshälfte soll der Entwurf in die Vernehmlassung gehen und Ende Jahr ins Parlament eingespielt werden, wo dann eine Kommission die vorberatenden Arbeiten übernimmt, bis das Gesetz schliesslich

parlamentarisch beraten und verabschiedet wird. Laut Fahrplan wird das Gesetz im schnellsten Fall 2005 in Kraft treten. Verspätungen sind im Parlamentsbetrieb aber wie immer möglich. Insbesondere wird das Gesetz auch koordiniert mit dem Medizinalberufegesetz (MedBG), wo Verspätungen bereits eingetreten sind (obwohl doch die damals besonders umstrittene Frage der nichtärztlichen Psychotherapie herausgenommen worden ist. Jetzt überholt das PsyGesetz möglicherweise das MedBG, obwohl ersteres sich in gewissen Teilen an letzterem orientieren sollte).

Der Vertreter der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie hat sich übrigens deshalb in der Schlussabstimmung zum Thesenpapier der Stimme enthalten, weil er sich (in der Meinung, hier würde auch die Psychotherapie für Ärzte geregelt) erst dafür stark gemacht hatte, in einer anders zusammengesetzten Kommission ein eigenes Psychotherapiegesetz zu lancieren und die Psychotherapie aus dem PsyG herauszunehmen. Als der Vertreter des BAG dann klärte, dass die ärztliche Psychotherapie im MedBG geregelt und im PsyG lediglich die psychologische (bzw. nicht-

ärztliche) Psychotherapie zu regeln sei, sah er sich nur noch in einer Beobachterrolle und enthielt sich konsequenterweise der Stimme.

Weitere Informationen

Um die Leserinnen und Leser jeweils auf dem aktuellen Stand zu halten, ist auf der Homepage der Charta (www.psychotherapiecharta.ch) eine Seite „Aktuelles“ eingerichtet worden, wo laufend über den neuesten Stand berichtet wird. Dort kann das Thesenpapier heruntergeladen werden.



Peter Schulthess

Peter Schulthess

Loi psy: Un accord inattendu permet l'élaboration d'un texte reflétant un consensus quant au projet de loi sur les professions psychologiques

Le 10 avril 2002 devrait entrer dans les annales de l'histoire suisse concernant l'évolution des professions de psychologue et de psychothérapie. En effet, à cette date la commission «loi psy» de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) a approuvé un texte relatif à la «loi sur les professions psychologiques», ceci sans opposition mais avec l'abstention des représentants du corps médical. Pratiquement personne ne s'attendait à ce résultat après toutes les années au cours desquelles un différend avait opposé les psychologues universitaires et la FSP,

d'un côté, et la Charte et l'ASP de l'autre.

Cette solution de compromis a pu être trouvée grâce au fait qu'actuellement, une réforme des universités mise en œuvre en conséquence de la 'déclaration de Bologne' est en préparation dans toute l'Europe.

Etat des lieux

La loi s'intitule maintenant – et provisoirement – «loi sur les professions psychologiques». Elle doit régler les exigences posées à la formation

et la formation continue pour les professions relevant du domaine de la psychologie, attribution d'un certificat fédéral de capacité comprise. Les titres de «psychologue» et «psychothérapeute» seront protégés, c'est-à-dire qu'un jour, seules les personnes ayant ce certificat de capacité auront le droit de s'appeler «psychologue» ou «psychothérapeute». La psychothérapie est considérée comme une 'profession psychologique', mais elle est réglementée séparément dans la loi en ce qui concerne en particulier la formation de base et postgrade, ainsi que les dispositions transitoires. Il est prévu qu'au niveau universitaire, des quotas soient fixés, sur la base desquels des personnes ayant un 'bachelor' (diplôme de premier cycle) dans une autre discipline pourront être admises à faire un mastère (une maîtrise) autorisant l'accès à la formation en psychothérapie. Une personne ayant un diplôme autre qu'en psychologie pourra donc obtenir un mastère en «psychologie clinique et psychothérapie», par exemple, ou en «psychologie clinique et psychologie de la santé», ce qui l'autorisera à accéder à la formation postgrade en psychothérapie. La filière mastère dure deux ans et comporte un examen d'entrée.

Dans ce sens, une filière complémentaire et l'acquisition d'un deuxième diplôme dans des délais plus brefs permettent de garantir que l'accès soit quelque peu interdisciplinaire (ce qui satisfait la Charte et l'ASP); d'autre part, les psychologues universitaires et la FSP obtiennent que la psychothérapie soit considérée comme une profession psychologique, la formation postgrade exigeant un diplôme de base en psychologie. De plus, l'HAP (une haute école spécialisée de psychologie appliquée, située à Zurich / ndT) va élargir sa filière de quatre ans: elle durera cinq ans et permettra d'obtenir un mastère, ce qui la placera à un niveau équivalent à celui d'un diplôme universitaire en psychologie.

Dispositions transitoires

Il est prévu que des dispositions transitoires relativement larges garantissent que les psychothérapeutes déjà établis ne doivent renoncer à aucun de leurs acquis: les personnes qui auront pratiqué depuis plus de cinq

ans au moment où la nouvelle loi entrera en vigueur seront autorisées à continuer à travailler sans autre formation complémentaire (à condition qu'elles aient déjà une autorisation de pratique ou qu'elles soient reconnues par une association professionnelle compétente). Celles qui auront commencé à travailler moins de deux ans avant l'entrée en vigueur de la loi auront la possibilité d'acquérir des qualifications complémentaires dans des conditions acceptables, ceci dans un délai de cinq ans. Quant aux candidats ayant commencé leur formation ou suivant une filière complémentaire durant une période de deux ans avant cette mise en vigueur, ils auront sept ans pour terminer leur formation ou pour, le cas échéant, satisfaire à d'autres conditions fixées par les dispositions transitoires.

On garantit ainsi que toutes les personnes qui ont commencé une formation sous le régime des différentes réglementations cantonales n'aient pas investi en vain dans celle-ci, simplement parce qu'une nouvelle loi fédérale a été édictée.

La réforme des universités a contribué à l'élaboration d'un compromis

La réforme lancée à Bologne et la loi sur la promotion des universités exigent que ces dernières soient mises plus fortement en situation de concurrence, que la mobilité des étudiants (en Suisse mais aussi dans l'espace européen) soit facilitée, de même que les transferts horizontaux dans le cadre d'une filière (d'une discipline à l'autre sans devoir recommencer à zéro), et que la 'mobilité verticale' (accès aux universités et transfert entre les hautes écoles spécialisées et les universités) puisse se pratiquer plus simplement.

Dans ce contexte, des personnes venant d'autres disciplines peuvent maintenant accéder à des études de psychologie sans avoir à recommencer leur formation tout au début. La réforme de Bologne prévoit que les connaissances (pour lesquelles on a obtenu des « crédits » [des certificats]) acquises ailleurs soient reconnues dans le cadre d'une filière suivie ultérieurement (un principe que la Charte applique également dans le contexte de sa filière complémentaire). Toute

personne ayant un autre diplôme universitaire (licence, maîtrise ou au moins bachelors) peut acquérir un master supplémentaire en suivant un programme de deux ans. Selon les branches étudiées d'abord (proches ou non de ce programme), on exigera que le candidat rattrape certains autres certificats relevant des connaissances de base – en sus d'un examen d'entrée au cours duquel les aptitudes de l'étudiant pour la profession de psychothérapeute et une partie de son savoir psychologique de base seront testées au niveau bachelors.

Ce système ne correspond pas à celui proposé jusqu'à maintenant par la Charte: au lieu qu'un diplôme universitaire dans une discipline 'à choix' soit complété d'une filière complémentaire *postgrade*, ce qui permettrait d'accéder à la formation spécialisée *postgrade* en psychothérapie, c'est la formation de base qui est complétée: les candidats retournent à l'université pour y acquérir un deuxième diplôme, en deux ou trois ans et dans des conditions réalistes. La filière complémentaire est ainsi revalorisée, car un master est considéré comme étant d'un niveau académique plus élevé qu'un certificat attestant d'une filière complémentaire *postgrade*, même si ce dernier a été acquis dans un cadre affilié à une université. Des experts en formation universitaire non rattachés à des instituts de psychologie nous ont confirmé qu'en intégrant notre filière complémentaire dans un master en psychologie proposé par une université, nous respecterons mieux la logique gouvernant la formation académique dans une profession scientifique, telle qu'elle est pratiquée dans l'ensemble de l'espace européen. Le maintien d'un système de filière complémentaire *postgrade* ferait que l'on créerait en Suisse une voie particulière qu'il s'agirait plus tard de constamment légitimer par rapport au système pratiqué dans le reste de l'Europe.

Il reste que le compromis choisi implique que la liste des branches enseignées jusqu'à maintenant dans le cadre de la filière complémentaire puisse être incluse dans le master. Beaucoup de détails restent à régler à ce niveau, car ce seront les universités et non des institutions privées (comme par exemple la Charte) qui seront

responsables des masters; ce seront donc les universités qui devront définir les programmes et leur contenu. Nous ne pourrions sans doute pas exiger que la Charte collabore à l'élaboration de ces derniers – mais nous pouvons souhaiter que cela soit possible!

Comment est-on parvenu à cette solution de compromis?

Sur proposition du professeur Margraf (Bâle), celui-ci, K. Althaus (FSP), M. Fähr, R. Dörr (tous deux ASP), ainsi que P. Schulthess (Charte) se rencontrèrent indépendamment de la commission pour une séance extraordinaire au buffet de la gare d'Olten. Il s'agissait d'explorer les possibilités permettant de rapprocher leurs différents points de vue. L'offre de compromis présentée par monsieur Margraf ne consistait qu'en un élargissement des dispositions transitoires s'appliquant aux psychothérapeutes pratiquant déjà. Nous avons exigé un véritable compromis au niveau de la filière complémentaire, dans l'espoir que ceci permettrait de garantir au moins en partie que l'accès à la psychothérapie demeure interdisciplinaire. Se référant au modèle de Bologne, Markus Fähr présenta alors une proposition concrète impliquant la notion de quotas pour les programmes de master préparant à la formation en psychothérapie. Cette proposition fut élaborée plus avant en cours de discussion et fut finalement considérée par tous les participants comme un compromis acceptable. Le professeur Margraf prépare en ce moment un programme de ce type pour l'Université de Bâle; l'idée de réserver un nombre limité de places pour des personnes venues d'autres disciplines lui paraît réalisable et il accepte de structurer le programme de manière telle que toutes les branches de la filière complémentaire (Charte) y soient incluses.

Il fallut ensuite que les participants à ces négociations présentent cette solution de compromis aux organismes qu'ils représentent. Les comités de l'ASP et de la Charte se sont déclarés prêts à soutenir cette idée, malgré un certain scepticisme quant au degré auquel les universités accepteraient vraiment des personnes venues d'autres disciplines sans poser

des conditions exagérées. Ils regrettent également que la démarche implique que les psychothérapeutes renoncent à considérer officiellement leur discipline comme indépendante et non comme un sous-domaine de la psychologie. Ils ont soutenu le compromis surtout parce qu'ils ont pensé qu'il ne fallait pas risquer de bloquer l'élaboration d'une loi fédérale (et d'une réglementation correspondante au niveau du droit des assurances). Dans ce sens, le compromis est plus utile, surtout si l'on pense à ce qui s'est passé à Zurich: la même chose pourrait se produire au niveau du Parlement et des partis politiques si les associations continuent à se combattre mutuellement comme elles l'ont fait à Zurich. Par contre, la Société suisse de psychologie refusa d'abord la proposition du professeur Margraf (et la FSP la suivit), sur quoi ce dernier retira son offre. Mais lors d'un nouveau débat au sein de la commission de l'OFSP, cette voie fut finalement acceptée, cette fois avec l'accord de la SSP et de la FSP.

En l'état actuel, les professeurs Margraf (Bâle), Grawe (Berne) et Grünwald (HAP, Zurich) sont disposés à élaborer des programmes de niveau mastère préparant à la formation en psychothérapie et auxquels des personnes venues d'autres disciplines auront accès.

Le Conseil fédéral et ses compétences

D'un point de vue légal, l'Etat n'est pas habilité à prescrire leur offre aux universités, c'est-à-dire à leur dire quelles sont les branches et filières qu'elles doivent offrir. Dans ce sens, les personnes souhaitant passer d'une autre discipline à un programme de mastère ne peuvent compter que sur la bonne volonté des professeurs et de leurs universités. Compte tenu de la réforme de Bologne, on peut toutefois espérer que le projet mentionné plus haut ne demeurera pas simple texte en rapport avec une loi; en effet, la concurrence entre universités va augmenter, elles devront offrir des filières attrayantes et spécialisées en particulier en ce qui concerne le niveau mastère. Et comme notre filière complémentaire constitue un produit intéressant et de bonne qualité, on peut être pratiquement certain qu'au

moins *une* université l'inclura dans l'un de ses programmes de mastère. De plus, en cas de besoin nous pouvons aussi trouver des universités étrangères disposées à offrir ce programme et à le faire accréditer en Suisse en tant qu'équivalent.

Il reste que notre texte prévoit que si les universités suisses devaient refuser d'implémenter un programme, le Conseil fédéral serait habilité à édicter des dispositions réglementant la manière dont des personnes issues d'autres disciplines pourraient accéder à la formation en psychothérapie sans passer par les universités. Ce paragraphe est une sorte d'épée de Damoclès pour les instituts universitaires de psychologie et il devrait les inciter à réaliser le projet de manière acceptable. On comprend donc que les représentants des universités aient tenté avec véhémence d'éliminer ce passage du texte, qui avait été proposé par le professeur Richli, conseil juridique de la commission. Nous sommes toutefois défendus avec autant d'énergie et avons réussi à imposer nos arguments; le paragraphe en question demeure part intégrante du texte tel qu'il a été approuvé par la FSP et les représentants de la psychologie universitaire.

Titres accordés

La loi définit également les activités professionnelles pour lesquelles on exige une formation postgrade en plus du diplôme de psychologie: psychothérapie, neuropsychologie, pédopsychologie, psychologie de la santé, orientation professionnelle, psychologie judiciaire et psychologie de la circulation routière. Selon la manière dont la profession évolue, le Conseil fédéral est habilité à exiger des qualifications spécifiques pour d'autres domaines. La durée de ces programmes de formation n'est pas fixée: elle doit être flexible et adaptée aux différents champs d'activité. Elle peut être plus ou moins longue selon les connaissances déjà acquises dans le cadre d'une filière mastère et l'on peut même renoncer à exiger un programme spécifique. Concernant la psychothérapie, il est possible que l'on exige un mastère spécialisé pour ensuite rabaisser la durée de la formation spécialisée à deux ou trois ans; mais les personnes ayant un autre

mastère en psychologie auraient encore à faire une formation de 4-5 ans.

Homologation des méthodes psychothérapeutiques

La loi n'a pas à réglementer la question de savoir quelles sont les méthodes reconnues sur le plan scientifique, car il faut éviter d'y inclure des aspects qui pourraient, plus tard, se poser en obstacle à une évolution. Cette question devra être traitée par les organes accréditant les formations.

Les programmes de formation postgrade en psychothérapie pourront être offerts par les universités (au niveau postgrade) ou par des instituts privés, mais ils devront être soumis à une procédure d'homologation. On n'a pas encore défini quels seront les responsables de cette démarche, mais il est probable que la Charte, la FSP et le SBAP y participeront puisque ces associations certifient les formations aujourd'hui déjà. Il est donc utile qu'elles coopèrent et tentent dès maintenant de se mettre d'accord sur les questions en rapport avec la gestion de qualité, l'évaluation des filières et les critères servant à évaluer le caractère scientifique de ces dernières.

Procédure prévue

Le texte dont nous traitons ici sera présenté le 1er mai 2002 à un plus large public spécialisé. Puis, en mai et en juin la commission de l'OFSP préparera le projet de loi, tel qu'il sera envoyé en consultation et présenté au Parlement. La consultation se déroulera au cours du deuxième semestre de l'année et le projet de loi sera adressé fin 2002 à une commission parlementaire chargée de préparer ses détails avant que le Parlement n'en délibère et ne l'approuve. Selon ce calendrier, la loi pourrait entrer en vigueur au plus tôt en 2005. Mais on sait que des retards sont toujours possibles, surtout compte tenu du fait que la loi doit être coordonnée avec celle sur les professions médicales – et cette dernière a déjà pris du retard (bien que la question tant contestée à l'époque du statut de la psychothérapie non-médicale ait été exclue du débat). Il se peut donc que la loi psy soit prête plus rapidement que la loi sur les professions médicales alors

même qu'en certains points, la première devrait se fonder sur la seconde.

Notons que le représentant de la Société suisse de psychiatrie s'est abstenu lors du scrutin final concernant le texte du compromis, parce qu'il avait proposé de lancer une loi sur la psychothérapie élaborée dans le cadre d'une commission comportant d'autres membres, retirant ainsi la psychothérapie du champ touché par la loi psy; en fait, il pensait à tort que la loi psy devait également réglementer la psychothérapie médicale. Le représentant de l'OFSP lui ayant expliqué que la psychothérapie médicale devait être réglementée par la loi sur les professions médicales et que la loi

psy ne concernera que la psychothérapie psychologique (donc non-médicale), il a considéré que son rôle au sein de la commission n'était plus que celui d'observateur et s'est, en bonne logique, abstenu lors du scrutin.

Informations complémentaires

Nos lecteurs peuvent se tenir au courant de l'évolution de cette affaire en consultant le site de la Charte (www.psychotherapiecharta.ch), rubrique « Actualités ». Ils y trouveront également le texte auquel nous nous référons dans le présent article et pourront le télécharger.

Peter Schulthess

ausbildung. Das Psychologiestudium bereite in dieser Hinsicht besser auf die Therapietätigkeit vor als irgend ein anderes Hochschulstudium.

Das Bundesgericht hält fest, der Zürcher Gesetzgeber habe mit dem Erfordernis eines Psychologieabschlusses mit Psychopathologie, mit der nachfolgenden Psychotherapieausbildung und der praktischen Tätigkeit gesamthaft eine konsistente Regelung getroffen, deren Anforderungen weder unnötig streng noch unzumutbar hoch seien. Zwar liesse sich auch in Betracht ziehen, als Erstausbildung einen Hochschulabschluss geisteswissenschaftlicher Art wie Philosophie, Pädagogik oder Theologie genügen zu lassen. Dann wären die psychologischen Grundlagen in einer Zusatzausbildung oder Zweitausbildung zu erwerben. Das Gericht bestätigt, der Zugang zur Psychotherapie wäre so breiter, was sich für die angehenden Therapeuten auf Grund des unterschiedlichen Erfahrungshorizontes befruchtend auswirken könnte. Es sei aber nicht Sache des Bundesgerichtes, „medizinische Streitfragen“ zu entscheiden. Es habe nur die Zweckmässigkeit der vom Gesetzgeber aufgestellten Kriterien betreffend der Ausbildungsanforderungen zu beurteilen. Den kantonalen Behörden komme jedenfalls bei der Festlegung der Anforderungen an die Erteilung eines Fähigkeitsausweises ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Ein solcher wäre nur überschritten, wenn unnötige oder übertriebene Erfordernisse aufgestellt würden; dies lasse sich aber im vorliegenden Fall nicht sagen, „weil das Psychologiestudium als Erstausbildung eine unmittelbare und insoweit bessere Grundlage für die Spezialausbildung bildet, als dies für andere geisteswissenschaftliche Studien zutrifft“.

Praxisbewilligung dank Binnenmarktgesetz?

Die Beschwerdeführer hatten auf den Vorrang des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt hingewiesen, welches die Kantone verpflichte, Berufsausübungsbewilligungen aus andern Kantonen ebenfalls zuzulassen. Da in den andern Kantonen nicht zwingend ein Psychologiestudium verlangt werde, verstosse die

Gründe des Bundesgerichts zum Zürcher Psychotherapiegesetz

Am 27. Februar 2002 hat das Bundesgericht die Begründung zur Abweisung der staatsrechtlichen Beschwerde gegen die Psychotherapieverordnung im Zürcher Gesundheitsgesetz vom Jahr 2000 veröffentlicht. Da über die Konsequenzen des Entscheides bereits im letzten Forum berichtet worden ist, können sich die nachfolgenden Erörterungen auf die Erwägungen des Gerichts und einen Kommentar beschränken.

Favorisierung der Psychologie

Wie andere Grundrechte kann die Wirtschaftsfreiheit auf gesetzlicher Grundlage, im öffentlichen Interesse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit, eingeschränkt werden. Die Beschwerdeführer hatten von den drei Kriterien einzig die Verhältnismässigkeit des Erfordernisses ausschliesslich eines abgeschlossenen Psychologiestudiums mit Psychopathologie angefochten und verlangt, dass auch andere Hochschulabschlüsse als Ausgangspunkt einer psychotherapeutischen Spezialausbildung zugelassen seien. Das Gericht stellt demgegenüber fest, die selbständige psychotherapeutische Tätigkeit, die zur selbstständigen

Feststellung von psychischen und psychosomatischen Krankheiten und Störungen sowie zu deren Behandlung mit psychotherapeutischen Mitteln berechtigt, setze eine sichere Diagnostik und zuverlässige Kenntnisse der eigenen fachlichen Grenzen voraus, wozu ein fundierte Wissen in Psychologie und Psychopathologie unerlässlich sei. Daher sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn eine Grundausbildung in Psychologie unter Einschluss der Psychopathologie verlangt wird.

Würde auf ein Psychologiestudium verzichtet, so müsste sich der angehende Therapeut schon für eine bestimmte Schule und Therapieform entscheiden, bevor er über die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen verfügt. Es liege auch nahe, dass ohne diese breite Grundausbildung (das Gericht erwähnt die sechs Fachrichtungen in Psychologie an der Universität Zürich) die Gefahr bestehe, dass der Therapeut durch seine Therapiemethode allzu sehr geprägt sei. Qualifizierte Psychotherapie setze aber die Fähigkeit voraus zu entscheiden, welche Methode bei welchen Krankheitsbildern am wirksamsten eingesetzt werden kann, und erfordere somit eben diese breite Grund-

Zürcher Regelung gegen das Rechtsgleichheitsgebot, weil dann hiesige Bewerber, welche im Kanton Zürich praktizieren wollen und eine Zürcher Praxisbewilligung benötigen, gegenüber Bewerbern, die bereits eine Bewilligung eines andern Kantons besitzen, benachteiligt wären. Das Gericht räumt ein, dass das Binnenmarktgesetz bezüglich kantonaler Fähigkeitsausweise vorschreibt, dass sie unter gewissen Einschränkungen in der ganzen Schweiz Geltung haben. Daraus folge aber nicht, dass die Kantone ihre jeweiligen Anforderungen demjenigen Kanton anpassen müssten, der die geringsten Anforderungen stellt. „Ob einem Psychotherapeuten, der in einem andern Kanton zur selbständigen Berufsausübung zugelassen ist, gestützt auf das Binnenmarktgesetz eine Zulassung auch im Kanton Zürich erteilt werden müsste, braucht denn auch nicht im Zürcher Gesetz selber geregelt zu werden, und die Möglichkeit einer solchen Zulassung bedeutete nicht, dass der kantonale Gesetzgeber die Anforderungen für die ursprünglich vom Kanton Zürich zu erteilenden Bewilligungen herabsetzen müsste.“

Übergangsregelung

Bezüglich der Übergangsregelung hatten die Beschwerdeführer angesichts der Inkraftsetzung des Gesetzes auf das Jahr 2002 das Stichtatum von Ende 1994 beanstandet, weil nur jene Therapeuten, die ihre selbstständige psychotherapeutische Tätigkeit schon vor dem Stichtag aufgenommen und seither ununterbrochen ausgeübt haben, eine Praxisbewilligung gemäss Übergangsbestimmungen (Nachweis der Universitätspsychologie oder der Spezialausbildung) erhalten können. Dem Argument der Beschwerdeführer, damals habe nicht abgesehen werden können, dass ein künftiges Gesetz ein Psychologiestudium verlange, setzt das Gericht entgegen, man habe nicht darauf vertrauen können, diese Vorbildung nicht zu benötigen, denn die vom Bundesgericht 1993 aufgehobene Regelung auf Verordnungsstufe sah eine solche vor. Die vorliegende Übergangsregelung könne daher verfassungsrechtlich nicht beanstandet werden.

Kommentar

Bezüglich *Übergangsbestimmungen* bezieht sich das Gericht für die Behauptung, man habe mit dem Erfordernis, ausschliesslich eines Psychologiestudiums, rechnen müssen, einzig auf die 1993 aufgehobene Verordnung. Es geht mit keinem Wort auf die Tatsache ein, dass der Zürcher Regierungsrat im Januar 1999 dem Kantonsrat eine Regelung beantragt hatte, die nicht nur Psychologie-, sondern auch andere Hochschulabsolventen zulassen wollte. Und es „erinnert“ sich auch nicht mehr an das Abstimmungsergebnis der bundesgerichtlichen Verhandlung vom 9. Juli 1993, wo die Frage, ob ein Psychologiemonopol verfassungsrechtlich zulässig sei, mit vier zu einer Stimme verneint wurde (die bejahende Stimme war jene des heutigen Präsidenten der II. öffentlichrechtlichen Abteilung, Wurzburger). Auf Grund dieser beiden Fakten und angesichts der Regelungen in den andern Kantonen war es keineswegs für alle Studierenden so eindeutig, dass mit einem zwingenden Psychologieabschluss zu rechnen war.

Auf die Rüge, dass bisher unselbstständig tätige Psychotherapeuten mit dieser Übergangsregelung keine Praxisbewilligung erlangen können, selbst wenn sie deren fachliche Anforderungen erfüllen, ist das Gericht nicht eingegangen.

Beim Hinweis der Beschwerdeführer auf das *Binnenmarktgesetz* ging es überhaupt nicht darum, eine Zulassung auf diesem Weg im Zürcher Gesetz zu regeln. Das Gericht wehrt hier eine „Forderung“ ab, die so nicht gestellt wurde. Es ging darum zu verhindern, dass wegen der von den andern Kantonen abweichenden Zürcher Zulassungsregelung künftig wieder der Gerichtsweg beschritten werden muss, wenn es um die Anerkennung der Praxisbewilligungen anderer Kantone geht. Denn der Zürcher Kantonsrat hatte anfangs 2002 erneut kundgegeben, dass der Kanton Zürich keine Praxisbewilligungen anderer Kantone auf Grund des Binnenmarktgesetzes zu akzeptieren bereit sei. – Damit bleibt die Frage, ob die Kantone Praxisbewilligungen ungeachtet ihrer Voraussetzungen gegenseitig anerkennen müssen, seitens des Bundesgerichtes unbeantwortet und

wird erneut zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen. Immerhin hat das Gericht im hier referierten Entscheid indirekt die kürzlich geäusserte Stellungnahme der Wettbewerbskommission bestätigt, wonach eine Praxisbewilligung einem Fähigkeitsausweis entspreche (S. 11). Fähigkeitsausweise gelten für die ganze Schweiz.

Als schwerstwiegende Kritik am vorliegenden Entscheid erscheint – wie schon beim von der selben Abteilung erlassenen Urteil über die Mehrwertsteuer (vgl. letztes Forum) – dass die II. öffentlichrechtliche Abteilung ihre *eigenen Vorgaben missachtet*. Im vorliegenden Fall wird auf Seite 11 beteuert, es sei *nicht Sache des Bundesgerichtes, „medizinische Streitfragen“ zu entscheiden*. Abgesehen davon, ob „medizinisch“ hier das richtige Adjektiv ist, hat das Gericht bei der Frage, welche Zulassungsvoraussetzungen zweckmässig seien, sich mit der – irrigen – Auffassung identifiziert, nur ein Psychologiestudium vermittele die für die psychotherapeutische Tätigkeit notwendigen psychologischen und psychopathologischen Kenntnisse. Dabei hat es das – ihm durch die Beschwerdeführer zur Kenntnis gebrachte – Faktum nicht beachtet, dass die zum Teil seit über 50 Jahren bestehenden psychotherapeutischen Ausbildungsinstitutionen schon zu einer Zeit Psychopathologie und Diagnostik lehrten und prüften, als die Universitäten für Psychologen Psychopathologie überhaupt nicht und Diagnostik erst in rudimentärer Form anboten und für einen Abschluss in Psychologie auch nicht verlangten. Für die psychotherapeutische Berufsausübung waren diese Voraussetzungen einer Heiltätigkeit schon damals so erforderlich wie heute; daher waren und sind sie weiterhin *Teil der therapeutischen Spezialausbildung*. Das Gericht hat sich somit einseitig der von den Universitätsrepräsentanten vorgebrachten Argumentation angeschlossen, nur ein Psychologiestudium vermittele diese Kenntnisse. Dies trifft seit Einführung des Ergänzungsstudiums Psychotherapie-Wissenschaften der Schweizer Charta für Psychotherapie auch nicht für die bezüglich Psychotherapie relevanten psychologischen Grundlagen zu, denn seit einigen Jahren verlangen die in der Charta zu-

sammengeschlossenen privaten Ausbildungsinstitutionen von allen Bewerbern, welche keine medizinische oder psychologische Vorbildung haben, die Absolvierung dieses anspruchsvollen Ergänzungsstudiums. Mit andern Worten: Das Gericht hat diese Tatsachen nicht gewürdigt.

Andererseits räumt das Gericht, wie bereits eingangs referiert, ein: „Zwar liesse sich durchaus auch in Betracht ziehen, als Erstausbildung einen Hochschulabschluss geisteswissenschaftlicher Art wie Philosophie, Pädagogik oder Theologie genügen zu lassen. Die durch das Psychologiestudium vermittelten Grundlagen wären diesfalls in einer Zusatzausbildung separat oder im Rahmen der Zweitausbildung zu erwerben“ (S. 11). Es zieht aber daraus nicht die Konsequenz, diesen (längst existierenden und bewährten) Ausbildungsgang mit der Einfügung einer *Äquivalenzklausel* im Zürcher Gesetz auch zu ermöglichen. Vielmehr unterstützt es in seinen übrigen Erwägungen explizit die diesen Zweitweg ausschliessende Zürcher Regelung. So *entscheidet* – zumindest für den Kan-

ton Zürich – *das Gericht faktisch doch den Streit über die Anforderungen an die Berufsausbildung*, von dem es sagt, es sei nicht seine Sache, ihn zu entscheiden ...

Im Hinblick auf die bevorstehende Zulassungsregelung auf Bundesebene wird es daher schwierig sein, die Parlamentarier davon zu überzeugen, dass sie trotz diesem enttäuschenden Bundesgerichtsentscheid eine liberale Lösung mit der Akzeptierung beider Ausbildungswege ermöglichen sollten.



Ernst Spengler

ceci implique qu'il dispose de connaissances approfondies en psychologie et en psychopathologie. Le droit constitutionnel ne permet donc pas de contester le fait qu'une formation de base en psychologie, psychopathologie comprise, soit exigée.

Si l'on renonçait à cette exigence, on forcerait le futur thérapeute à choisir un courant et une forme de thérapie donnés avant même qu'il ne dispose des bases scientifiques lui permettant d'effectuer cette évaluation. Il semble d'autre part clair que sans cette large formation de base (le Tribunal mentionne les six spécialisations en psychologie offertes par l'Université de Zurich), le risque existe que le thérapeute soit trop influencé par le courant dans lequel il a fait sa formation. Or, pour pratiquer une psychothérapie qualifiée il faut disposer des compétences permettant de décider quelle est la méthode la plus utile dans un cas donné – cette capacité étant acquise par le biais d'une large formation de base. Dans ce sens, des études de psychologie préparent mieux à la pratique psychothérapeutique que n'importe quelle autre filière universitaire.

Le Tribunal fédéral relève qu'en exigeant un diplôme de psychologie, psychopathologie comprise, suivi d'une formation en psychothérapie et de stages pratiques, le législateur zurichois a édicté une réglementation cohérente, dont les exigences ne sont ni trop sévères, ni déraisonnables. Il indique qu'il est vrai qu'on pourrait envisager d'accepter une formation universitaire de base en lettres, ou plus précisément en philosophie, pédagogie ou théologie. Il s'agirait alors d'acquérir les connaissances de base en psychologie par le biais d'une filière complémentaire ou d'un second diplôme. Le Tribunal confirme que si l'on procédait de la sorte, l'accès à la psychothérapie se fonderait sur des bases plus larges, ce qui pourrait avoir des conséquences positives dans le sens où les futurs thérapeutes disposeraient d'un plus large horizon. Mais il considère qu'il ne lui revient pas de trancher « des différends relevant de la médecine ». Sa tâche consiste à évaluer l'adéquation des critères formulés par le législateur concernant les exigences posées à la formation. De plus, les autorités cantonales doivent jouir d'une certaine liberté en ce qui

Raisons ayant motivé la décision du Tribunal fédéral quant à la loi zurichoise sur la psychothérapie

Le 27 février 2002 le Tribunal fédéral a publié les attendus de sa décision de rejeter le pourvoi que nous avons présenté au sujet de la manière dont la loi zurichoise sur la santé (2000) réglemente la psychothérapie. Nous avons déjà traité des conséquences de cette décision dans le dernier FORUM et nous contentons donc ci-dessous de présenter les considérations du Tribunal, ainsi que nos commentaires.

Accord d'un traitement de faveur à la psychologie

Comme c'est le cas d'autres droits fondamentaux, la liberté de commerce peut être restreinte pour des raisons d'ordre légal ou dans l'intérêt

public, à condition que toute proportion soit gardée. Dans leur pourvoi les réclamants n'avaient retenu des trois critères que celui de savoir si, en exigeant de manière restrictive un diplôme de psychologie (psychopathologie comprise), on garde la proportion et ils avaient demandé que d'autres diplômes universitaires permettent d'accéder à la formation spécialisée en psychothérapie. Le Tribunal répond que pour être à même de pratiquer à titre indépendant, donc de diagnostiquer sous sa propre responsabilité des maladies et troubles psychiques et psychosomatiques et de mener un traitement, le psychothérapeute doit être capable de poser un diagnostic fiable et qu'il doit savoir où se situent les limites de sa profession;

concerne l'accord d'un certificat de capacité. Elles n'outrepasseraient leurs compétences que si elles formulaient des exigences inutiles ou exagérées, ce qui n'est pas le cas ici. En effet, « en tant que formation de base des études de psychologie constituent un fondement pertinent et donc meilleur par rapport à la formation spécialisée que ne le sont des études dans une autre discipline ».

Une autorisation de pratique grâce à la loi sur le marché intérieur ?

Les requérants avaient souligné que la loi fédérale sur le marché intérieur devrait avoir précedence ; celle-ci oblige les cantons à accepter les autorisations de pratiquer une profession accordées par d'autres cantons. Or, puisque d'autres cantons n'exigent pas des études de psychologie la réglementation zurichoise constitue une infraction au principe de l'égalité devant la loi ; en effet, les thérapeutes souhaitant pratiquer dans le canton de Zurich et ayant donc besoin d'une autorisation cantonale seraient défavorisés par rapport aux requérants ayant déjà l'autorisation d'un autre canton. Le Tribunal reconnaît qu'en ce qui concerne les certificats cantonaux de capacité, la loi sur le marché intérieur est applicable dans toute la Suisse, à peu de restrictions près. Selon lui, ceci ne signifie toutefois pas que les cantons doivent adapter leurs exigences à celles des cantons qui placent leur niveau plus bas. « La question de savoir si un psychothérapeute étant autorisé à pratiquer sa profession à titre indépendant dans un autre canton doit forcément être reconnu dans le canton de Zurich, en vertu de la loi sur le marché intérieur, ne doit pas obligatoirement être réglementée par la loi zurichoise ; la possibilité qu'il le soit ne signifie pas que le législateur cantonal doit moins exiger concernant les autorisations accordées à l'origine par le canton de Zurich. »

Dispositions transitoires

Concernant les dispositions transitoires, les requérants avaient contesté le fait que leur champ d'application soit échu à la fin 1994, compte tenu du fait que la loi devait être mise en vigueur en 2002. En effet, seuls les thérapeu-

tes qui avaient commencé à pratiquer à titre indépendant avant cette date et auraient continué de le faire sans interruption depuis lors pourraient obtenir une autorisation de pratique en vertu de ces dispositions (en prouvant qu'ils avaient des connaissances de psychologie de niveau universitaire ou une formation spécialisée). L'argument était qu'à l'époque (avant 1994), il n'était pas possible de prévoir qu'une future loi exigerait des études de psychologie. Le Tribunal répondit qu'on n'avait pas non plus pu savoir avec certitude que cette formation ne serait pas exigée, compte tenu du fait que l'ordonnance annulée par le Tribunal fédéral en 1993 mentionnait déjà cette condition. Dans ce sens, les dispositions transitoires ne peuvent pas être considérées comme inconstitutionnelles.

Commentaires

En ce qui concerne les *dispositions transitoires* le Tribunal fédéral se réfère uniquement à l'ordonnance élaborée en 1993 pour justifier l'argument selon lequel l'exigence d'un diplôme de psychologie était prévisible. Il ne mentionne pas du tout le fait qu'en janvier 1999, le Conseil d'Etat zurichois avait proposé au Grand Conseil une réglementation selon laquelle d'autres diplômes universitaires pourraient être acceptés. Et il a « oublié » les résultats des délibérations menées par ses propres membres le 9 juillet 1993, concernant la question de savoir si l'accord d'un monopole aux psychologues est admissible d'un point de vue constitutionnel ; les juges avaient répondu par quatre 'non' et un seul 'oui' (ce dernier provenant de l'actuel président de la IIe cour de droit public, Monsieur Wurzburger). Compte tenu de ces deux faits comme des réglementations en vigueur dans d'autres cantons, les candidats ne pouvaient pas forcément savoir avec certitude qu'on exigerait d'eux qu'ils aient un diplôme de psychologie.

Par ailleurs, le Tribunal n'est pas entré en matière concernant l'objection suivante : la réglementation transitoire ne permet pas aux psychothérapeutes travaillant déjà à titre non indépendant d'obtenir une autorisation de pratique, même s'ils satisfont aux critères formels en rapport avec la profession.

La raison pour laquelle notre pourvoi mentionnait la *loi sur le marché intérieur* n'était pas du tout que nous espérions que certaines personnes seraient admises par ce biais en dépit de la loi zurichoise. Le Tribunal rejette une « exigence » qui n'a jamais été posée dans ce sens. Il s'agissait d'éviter que d'autres personnes n'aient à avoir recours aux tribunaux pour faire reconnaître par le canton de Zurich des autorisations de pratique accordées par d'autres cantons. En effet, le médecin cantonal de Zurich a répété au début 2002 que le canton de Zurich ne serait pas disposé à reconnaître les autorisations de pratique d'autres cantons, même en vertu de la loi sur le marché intérieur. La question demeure donc de savoir si les cantons doivent reconnaître mutuellement leurs autorisations, indépendamment des exigences posées à leur accord – le Tribunal n'y a pas répondu, ce qui va forcément provoquer d'autres recours aux tribunaux. Il reste que celui-ci a indirectement émis une opinion à ce sujet dans ses attendus, en entérinant la récente prise de position de la commission de la concurrence : selon cette dernière, une autorisation de pratique correspond à un certificat de capacité (p. 11) et ce genre de certificat est reconnu dans toute la Suisse.

La plus importante critique qui doit être émise au sujet de l'arrêt du Tribunal est sans doute – comme ce fut le cas pour la décision prise par la même cour concernant la taxe sur la valeur ajoutée (cf. le dernier FORUM) – que la IIe cour de droit public *ne tient pas compte de ses propres prescriptions*. En effet, il est indiqué en page 11 qu'il *ne revient pas au Tribunal fédéral de trancher des différends relevant de la médecine*. On peut se demander si le terme 'médecine' est vraiment applicable ici. Ceci mis à part, les juges ont répondu à la question de savoir quels sont les critères d'admission adéquats en adoptant la position – incorrecte – selon laquelle seules des études de psychologie permettent d'acquérir les connaissances en psychologie et en psychopathologie requises pour pratiquer la psychothérapie. Ce faisant, il n'a pas tenu compte du fait – souligné par les requérants – que certains instituts de formation en psychothérapie enseignaient déjà la psychopa-

thologie et la manière de poser un diagnostic il y a plus de 50 ans, donc à une époque où l'enseignement offert par les universités ne comprenait pas du tout la psychopathologie, et seulement des connaissances rudimentaires du diagnostic; il était en outre possible d'obtenir un diplôme de psychologie sans avoir suivi ces cours. A l'époque comme maintenant, les praticiens de la psychothérapie devaient et doivent disposer de ce savoir; c'est pourquoi il était et continue à être enseigné par les instituts chargés de la formation en psychothérapie spécialisée. Le Tribunal s'est donc rallié de manière unilatérale aux arguments présentés par les représentants des universités, à savoir que seules des études de psychologie permettent d'acquérir ces connaissances. Cet énoncé n'est plus exact au moins depuis que la Charte

suisse pour la psychothérapie a mis en place la filière complémentaire en sciences psychothérapeutiques; en effet, depuis quelques années les instituts privés de formation affiliés à la Charte exigent de tous ceux de leurs candidats n'ayant pas de formation préalable en psychologie ou en médecine qu'ils suivent cette filière, donc qu'ils étudient les branches psychologiques pertinentes. Bref: le Tribunal n'a pas tenu compte de ce fait.

Il admet par contre (voir plus haut) qu'on pourrait envisager d'accepter une formation universitaire de base en lettres, ou plus précisément en philosophie, pédagogie ou théologie. Il s'agirait alors d'acquérir les connaissances de base en psychologie par le biais d'une filière complémentaire ou d'un second diplôme (cf. p. 11). Il ne poursuit toutefois pas son raisonnement jusqu'au bout; s'il le faisait, il re-

connaîtrait cette voie (qui existe depuis longtemps et qui a fait ses preuves) et exigerait que la loi zurichoise comprenne une *clause équivalents*. Au lieu de cela, il soutient explicitement la loi zurichoise – alors même que celle-ci exclut tout équivalent. Ce qui fait que – du moins en ce qui concerne le canton de Zurich – le Tribunal tranche bien les différends concernant les exigences à poser par rapport à la pratique de la profession, alors même qu'il déclare qu'il ne lui revient pas de prendre une décision à ce niveau!

Compte tenu de cet arrêt du Tribunal fédéral, il sera donc difficile de convaincre les parlementaires de choisir une solution libérale pour la future réglementation fédérale, ouvrant une deuxième voie à la formation malgré l'arrêt du Tribunal fédéral.

Ernst Spengler

Verabschiedung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit diesem Heft verabschiede ich mich als Redaktor des Supplements. Elf Jahre sind es her, seit ich die erste Nummer des „Forum Psychotherapie“ produziert habe. Es war damals noch ein ziemlich abenteuerliches Unterfangen, denn erstmals bestand die Möglichkeit, unabhängig vom Grafikgewerbe und dank PC, Druckmaschinen selber herstellen zu können. So kam es, dass ich in dieser Pionierphase aus Kostengründen alles im Alleingang machte, von der Redaktion über das Layout und die Herstellung der Druckvorlagen bis hin zum Versand.

Aus Kontakten mit österreichischen Kollegen in der EAP, wo ich Delegierter des SPV war, entstand dann das Projekt, unser „Forum Psychotherapie“ und das österreichische „Psychotherapie Forum“ zusammenzulegen, was wir 1995 realisieren konnten. Der Vorteil war gross, allein hätten wir wohl kaum eine wissenschaftliche Zeitschrift in einem renommierten Verlag herausgeben können. Für aktuelle Verbandsnach-

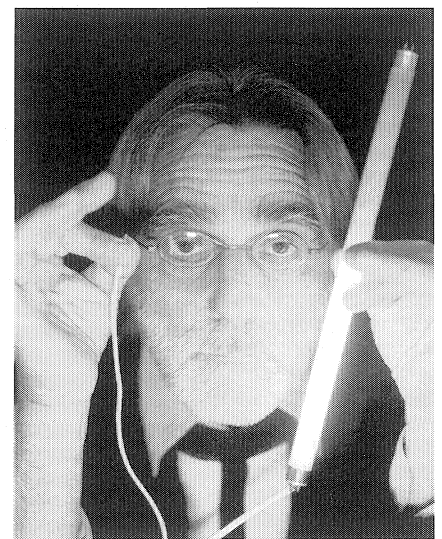
richten erwies sie sich aber als nicht geeignet, so dass wir im selben Jahr das „à jour“ herausbrachten, welches ich bis zu meinem Ausscheiden aus dem Vorstand des SPV ebenfalls redaktionell betreut hatte.

Ein weiterer wichtiger Entscheid, welcher in meine Amtszeit als Mitglied des Vorstandes der Charta fiel, war die Beteiligung auch der Charta am Psychotherapie Forum. Wir erreichten damit, dass 2400 PsychotherapeutInnen, eine mehr als doppelt so grosse Anzahl als vorher, mit methodenübergreifenden, wissenschaftlichen Artikeln bedient werden konnten. Die Charta dient damit ihrem Zweck, den Aufbau einer gemeinsamen wissenschaftlichen Kultur zu fördern.

„Kommunikation und Transparenz sollen in Zukunft die Basis unseres Verbandes bilden“. Dies war der erste Satz im ersten Editorial in der Nummer vom Dezember 1991. Daran habe ich mich gehalten, bis heute, in insgesamt 60 Heften. Nach dieser langen Zeit möchte ich das Geschaffene und diese Aufgabe weitergeben. Dies tue ich nicht, weil ich das Interesse verlor-

ren hätte, sondern weil sich andere Projekte, im kreativen Bereich, in mein Leben drängen. In der Redaktion des wissenschaftlichen Teils und an der Entwicklung unserer Website werde ich weiterhin dabei sein.

So bleibt mir noch dafür zu danken, dass ich die Möglichkeit hatte, diesen wichtigen Baustein in der Entwicklung unseres Berufes mitzugestalten. Ich wünsche meinen beiden Nachfolgern eine ebenso reiche Zeit.



Mario Schlegel

Adieux

Chers/chères collègues,

Le présent numéro du Supplément est le dernier dont j'assumerai la rédaction. J'avais produit le premier numéro du Forum Psychotherapie, il y a onze ans déjà. A l'époque, c'était encore toute une aventure puisque la mise en page d'imprimés 'à la maison' (sur un simple PC et sans avoir besoin d'un graphiste) en était encore à son tout début. Pour économiser des frais je faisais tout moi-même, de la rédaction à l'envoi, en passant par la mise en page et la préparation des articles avant qu'ils n'aillent à l'imprimerie.

Par le biais des contacts que j'avais eu l'occasion de nouer au sein de l'AEP – j'y étais délégué par l'ASP –, il devint possible en 1995 de fusionner le « Psychotherapie Forum » autrichien et notre propre « Forum Psychotherapie ». Cette démarche eut de

nombreux avantages puisque, seule, l'ASP n'aurait pas pu obtenir qu'une grande maison d'édition publie une revue scientifique. Il s'avéra toutefois que ce canal ne pouvait pas être utilisé pour diffuser des nouvelles de l'association et nous décidâmes donc la même année de publier *à jour*, dont j'ai également été le rédacteur jusqu'au moment où j'ai démissionné du comité de l'ASP.

Durant la période de mon mandat au sein du comité de la Charte, il fut également décidé que cette dernière collaborerait au Psychotherapie Forum. Ce faisant, nous avons la possibilité de toucher 2400 psychothérapeutes environ, soit plus du double des membres de l'ASP, leur faisant parvenir des articles scientifiques issus des différents courants. La Charte se conformait ainsi à son objectif : construire une culture scientifique commune.

« A l'avenir la communication et la transparence doivent former la base de notre association » – c'est ainsi que commençait l'éditorial du numéro de décembre 1991. Je m'en suis tenu à cette devise jusqu'à aujourd'hui, tout au long des soixante numéros publiés. Après tout ces années j'ai eu envie de céder ma place à quelqu'un d'autre. Non pas que ce travail ne m'intéresse plus, mais parce que j'aimerais mettre en chantier d'autres projets dans un domaine créatif. Mais je continuerai à participer à la rédaction du cahier scientifique et au développement de notre site Internet.

Il ne me reste plus qu'à remercier tous ceux grâce auxquels j'ai pu me charger de donner forme à cet important élément de l'évolution de notre profession. Je souhaite à mes deux successeurs que le travail soit aussi enrichissant pour eux qu'il ne l'a été pour moi !

Mario Schlegel

Die neue Redaktion des Supplements

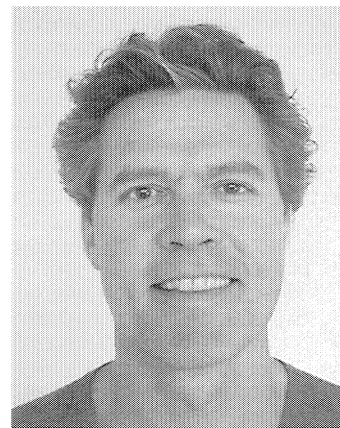
Dr. Peter Holderegger

- Wohnhaft auf einem Bauernhof im appenzellischen Gais, Jg. 56, verheiratet, kinderlos
- Studien an der Universität Bern in den Fächern Geschichte, Germanistik und Philosophie; Werkstudent zwecks Eigenfinanzierung des Studiums; Abschluss des volkswirtschaftlichen Studiums in der Vertiefungsrichtung Wirtschaftssoziologie an der Universität St. Gallen
- Wissenschaftlicher Assistent für Soziologie und Organisationspsychologie; Doktorandenstudium in Wissenschaftstheorie, Forschungsmethodik und Organisationspsychologie; Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen mit dem Thema „Industrielles Unternehmertum im Appenzellerland – Von den Anfängen bis zur Gegenwart“
- Ausbildung zum Psychotherapeuten am Psychoanalytischen Seminar in Zürich und Bregenz

- Kantonale Praxisbewilligungen zur Ausübung des Berufes eines selbständigen Psychotherapeuten für die Kantone Thurgau und St. Gallen
- Psychotherapeutische Spezialisierung auf dem Gebiet der Psychotraumatologie mittels psychodynamischen Verfahren sowie EMDR (Traumabehandlung in eigener Praxis; Präventions- und Beratungsarbeit bei den städtischen und kantonalen Polizei- und Feuerwehrdiensten von St. Gallen und Appenzell AR)
- Vorstandsmitglied des Schweizer Psychotherapeuten-Verbandes (SPV) seit März 1997 und Vorstandsmitglied der Vereinigung Ostschweizer Psychotherapeuten (VOPT) seit November 1996
- Unternehmerische Tätigkeit als Mitinhaber und Managing Director der Fokus Consulting Group St. Gallen: Organisationspsychologische Beratungen in Profit- und Non-Profit-Institutionen; Spezialisierung im Bereich des Personalmanagements (Personalgewinn-

nung, Beurteilung, Honorierung und Entwicklung), insbesondere systematische Erfassung des Managementpotentials bei internationalen Unternehmungen der Versicherungs- und Computerbranche, On-line-Assessments, Teamentwicklung im Bankensektor, individuelles Coaching von Führungskräften

- Hobby/Leidenschaft: Pferde, Westreiten



Peter Holderegger

Signalement

Dr. Peter Holderegger

- Habite une ferme à Gais, dans le canton d'Appenzell, né en 1956, marié, pas d'enfant
- A étudié l'histoire, la langue et littérature allemandes et la philosophie à l'Université de Berne, tout en travaillant pour financer ses études; diplôme de sociologie de l'économie à l'Université de Saint-Gall
- Assistant (sociologie et psychologie des organisations), formation niveau doctorat en théorie de l'économie, méthodes de recherche et psychologie des organisations, doctorat en économie à l'Université de Saint-Gall (thème: histoire du patronat industriel en Appenzell)

- Formation en psychothérapie au Psychoanalytischen Seminar in Zürich et à Bregenz
- Autorisations cantonales de pratique pour les cantons de Thurgovie et de Saint-Gall
- Spécialisation dans le domaine de la psychotraumatologie, traitements psychodynamiques et EMDR (pratique dans son propre cabinet, mais aussi travail de prévention et de conseil auprès des services de police et des brigades de pompiers de Saint-Gall et d'Appenzell RA)
- Membre du comité de l'Association Suisse des Psychothérapeutes (ASP) depuis mars 1997 et membre du comité de la Vereinigung

- Ostschweizer Psychotherapeuten (VOPT) depuis novembre 1996
- Co-patron et managing directeur du Fokus Consulting Group Saint-Gall: conseil en psychologie des entreprises auprès d'institutions et d'ONPs; spécialisation dans le domaine de la gestion des ressources humaines (recrutement, évaluation, salaires et développement), et en particulier de l'analyse systématique des potentiels de gestion dans des entreprises internationales (domaines des assurances et de l'informatique), évaluations online, développement de teams dans le secteur bancaire, coaching individuel de cadres
- Hobby/passion: chevaux, équitation (Western)

Peter Holderegger

Kurze Vorstellung

Erica Brühlmann-Jecklin

- Geboren am 30. Juli 1949 in einem Bündner Dorf (CH-Küblis)
- Aufgewachsen teils in Küblis, teils in Rüti im Kanton Zürich und in der Stadt Zürich

- Handelsschule, Ausbildung in allgemeiner Krankenpflege SRK, (1970 bis 1973)
- Vorlesungen in Anatomie an der Universität Zürich (1974/75)
- Ausbildung zur Lehrerin für Krankenpflege SRK (1975 und 1976)

- 10 Jahre Tätigkeit als Lehrerin für Anatomie und Physiologie an diversen Schulen für Krankenpflege (1976 bis 1986)
- Verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern
- Psychotherapieausbildung in Integrativer und Gestalttherapie am F. Perls-Institut in Düsseldorf (1987 bis 1995) graduiert
- Studium Klinische Psychologie an der Universität Fribourg (1993 bis 1997)
- Weiterbildung in Traumatherapie sowie Praktikum an der Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie in Bielefeld (Dr. L. Reddemann)
- In Schlieren bei Zürich als Schriftstellerin, Liedermacherin und Psychotherapeutin in eigener Praxis tätig
- Veröffentlichung diverser belletristischer wie auch fachlicher Literatur
- In der Redaktion „Supplement“ ab der folgenden Nummer zuständig für die Rubrik „Charta“

Erica Brühlmann-Jecklin



Erica Brühlmann-Jecklin

Foto: Yvonne Böhler

Brève présentation

Erica Brühlmann-Jecklin

- Née le 30 juillet 1949 dans un village des Grisons (Küblis)
- Enfance et adolescence passées à Küblis, mais en partie aussi à Rütli dans le canton de Zurich et en ville de Zurich
- Ecole de commerce, école d'infirmières (1970 à 1973)
- Cours d'anatomie à l'Université de Zurich (1974/1975)
- Formation d'enseignante en soins CRS (1975 et 1976)

- Pendant 10 ans, enseignement d'anatomie et de physiologie dans le cadre de diverses écoles d'infirmières (1976 à 1986)
- Mariée, mère de deux enfants adultes
- Formation de psychothérapie (thérapie intégrative et gestalt) à l'Institut F. Perls de Düsseldorf (1987 à 1995); diplôme
- Etudes de psychologie clinique à l'université de Fribourg (1993 à 1997)

- Perfectionnement en thérapie des traumatismes et stage pratique à la Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie de Bielefeld (Dr. L. Reddemann)
- Cabinet de psychothérapie à Schlieren près de Zurich, mais aussi travail d'écrivain et de chansonnier
- Publication de différents textes littéraires ou scientifiques
- Responsable à partir du prochain numéro de la rubrique « Charte » du « Supplément »

Erica Brühlmann-Jecklin

Bericht aus der Schweizer Charta für Psychotherapie

www.psychotherapiecharta.ch

Die Webseite der Charta hat jetzt eine eigene Adresse „www.pschotherapiecharta.ch“. Das Label der Charta ist damit einprägsamer. Ebenso hat unsere Internetzeitschrift „ASPEKTE der Psychotherapie“ eine eigene Adresse bekommen: „www.psychotherapieaspekte.ch“, wodurch sie direkt ausgewählt werden kann. Mit der französischen Version der Website sind jetzt alle Inhalte mit dem Charta-Text für unsere KollegInnen in der Romandie besser zugänglich. Alle Informationen werden auch in Zukunft in beiden Sprachen kommuniziert. Neu sind folgende Rubriken:

Aktuell

- Peter Schulthess, unser Delegierter in der Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), berichtet laufend über den neuesten Stand der Arbeiten am Psy-Gesetz. Die Informationen sind dadurch

kompetent und immer auf dem neuesten Stand.

- Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid betr. Grundausbildung im Kanton Zürich
- Daten und Themen der Wissenschaftskolloquien
- Kurze Berichte über die Mitgliederversammlungen
- Vorschau auf die Themen des Psychotherapie Forums
- andere aktuelle Themen

Wir werden uns bemühen, zur ersten Anlaufstelle für Informationen zu werden. Aktuelle Entwicklungen können wir dank der Neuorganisation der Website mit einer neuen Software immer unverzüglich ins Netz bringen.

Fortbildung

Die Fortbildungsveranstaltungen der Charta-Institutionen werden laufend aktualisiert und mit den entsprechenden Angeboten auf deren Websites

verbunden. Dadurch wird die Information wesentlich verbessert, die Anmeldung vereinfacht und die Institutionen haben einen optimalen Zugang zu den interessierten Kreisen. Die Publikation der Fortbildungsangebote im Psychotherapie Forum, jeweils in der ersten und dritten Nummer des Jahres, wird aber weiterhin aufrecht erhalten.

Innerhalb der bereits bestehenden Rubriken sind neu auch die Statuten und die Ethik-Richtlinien der Charta einsehbar.

Unsere Internetzeitschrift ASPEKTE beinhaltet bereits einige Artikel. Wenn Sie daran interessiert sind, hier zu publizieren, finden Sie die Bedingungen unter den Anweisungen für die AutorInnen.

Wir informieren Sie laufend über Neuerungen auf der Website.

Mario Schlegel

Verantwortlicher für die Website

Nouvelles de la Charte suisse pour la psychothérapie

www.psychotherapiecharta.ch

Le site web de la Charte a maintenant sa propre adresse: www.pschotherapiecharta.ch, ce qui permet de mettre en évidence le label de la Charte. De même, notre revue Internet « ASPECTS de la psychothérapie »

a sa propre adresse: www.psychotherapieaspekte.ch – on peut donc y accéder directement. La version française du site, texte de la Charte compris, permet à nos collègues romands de se tenir au courant de manière plus confortable. A l'avenir, toutes les informations seront publiées

dans les deux langues. Nouveaux textes:

Actualités

- Peter Schulthess, notre délégué au sein de la commission de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) rapporte continuellement le travail

effectué au niveau de la loi psy. Ces renseignements sont donc constamment mis à jour par quelqu'un qui est parfaitement au courant.

- Commentaires sur l'arrêt du Tribunal fédéral concernant la formation de base dans le canton de Zurich
- Dates et thèmes des colloques scientifiques
- Brefs rapports concernant les assemblées des membres
- Aperçu des thèmes des prochains numéro du Psychothérapie Forum
- Autres thèmes actuels

Nous voulons être les premiers à vous fournir des informations et ferons des efforts dans ce sens. Un nouveau

logiciel et la réorganisation de notre site web vont nous permettre de publier les nouveautés de plus en plus rapidement.

Formation continue

La liste des manifestations de formation continue organisées par les institutions de la Charte est constamment mise à jour; des links la relient à l'offre des instituts – voir la rubrique «formation continue» sur le site www.psychotherapiecharta.ch. Vous pouvez donc mieux vous tenir au courant et, le cas échéant, vous inscrire plus facilement; quant aux instituts, ils ont ainsi un meilleur accès aux milieux intéressés. Mais nous conti-

nerons à publier la liste des cours et rencontres dans le Psychothérapie Forum (premier et troisième numéro de l'année).

Autre nouveauté: les statuts et les lignes directrices en matière d'éthique élaborées par la Charte se trouvent maintenant sur le site.

Notre revue Internet ASPECTS contient déjà quelques articles. Si vous souhaitez y publier une contribution, vous pouvez consulter la liste des indications fournies aux auteurs.

Nous vous tiendrons au courant des prochaines nouveautés.

Mario Schlegel

Responsable du site web

Fortbildungsveranstaltungen der Charta-Institutionen

Manifestations de la formation continue des institutions de la Carte

NOUVEAU: Vous trouverez sous www.psychotherapiecharta.ch une liste continuellement mise à jour des manifestations organisées par les institutions de la Charte, links pertinents compris.

NEU: Die laufend aktualisierten Fortbildungsveranstaltungen der Charta-Institutionen mit weiterführenden Links finden Sie unter www.psychotherapiecharta.ch

Ganzjährige Reihen / Cycles annuels

Institut International de Psychanalyse et de Psychothérapie Charles Baudouin (IIPB)

- Violence: confrontation et réposition
- Art et Psychanalyse?

De février à novembre 2002 divers séminaires sont proposés. Renseignements: FR-Palmaro, Tel. 022 342 16 61

Einzelne Seminare

Europäische Akademie für Psychosoziale Gesundheit EAG

Integrierte Leib- und Bewegungstherapie, Integrierte Kunsttherapie. Cornelia Jacob-Krieger, 3.–14.8.2002. Beversee. **Integr. Body Therapy.** Ilse Orth, Hilarion Petzold, 18.–28.8.2002, Insel Hvar, Kroatien. Auskunft: D-42499 Hückeswagen, Wefelsen 5 (Beversee). Auskunft: Tel. 02192/8580, Fax 02192/85822, Internet: EAG.FPI@t-online.de, www.integrative-therapie.de

IGW Institut für Integrative Gestalttherapie Würzburg

Lebendige Puppen: Die Arbeit mit Puppen in der Gestalt-Kindertherapie. Felicia Carroll, 29. 8. bis 1. 9. 2002 in der Toskana. Auskunft: IGW Gestalt Akademie, Theaterstraße 2, D-97070 Würzburg, Tel. 0049/931/35 44 50, Fax 35445-44, Internet: www.igw-gestalttherapie.de, e-mail: info@igw-gestalttherapie.de

VOPT Vereinigung Ostschweizerischer PsychotherapeutInnen

Erkenntnisse aus der Säuglingsforschung in der klinischen Praxis. Mario Jacoby, 11. oder 12. 9. 2002. Organisation: Andreas Wöhrle, Tel. 071 223 44 43. **Imaginative Techniken bei traumatisierten PatientInnen.** Luise Reddemann, 25. 11. 2002. Organisation: Esther Arto, Tel. 071 223 86 26

Stiftung Szondi-Institut

Therapeutische Beziehung unter dem Aspekt der Geschlechterdifferenz. Barbara Saegesser, 20. und 21. 9. 2002. Szondi-Inst. Tel. 01 252 46 55, Internet: info@szondi.ch

Schweizer Verein für Gestalttherapie und Integrative Therapie SVG

Einführung in die Paartherapie. Joseph und Sandra Zinker, 25.–27. 10. 2002.

Behandlung von komplexen posttraumatischen und dissoziativen Störungen. Luise Reddemann, 11.–13. 10. 2002. Anmeldung: Sekretariat SVG, Tel. 01 341 09 08

Vorankündigung Charta-Fortbildungsveranstaltung 2003

Datum: Samstag, 24. Mai 2003

Tagungsort: Volkshaus Zürich

1. Hauptreferat

Herr Prof. Dr. Dr. Gerhard Roth, Direktor am Institut für Hirnforschung der Universität Bremen

2. Hauptreferat

Forschungsprojekt zur Verarbeitung von Emotionen, Universität Basel

Der Nachmittag soll Gelegenheit zur vertiefenden Diskussion der Konsequenzen aus dem aktuellen Stand neurobiologischer und neuropsychologischer Forschung für die psychotherapeutische Praxis geben.

Erika Schmid-Hauser

Bericht aus dem SPV

Welche Psychotherapie braucht die Schweiz?

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Welche Psychotherapie braucht die Schweiz?

Diese Frage stellt sich seit Ende 2001 eine vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission, die bis zum Sommer 2002 den Entwurf eines „Psy-Gesetzes“ ausarbeiten soll.

Der Auftrag besteht darin, die im Gesundheitsbereich relevanten „Psy-Berufe“, d.h. vor allem die Psychotherapie sowie allfällige andere psychologische Fachberufe zu regeln.

Wenn nichts schief geht, sollte das Gesetz 2005 alle Hürden genommen haben und in Kraft gesetzt werden.

Das jetzige Psychotherapiefeld Schweiz zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus, durch Stärken und Schwächen. Die Stärke besteht in der guten Ausbildung der PsychotherapeutInnen, in der Vielfalt der Methoden, in der Liberalität der Grundeinstellung. Die PsychotherapeutInnen sind in der Mehrheit offen für neue Erfahrungen und interessiert, zu lernen und sich weiterzuentwickeln.

Die Schwächen bestehen in der Zersplitterung, im mangelnden Interesse, Verbindendes und Übergreifendes zu entwickeln. Es besteht eine Tendenz, Qualitätsleitlinien und berufsethische Regeln abzulehnen oder möglichst unverbindlich zu lassen.

Der Beruf ist wissenschaftlich, politisch und sozial marginal. Es gibt unter den PsychotherapeutInnen zuwenig Persönlichkeiten, die im Geistes- und Kulturleben eine herausragende Rolle spielen und durch Ausstrahlung für die Psychotherapie werben.

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Psychotherapiefeldes liegen im grossen Bedarf nach psychotherapeutischen Leistungen. Die aktuelle Situation mangelnder Regelung und grosser Unklarheit birgt zahlreiche Chancen, eine vielfältige wissenschaftliche und qualitativ hochstehende Psychotherapie-Kultur zu entwickeln.

Es gibt aber auch Gefahren: Die Entwicklung des Gesundheitswesens, die einseitig auf technologische Medizin und die Erfüllung passiver Konsumwünsche ausgerichtet ist, weist der Psychotherapie einen marginalen Platz zu: Das Geld wird derzeit für Apparate und Wohlfühl-Angebote statt für solide Gesundheitsentwicklung verbraucht. Die Gefahr besteht, dass zwei Arten von Psychotherapie entstehen: Die qualitativ ungenügende, von den Krankenversicherungen bezahlte Psychotherapie, die auf kurztherapeutische Angebote beschränkt sein wird, und die privat finanzierte, auf den Patienten massgeschneiderte Psychotherapie mit of-

fener Behandlungsdauer und angemessener Methodenvielfalt. Die gesamte Psychotherapie droht gesellschaftlich bedeutungslos zu werden.

In dieser Situation verfolgen SPV und Charta im Rahmen der Arbeiten für ein Psychotherapie-Gesetz folgende strategischen Ziele, die Raimund Dörr, Peter Schulthess und der Unterzeichnende als Vertreter des SPV und der Charta in der Expertenkommission vertreten:

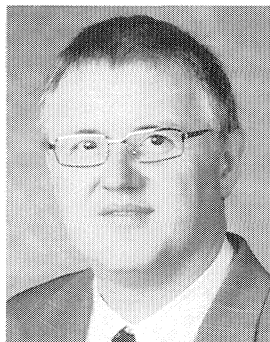
1. Die Interdisziplinarität der Psychotherapie und damit ihr Entwicklungspotential muss gesetzlich zumindest durch eine Äquivalenzklausel, welche Nicht-PsychologInnen zur psychotherapeutischen Weiterbildung zulässt, gesichert werden. Entweder sollen die Universitäten gezwungen werden, spezifische Nachqualifikationen für andere Studienabgänger anzubieten, oder der Bundesrat hat die Kompetenz, in eigener Regie andere Hochschulabschlüsse zu anerkennen.
2. Die Qualität der psychotherapeutischen Leistungen soll durch strenge gesetzliche Anforderungen an die Aus-, Weiter- und Fortbildung gefördert werden.
3. Dadurch sollen die Grundlagen geschaffen werden, dass der PsychotherapeutInnen-Beruf in der gesellschaftlichen Anerkennung und im Verdienst mit den anderen akademischen Fachberufen (z. B. Spezialarzt FMH) gleichzieht.

Die Ziele sind noch nicht erreicht. Noch sind einige Hürden auf dem Weg zu einem vernünftigen und sachgerechten Psychotherapie-Gesetz zu nehmen.

Die konstruktive Atmosphäre in der Expertenkommission lässt allerdings hoffen, dass tragfähige Konsenslösungen gefunden werden. Auch die Vertreter der Universitätspsychologie, die bislang jeden konstruktiven Kompromiss in der Ausbildungsfrage blockiert hatten, scheinen zur Einsicht gekommen zu sein, dass ein Scherbenhaufen für alle nur Schaden bringen würde.

Für einmal scheint Hoffnung berechtigt.

Einen schönen Frühling und Sommer wünscht Ihnen



Dr. Markus Fäh, Präsident Schweizer Psychotherapeuten Verband

gehaltene Position, dass die Akzeptanz der Psychologie als allein möglicher Grundausbildung (nebst dem Zugang über die Medizin) der Grundüberzeugung über das Wesen unserer Arbeit als PsychotherapeutInnen widerspreche. Ferner komme ein Anschluss an die FSP nicht in Frage, weil dort in erster Linie die Interessen der universitären PsychologInnen und Fachrichtungen vertreten werde, der SPV hingegen ein Psychotherapeutenverband sei, der die Anliegen der PsychotherapeutInnen vertrete, wie eben beispielsweise den Einbezug in die Grundversicherung oder die Zusammenarbeit mit medizinischen KollegInnen, was wiederum nicht primäres Interesse eines reinen Psychologenverbandes sei, wie die jetzige Diskussion im Rahmen des sogenannten Psy-Gesetzes auf nationaler Ebene deutlich mache.

Nach einer fairen, intensiven und bisweilen sogar humorvollen Auseinandersetzung mit diesen beiden konträren Positionen schritt die Versammlung zur Abstimmung über den Antrag der Strategiekommission „Kooperation“, noch vor den Sommerferien 2002 eine Mitgliederversammlung zur grundsätzlichen Diskussion der berufspolitischen Ausrichtung des SPV durchzuführen. Die anwesenden Mitglieder entschieden sich gegen eine solche ausserordentliche Mitgliederversammlung. Damit untermauerte die Versammlung in Basel einmal mehr, dass der bisherige Kurs des SPV beizubehalten ist. Angesichts dieses Verdikts hatte auch der Antrag einzelner SPV/FSP-Doppelmitglieder keine Chance, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die zusammen mit einer parallel zu gründenden Arbeitsgruppe der FSP konkrete Vorschläge auszuarbeiten hätte, wie die beiden bestehenden Verbände in eine neue Schweizerische Vereinigung von Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen übergeführt werden können. Fazit: die Diskussion einer Fusion der beiden Berufsverbände FSP und SPV ist für die nächste Zeit vom Tisch.

Die zweite Arbeitsgruppe, die Strategiekommission „Führungsstruktur“, zu welcher Esther Artho, Franz Brander, Toni Brühlmann-Jecklin (Vorsitz), Markus Fäh und Ursula Silberschmidt (Projektbegleiterin) gehören, setzte sich im vergangenen Vereinsjahr mit verschiedenen Orga-

Mitgliederversammlung 2002

Zusammenfassung der Beschlüsse

Nach den stürmischen Mitgliederversammlungen der letzten Jahre konnten die Geschäfte des SPV dieses Jahr in ruhigen Bahnen abgewickelt werden. Die SPV-Mitglieder, die an der Mitgliederversammlung vom 16. März in Basel teilnahmen, erlebten eine, wenn auch zeitweilig kämpferische, so doch konstruktive Auseinandersetzung mit den strategisch wichtigen Belangen des Verbandes. Wie üblich war auch die diesjährige Traktandenliste vollgepackt mit vielen Einzelgeschäften. In diesem Bericht geht es indessen lediglich darum, die grossen Linien der Versammlung nachzuzeichnen und über die zentralen Punkte zu berichten.

Eine mehrstündige Diskussion wurde den **Zukunftsperspektiven** des Verbandes gewidmet. Wertvolle Beiträge steuerten dazu die beiden an der letztjährigen Mitgliederversammlung in St. Gallen ins Leben gerufenen **Strategiekommissionen „Kooperation“** und **„Führungsstruktur“** bei.

In der ersten Arbeitsgruppe, welche mit den SPV-Mitgliedern Claude Blatti, Raimund Dörr, Gaby Gschwend, Max Hänggi, Josef Jung (Vorsitz) und Anita Landolt Binswanger ein breites Spektrum von verschiedenen, teilweise sogar krass divergierenden Auffassungen und Stossrich-

tungen aufzeigte, kristallisierten sich zwei klare Lager heraus. Die Minoritätenposition schälte für die Zukunft folgende Optionen heraus:

- Übernahme der FSP-Position betreffend die Grundausbildung durch den SPV und
- Zusammenschluss von SPV und FSP, was schliesslich in ein neues berufspolitisches Auffanggefäss münden könnte, welches im Sinne einer Schweizerischen Berufskammer für Psychotherapie allen Psychotherapeuten mit Hochschulabschluss in Psychologie und entsprechender Weiterbildung offenstehen würde.

Die in diesem Modell angeschnittene Idee einer Fusion zu einem neuen Gesamtverband oder gar eines Beitritts des SPV als Gliedverband zur FSP stiess auf vehemente Ablehnung der anwesenden SPV-Mitglieder. Der damit verbundenen Monopolisierung des Psychotherapeutenberufes durch das universitäre Psychologiestudium wurde entschieden entgegen getreten, zumal der neueste Bundesgerichtsentscheid bezüglich Psychotherapiegesetz in Zürich keineswegs die Frage beantwortete, ob allein das Psychologiestudium die Pforte zur Ausübung des Psychotherapeutenberufes darstellen könne. Die Mehrheit der genannten Kommission vertrat vielmehr die bisher vom SPV aufrecht

nisationsmodellen sogenannter Non-Profit-Organisationen auseinander und übertrug deren Ansätze auf den SPV. Von den drei referierten Modellen favorisierte die Kommission eindeutig die bereits schon heute praktizierte Variante eines kleinen, operativ tätigen Vorstandes mit (Büro-) Ausschuss, wobei sie die Empfehlung abgab, in der Zukunft vermehrt thematische Kommissionen ins Leben zu rufen, nicht zuletzt auch aus der Überlegung heraus, damit einen Pool für zukünftige Vorstandsmitglieder zu schaffen. Nach den Berechnungen dieser Strukturkommission schnitt dieses Modell auch kostenmässig am günstigsten ab. Da sich diese Arbeitsgruppe einhellig für die Beibehaltung des Status quo aussprach, war es nicht verwunderlich, dass die Mitgliederversammlung den Anträgen dieser Kommission – Beibehaltung eines kleinen, operativ tätigen Vorstandes, überlappende Amtszeiten, Überprüfung des statutarisch festgehaltenen Verbandszweckes und Anpassung an die vorhandenen Ressourcen, Einsatz von thematischen Kommissionen und aktive Gewinnung von neuen Verbandsmitgliedern – geschlossen folgte. Somit bestätigte die Mitgliederversammlung auch bei der Verbandsführung das in den letzten Jahren angewandte Modell eindeutig.

Zieht man eine Bilanz über die von dieser Mitgliederversammlung gefällten Beschlüsse über die zukünftig einzuschlagende Verbands- und Führungspolitik, so lautet die Erkenntnis klipp und klar: Beibehaltung des Status quo bei geringen Modifikationen.

Ein weiteres Schwerpunktthema stellte die statutarische Verankerung einzelner Elemente eines ganzheitlichen Qualitätsmanagements dar: Die sogenannte Fortbildungs- resp. Dokumentationspflicht. Während die beiden Anliegen von der Sache her unbestritten waren, wenn vielleicht auch mancherorts eher grollend akzeptiert, so entzündete sich ein Disput an der Frage, wer für den Erlass des Ausführungsreglementes zuständig sein sollte. Die Mitgliederversammlung entschied sich für folgende Kompetenzregelung: Das *Reglement zur Fortbildungspflicht* ist der nächsten Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorzulegen, während das *Reglement zur Dokumentationspflicht* vom Vorstand erlassen werden kann. Die Logik dieses Entschlusses ist nicht einfach nachzuvollziehen. Vielleicht ging es um eine gewisse Machtdemonstration der Mitgliederversammlung gegenüber dem Vorstand, der in beiden Fällen die Reglemente erlassen wollte. Die mangelnde logische Stringenz, welche in diesen beiden Entscheiden zum Ausdruck kommt, tut der Sache an sich aber keinen Abbruch, denn es liegt weder im Interesse des Vorstandes noch der Mitgliederversammlung, Reglemente zu erlassen, die nicht von der Mitgliederbasis gestützt und umgesetzt werden. Beide Seiten, Legislative und Exekutive, dürfen also bei der Reglementierung der Fortbildungs- und Dokumentationspflicht mitreden, – wahrlich salomonisch.

Ein absolutes Novum für den schreibenden Berichterstatter stellt die Tatsache dar, dass die Rechnung des ver-

gangenen Verbandsjahres und das Budget für die kommende Geschäftsperiode ohne Gepolter über die Bühne ging. Mit überwältigendem Mehr hiess die Mitgliederversammlung die Jahresrechnung 2001 und das Budget 2002 gut. Dieses Ergebnis widerspiegelt zweifellos das Vertrauen in die Geschäftsführung des Vorstandes, der für das laufende Verbandsjahr somit über ein Budget von Fr. 925'000,- verfügen kann. Die von der Mitgliederversammlung bewilligten ordentlichen bzw. ausserordentlichen Jahresbeiträge für die Mitglieder belaufen sich auf Fr. 800,- resp. 750,-.

Abschliessend sei noch auf die positive Aufnahme des Antrages von Helen Schmid Blumer durch die Mitgliederversammlung hingewiesen, die eine statutarische Beschränkung der Nachschusspflicht für SPV-Mitglieder forderte. Maximal darf der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder somit Fr. 1'500,- pro Jahr betragen. Mit der Annahme dieses Antrages ist das Einzelmitglied zukünftig von einer allfälligen Haftung (Nachschusspflicht) geschützt. Sollten die finanziellen Forderungen an den SPV seine Finanzkraft übersteigen, haftet das Einzelmitglied nur noch mit seinem jährlich festgelegten Jahresbeitrag.

Alle weiteren Beschlüsse der Mitgliederversammlung können im Detail dem Protokoll der Mitgliederversammlung 2002 entnommen werden, welches den SPV-Mitgliedern zugestellt wird.

*Dr. Peter Holderegger
SPV-Vorstandsmitglied*

Nouvelles de l'ASP

De quelle psychothérapie la Suisse a-t-elle besoin ?

Chers/chères collègues,

Quels sont les besoins de la Suisse en psychothérapie ?

C'est cette question que se pose depuis la fin 2001 une commission d'experts mandatée par le Conseil fédéral et chargée de préparer un projet de « loi psy » d'ici à l'été 2002. Plus précé-

sément, il s'agit de réglementer les professions de la santé qui font partie du domaine psy, soit avant tout la psychothérapie et, le cas échéant, d'autres spécialisations psychologiques.

Si tout va bien, la loi devrait avoir franchi tous les obstacles et entrer en vigueur en 2005.

En l'état actuel, le domaine de la psychothérapie en Suisse manifeste quelques particularités qui sont à la fois des forces et des faiblesses. Du côté positif: les psychothérapeutes ont une bonne formation, les méthodes ont maintenu leur diversité et les professionnels ont une attitude fondamentalement libérale. Ils sont pour la plupart ouverts à de nouvelles expériences et souhaitent apprendre d'autres méthodes et développer celle dans laquelle ils ont fait leur formation.

Par contre – du côté négatif –, ils sont quelque peu dispersés et ne s'intéressent pas trop à une collaboration permettant d'élaborer le niveau global. On a enregistré une tendance à rejeter la formulation de lignes directrices au niveau de la qualité et, si ce n'est à rejeter, du moins à ne pas rendre trop contraignantes les règles d'éthique professionnelle. Notre profession occupe une position marginale, du point de vue scientifique, politique et social. On trouve parmi les psychothérapeutes trop peu de personnalités vraiment actives sur le plan culturel, dont l'influence pourrait rejaillir de manière positive sur l'image de la psychothérapie.

Les potentiels de développement de la discipline sont en rapport avec l'important besoin qu'a la société de prestations psychothérapeutiques. Le manque de réglementations et la confusion qui caractérisent la situation actuelle ouvrent de grandes chances d'établir une culture de la psychothérapie qui serait caractérisée par une diversité scientifique et un haut niveau de qualité.

Mais il existe aussi des risques : le domaine de la santé évolue de plus en plus vers une médecine technologique et la satisfaction de besoins de consommation passive ; au lieu de consolider la santé, il n'accorde donc qu'une place marginale à la psychothérapie et les ressources financières sont utilisées pour acheter des appareils et subventionner des programmes de mise en forme. Au niveau de la psychothérapie, on risque d'aboutir à un système à deux classes : d'un côté des traitements de qualité insuffisante (offre de thérapies brèves) remboursés par les caisses maladie et, de l'autre, des psychothérapies adaptées aux patients et financées par ces derniers, de durée ouverte et fondées sur des méthodes diverses. La psychothérapie dans son ensemble risque de perdre toute son importance sur le plan sociétal.

Compte tenu de cette situation et dans le cadre de la préparation d'une loi, l'ASP et la Charte ont adopté les visées stratégiques suivantes (Raimund Dörr, Peter Schulthess et le soussigné les représentent au sein de la commission d'experts) :

1. L'interdisciplinarité de la psychothérapie et, donc, son potentiel de développement doivent être garantis

sur le plan légal au minimum par l'inclusion d'une clause équivalents permettant aux non-psychologues d'avoir accès à la formation en psychothérapie. Il faudra soit contraindre les universités à offrir des formations postgrades spécifiques destinées aux diplômés d'autres disciplines, soit en référer au Conseil fédéral puisque ce dernier est compétent pour accepter d'autres diplômes universitaires.

2. La qualité des prestations psychothérapeutiques doit être promue par le biais de strictes exigences légales en rapport avec la formation de base, la formation spécialisée et la formation permanente.
3. Ceci doit permettre de créer les bases qui permettront aux professionnels d'être reconnus au même niveau que les praticiens d'autres professions libérales (les médecins spécialistes FMH, par exemple).

Ces objectifs n'ont pas encore été atteints. Il reste quelques obstacles à surmonter avant d'obtenir une loi sur la psychothérapie raisonnable et adéquate sur le plan objectif.

L'atmosphère constructive dans laquelle se déroule le travail de la commission d'experts permet d'espérer qu'il sera possible de parvenir à des consensus. Il semble que même les représentants des psychologues universitaires – qui, jusqu'à maintenant, avaient bloqué toute solution de compromis concernant la formation de base – aient compris que si la question n'est pas résolue, tout le monde aura à en pâtir. Pour une fois, l'espoir semble justifié.

Je vous souhaite un beau printemps et un été magnifique !

Markus Fäh, dr. phil.

Président de l'Association Suisse des Psychothérapeutes

Assemblée des membres 2002

Synthèse des décisions

L'assemblée générale du 16 mars 2002 à Bâle s'est déroulée dans le calme, contrairement à celles des dernières années. Les participants ont assisté à des débats constructifs, bien qu'après par moments, concernant la stratégie de l'association. Comme d'habitude l'ordre du jour était très rempli, avec de nombreuses affaires spécifiques. Nous nous contentons ci-dessous de retracer les grandes lignes de l'assemblée et d'en résumer les points essentiels.

Un débat de plusieurs heures fut consacré aux **perspectives d'avenir** de l'ASP. Les deux **commissions stratégiques (« coopération » et « structures de gestion »)** mandatées lors de l'AG 2001 à Saint-Gall y ont contribué des idées importantes.

La **première commission**, composée de personnes ayant des opinions très diverses et parfois même nettement divergentes (Claude Blatti, Raimund Dörr, Gaby Gschwend, Max Hänggi, Josef Jung (présidence) et Anita Landolt Binswanger), s'est apparemment divisée en deux camps.

Une minorité de ses membres proposa les options suivantes pour l'avenir :

- a) Adoption par l'ASP de la position soutenue par la FSP concernant la formation de base et
- b) fusion de l'ASP avec la FSP, ce qui permettrait de créer un nouveau groupement de politique professionnelle œuvrant en faveur de la psychothérapie en Suisse et ouvert à tous les professionnels ayant un diplôme universitaire en psychologie et une formation postgrade en psychothérapie.

Ce modèle implique l'idée d'une fusion dont serait issue une association faitière ou même celle d'une affiliation de l'ASP à la FSP, en tant que membre associé ; les membres ASP présents l'ont rejetée avec véhémence. Ils se sont clairement opposés à toute monopolisation de la profession par les psychologues universitaires, compte tenu en particulier du fait que le récent arrêt du Tribunal fédéral concernant la loi zurichoise ne répond pas du tout à la question de savoir si seules des études de psychologie devraient pouvoir permettre d'accéder à

la formation spécialisée. Une majorité au sein de la commission approuve la position adoptée jusqu'à maintenant par l'ASP: faire de la psychologie la seule formation de base (en plus de la médecine) revient à renier nos convictions fondamentales quant à l'essence même de notre travail de psychothérapeutes. De plus, il n'est pas question que l'ASP s'affilie à la FSP car cette dernière soutient en priorité les intérêts des psychologues universitaires, alors que nous sommes une association de psychothérapeutes qui milite pour ces derniers, en ce qui concerne par exemple leur inclusion dans l'assurance de base ou la collaboration avec les psychothérapeutes médecins. Le débat actuel au sujet de la loi psy (niveau fédéral) a d'ailleurs bien montré qu'un pur groupement de psychologues n'accorde pas grande attention à ces aspects.

La discussion des deux positions fut intense, équitable et par moments même pleine d'humour. L'assemblée se prononça ensuite au sujet de la motion présentée par la commission stratégique «coopération»: charger le comité d'organiser avant les vacances d'été 2002 un débat durant lequel les membres auront l'occasion de discuter de l'orientation de la politique professionnelle menée par l'ASP. Les membres présents se sont prononcés contre l'organisation d'une telle assemblée extraordinaire. Ce faisant, ils ont souligné une fois de plus que l'ASP doit maintenir son cours actuel. Compte tenu des résultats de ce scrutin, la motion présentée par quelques 'doubles membres' ASP/FSP, demandant de mandater une commission chargée de préparer des propositions concrètes en rapport avec la création d'une association nationale de psychothérapeutes en collaboration avec une commission FSP, n'avait aucune chance de passer. Résultat: la question de la fusion FSP et ASP ne va plus être débattue ces prochains temps.

La deuxième commission – «structures de gestion» –, avec pour membres Esther Artho, Franz Brander, Toni Brühlmann-Jecklin (présidence), Markus Fäh et Ursula Silberschmidt (qui accompagne le projet) a examiné l'an dernier diffé-

rents modèles de gestion d'organisations dites non-profit et les a appliqués à l'ASP. Des trois modèles envisagés, la commission accorde une nette préférence à celui que l'ASP pratique déjà: un petit comité chargé du domaine opérationnel, avec une délégation (bureau). Elle recommande toutefois de mandater à l'avenir plus de commissions chargées de thèmes spécifiques, ceci en vue de créer un pool de membres compétents qui pourront plus tard être élus au comité. Selon les calculs de la commission, c'est aussi ce modèle qui est le plus avantageux sur le plan financier. Les membres de la commission ayant soutenu cette option à l'unanimité, on ne s'étonnera pas que l'assemblée ait approuvé toutes les propositions présentées: maintien d'un petit comité chargé du domaine opérationnel, introduction de mandats se recouvrant dans le temps, évaluation des objectifs fixés à l'association par les statuts et leur adaptation aux ressources dont celle-ci dispose, création de commissions chargées de thèmes spécifiques et recrutement actif de nouveaux membres. Dans ce sens, l'assemblée a clairement approuvé le modèle appliqué ces dernières années, en ce qui concerne également le domaine de la gestion.

Si l'on fait un bilan des décisions prises par l'AG quant à la politique que devrait suivre à l'avenir l'ASP (niveau professionnel et gestion), le constat est simple et clair: maintien du statu quo, avec quelques petites modifications.

L'inclusion dans les statuts de différents éléments associés à une gestion de qualité globale (obligations de formation permanente et de dossier) a représenté une autre priorité de l'assemblée. Les deux affaires n'étaient pas contestées en soi, même si un certain nombre de personnes ne les ont approuvées qu'avec un certain ressentiment. Par contre, une dispute éclata en rapport avec la question de savoir qui devait être compétent pour édicter un règlement d'exécution. L'assemblée a réparti les compétences comme suit: le *règlement en matière de formation permanente* doit être présenté pour approbation à la prochaine assemblée des membres, alors que le *règlement concernant l'obliga-*

tion de tenir un dossier pourra être édicté par le comité. Cette décision ne semble pas très logique. Il se peut qu'elle se soit fondée sur le besoin qu'ont eu certains membres de démontrer le pouvoir de l'assemblée face au comité, puisque ce dernier souhaitait édicter les deux règlements. Ce manque de cohérence logique n'est pas préjudiciable en soi puisqu'il n'est dans l'intérêt ni du comité, ni de l'assemblée des membres d'édicter des règlements qui ne sont pas approuvés et appliqués par la base. Le législatif comme l'exécutif vont donc pouvoir intervenir au niveau de la réglementation des obligations de formation permanente et de dossier – Salomon n'aurait pas trouvé meilleure solution!

La discussion du décompte de l'année écoulée et du budget pour l'an prochain s'est déroulée sans fracas – pour la première fois depuis que le soussigné assiste aux assemblées! Tous deux ont été approuvés à une large majorité. Le résultat de ce scrutin reflète sans doute la confiance accordée au comité, qui disposera donc d'un budget de Fr. 925'000.-. L'assemblée a fixé le montant des cotisations pour les membres ordinaires et pour les membres extraordinaires à Fr. 800.– resp. 750.–.

Mentionnons pour terminer le fait que la motion présentée par Helen Schmid Blumer a été approuvée par l'assemblée: elle proposait de restreindre dans les statuts l'obligation pour les membres d'acquitter les dettes de l'association. Le montant des cotisations annuelles versées par les membres ne doit pas dépasser Fr. 1'500.– par an. Ce passage ayant été approuvé, les membres ASP sont libérés à l'avenir de l'obligation d'acquitter des dettes au-delà du montant des cotisations. Ils sont donc protégés pour le cas où les moyens financiers de l'ASP ne lui permettraient plus de faire face à ses propres dépenses.

Pour toutes les autres décisions prises par l'assemblée des membres 2002, veuillez consulter le procès-verbal détaillé qui sera envoyé à tous les membres ASP.

*Dr. Peter Holderegger
Membre du comité ASP*



Editorial

Im Mai 2002



Immer, wenn ich seit letztem Montag mein Büro betrete, strömt mir ein höchst intensiver, wunderbarer Geruch entgegen. Er stammt von ein paar Lärchen- und einem Kiefern- zweig, die ich vergangenen Sonntag von einem Waldspaziergang mitgebracht habe. Sie lagen einfach herum, ich weiß nicht, ob sie abgerissen und dann weggeworfen wurden oder infolge des starken Regens und Windes abgebrochen sind und nun auf dem Boden herum lagen. Die Spitzen ganz hell grün, frisches Grün, Maigrün. Von dem hellen Grün ist nun nichts mehr zu sehen, es ist dunkel geworden. Nur die Kiefer ist aufgeblüht, auch ohne Wurzel, einfach im Wasser in der Vase. Und der Duft ist unverändert intensiv, geradezu betörend. Es ist Mai!

Dieser Mai hat in Deutschland mit einem schrecklichen Ereignis begonnen: ein wahnsinnig gewordener 19jähriger, von seinem Gymnasium verwiesener Schüler, erschoss am 26. April 2 seiner Mitschüler, 12 Lehrer, den Hausmeister der Schule, einen Polizisten und am Ende sich selber. Wir sind erschüttert über diese Tat und nehmen Anteil an der Trauer der Hinterbliebenen dieser Katastrophe, wünschen und bitten für Kraft und Liebe, den Schmerz, die Verzweiflung und die Trauer zu bewältigen; zu heilen, was zu heilen ist. Das Wissen in Anspruch nehmend, dass Menschen zu solchen fürchterlichen, vermutlich aus grenzenlosen Zuständen von Hass, Einsamkeit und Leere, vielleicht Verzweiflung geborenen Taten in der Lage sein können, mindert nicht unsere Abscheu und unser Entsetzen und beinhaltet auf keinen Fall eventuelle Toleranz. Vielmehr fühlen wir uns aufgerufen, auf die Möglichkeiten zu verweisen, die die Psychotherapie bietet, einmal zu vermitteln, und damit mediativ und präventiv tätig wer-

den zu können, zum anderen, wie es auch zunehmend bei Krisen und Katastrophen praktiziert wird, die Erkenntnisse der Traumatherapie zu nutzen, die seelischen Wunden zu lindern und zu heilen, so gut dieses möglich ist.

Die Tat ruft in den Massenmedien eine heftig geführte Diskussion um die möglichen Ursachen um das Thema Gewalt in allen Lebensbereichen auf den Plan. Sie wird vermutlich ebenso schnell wieder verschwunden sein, je nachdem, was als Nächstes passiert.

Bereits vor einigen Monaten erreichte mich die Ankündigung einer Arbeitstagung des Fachbereiches Psychologie an der Universität Osnabrück in Zusammenarbeit mit dem Institut für Familientherapie, Weinheim e. V. (siehe Veranstaltungen), welche ich ohnehin für sehr bedeutsam hielt und die hiermit noch einmal an Aktualität und Bedeutsamkeit gewinnt. Meine Position ist, dass Gewalttaten nicht zu verhindern sind, dass es ab und an immer wieder Amokläufer und andere Gewalttäter geben wird, es hat sie immer gegeben. Ich wehre mich dagegen, dass immer hinterher sofort Schuldige gesucht werden, es ist ein altes Prinzip, nicht dem Täter selbst die Verantwortung für sein Tun zu geben, sondern die schwierigen oder besonderen Umstände, andere Menschen usw. verantwortlich zu machen. So auch Robert Steinhäuser selbst, er war nicht bereit, die Verantwortung für sein Fernbleiben aus der Schule zu übernehmen, sondern hat Atteste gefälscht. Jetzt sucht man die Verantwortung für sein Tun in den Medien, den Computerspielen, dem schlimmen Schulsystem in Thüringen (kein Schulabschluss bei Abgang vom Gymnasium vorm Abitur, welches sicher auch eine sehr fragwürdige Si-

tuation darstellt). Er hat nicht gelernt, Verantwortung zu übernehmen, vielleicht weil er es nicht wollte. Wir wissen nicht, was die Eltern unternehmen haben, wann sie resigniert haben. Wer will sich anmaßen, da zu urteilen? Wem will man die Verantwortung dafür übergeben?

Damit will ich nicht sagen, dass die nun geführten Diskussionen nicht wichtig wären oder dass alles so bleiben sollte. Die Diskussionen sind mehr als überfällig! Und es müssen vor allem Taten folgen! Aber dass anscheinend immer erst Menschen sterben müssen, bevor sich (vielleicht) etwas bewegt, das finde ich furchtbar. Aber auch das wird so bleiben, so sind die Menschen nun einmal. Das Kind muss bekanntlich immer erst in den Brunnen gefallen sein ...

Es gibt einen Helden in dieser furchtbaren Begebenheit: den Geschichts- und Kunstlehrer Rainer Heise. Er besaß das, was vielen von uns heute schwer fällt: die Fähigkeit, jemanden aufzufordern, ihm in die Augen zu schauen. Und offensichtlich konnte er selber hinschauen. Anscheinend verlor er die Angst vorm Tod, und handelte. Der Satz: „Wenn Du mich erschießt, dann will ich, dass Du mir vorher in die Augen schaust“, durchkreuzte den Wahnsinn, Robert Steinhäuser beendete sein Morden.

Die Unerschrockenheit dieses Mannes, oder seine Fähigkeit, sich selbst hintan zu stellen, die Klarheit, die Aufforderung zum Kontakt haben vermutlich weiteres Töten verhindert. Nicht jedoch den Selbstmord des Todeschützen. Auch das ist sehr traurig.

In Gedanken habe ich sehr viel und sehr häufig geschrieben an diesem Editorial, auch wenn ich erst jetzt, Anfang Mai, wie immer in letzter Minute vor der Abgabe der Materialien zum Niederschreiben in der Lage bin, so möchte ich doch an eine weitere Person erinnern, auf die ich durch ihren Tod aufmerksam geworden bin: den am 14. März im gesegneten Alter von 102 (!) Jahren verstorbenen Philosophen Hans-Georg Gadamer. Er gilt als der größte deutsche Philosoph der jüngsten Vergangenheit (FAZ) und hat wesentliche Beiträge zur Hermeneutik, der Lehre vom Verstehen geleistet. Damit ist er für die Psychotherapie so wichtig! Die Psychotherapie ist in ganz großem Maße an das Verstehen gebunden und benötigt das Verstehen,

um sich den Menschen, die sie heilen will, zu nähern. Aus diesem Grunde ist sie den Sozialwissenschaften so viel näher, als der Medizin, die vom naturwissenschaftlichen Denken geprägt ist. Doch benötigen wir Psychotherapeuten auch die Medizin, gegenwärtig insbesondere die Biomedizin, die mit ihren Erkenntnissen der Hirnforschung und aus der Genetik so vieles erklären und beweisen kann, was wir zwar wussten, weil wir es gespürt haben und die Erfahrung es gezeigt hat, aber keine Erklärung dafür hatten.

Dennoch ist Therapie etwas anderes, als etwas naturwissenschaftlich erklären zu können. Vielleicht ist es wichtig, um auch dem Zweifler begegnen zu können. Aber wir wissen: solange der Mensch etwas nicht spürt und es sich nicht im Körper widerspiegelt, gibt es keine wirkliche Veränderung.

Die Komplexität des Menschen macht Interdisziplinarität erforderlich: Unterschiedliche Studiengänge, Berufe und Psychotherapiemethoden oder -modalitäten! Und eine multikulturelle Gesellschaft braucht multikulturelle Psychotherapeutinnen und -therapeuten.

Dies ist möglich, wenn sowohl Psychotherapeuten wie alle Menschen sich über alle Ländergrenzen hinweg frei bewegen können. Anfänge davon sind europäische – und Weltkonferenzen für Psychotherapie, und es sind hohe Ziele und große Aufgaben, in der politischen und menschlichen Vielfalt Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches zu schaffen. Ich bin gespannt darauf, wie diese Aufgaben in die Praxis umgesetzt werden auf der diesjährigen Weltkonferenz für Psychotherapie in Wien angesichts der augenblicklichen weltpolitischen Lage, nach dem 11. September, nach dem Afghanistankrieg und mit dem

Krieg im Nahen Osten. Vor wenigen Tagen ging eine E-Mail von einem ägyptischen Psychiater durch den Verteiler von „Freie-Praxis“, einem E-Mail-Service eines anderen deutschen Dachverbandes für Psychotherapie. Der Betreff war: „Mr. (oder President) Bush is stupid“. Später folgten dann Verherrlichungen der Selbstmordattentate als das größte, was ein arabischer Mensch tun könnte. Viele Kollegen reagierten empört. Einer schrieb: „Auch solche Psychiater gibt es“.

Sie, liebe Leserin, lieber Leser, haben vor wenigen Wochen die Ausgabe Vol. 10, No. 1 2002 des Psychotherapie Forums erhalten. Entgegen der sonstigen Gewohnheit hat diesmal das Supplement gefehlt. Vermutlich haben Sie auch die Verzögerung der Lieferungen in der letzten Zeit zur Kenntnis genommen. Sie ist im Wesentlichen auf Verzögerungen innerhalb der Redaktion des Supplements zurückzuführen, und deshalb haben wir auch die Produktion eines Supplements ausgelassen. Oft reichen die persönlichen Kapazitäten zur Erledigung der anstehenden Arbeiten nicht aus, wir alle tun dies ehrenamtlich, und die Produktionen machen in der Regel (so ist es zumindest bei mir) das Einlegen von Nachtschichten erforderlich. So sind die Zweige mit ihrem Duft gut, mich für diesen Mehraufwand ein wenig zu entschädigen ... Auf jeden Fall bitte ich, die Verzögerungen bei der Lieferung sowie das Ausbleiben des letzten Supplements zu entschuldigen.

In diesem Heft veröffentlichen wir verschiedene Artikel zu unterschiedlichen Themen, z. T. von Mitgliedsverbänden. Ich bitte um Ihr Interesse und wünsche Ihnen ein schönes Frühjahr!

Gisela Steinecke

Geschäftsordnung für die Beschwerde- und Schlichtungsstelle des DVP

Diese Geschäftsordnung sollte nach den Vorstellungen des Arbeitskreises Ethik auf der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2001 verabschiedet werden, die Vorlage wurde jedoch vom Vorstand nicht weitergeleitet, was zu erheblichem Ärger und

berechtigter Kritik seitens des AK Ethik und auch der anwesenden Mitglieder führte. Um dieses Problem zu lösen, wurde ein Gespräch zwischen Vorstand und AK Ethik anberaumt. Dieses fand statt im Rahmen der Vorstandssitzung am 18. 3. 2002. Der

Antrag auf Satzungsänderung wurde nach vorangegangener Diskussion mit Änderungen einstimmig verabschiedet. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Beschwerde- und Schlichtungsstelle des DVP sich eine eigene Geschäftsordnung erstellt. Bei der Wahl der Mitglieder der Beschwerde- und Schlichtungsstelle auf der kommenden Mitgliederversammlung am 21. September 2002 soll darauf geachtet werden, dass deren Mitglieder auch Kompetenzen im juristischen Bereich haben.

Die Beschwerde- und Schlichtungsstellen des DVP sind grundsätzlich zugänglich für alle am psychotherapeutischen Prozess unmittelbar und mittelbar Beteiligten, d. h. vorrangig als Ansprechpartner bei Konflikten zwischen TherapeutInnen und KlientInnen, bei Bedarf aber auch solchen zwischen TherapeutInnen sowie zwischen LehrtherapeutInnen und AusbildungskandidatInnen, soweit es sich dabei jeweils um Vorgänge in DVP-assoziierten Bereichen handelt.

Generelle Anlaufstelle für BeschwerdeführerInnen ist die Geschäftsstelle des DVP, die die Beschwerden an die/den Leiter der überregionalen Beschwerde- und Schlichtungsstelle weiterleitet und den Vorstand informiert. Sie/er leitet die Beschwerde wiederum weiter – falls vorhanden – an den zuständigen Mitgliedsverband als vorrangige Instanz, bzw. an die zuständige Regionalstelle.

Die regionalen Stellen – nach Möglichkeit in drei Großräumen – sind mit je zwei Ansprechpartnern besetzt, die für die Dauer von zwei Jahren vom Arbeitskreis „Ethik“ in Kooperation mit dem Vorstand des DVP zu gewinnen sind.

Die regionalen Ansprechpartner sollen regelmäßig erreichbar sein, d. h. monatlich mindestens ein Mal zu bestimmten Zeiten für zwei Stunden telefonisch sowie nach Absprache persönlich.

Ziel ist die Beilegung des Konflikts durch Gespräch eines Mitglieds der Schlichtungsstelle mit dem/der BeschwerdeführerIn. Falls dies nicht gelingt, soll nach Möglichkeit ein Schlichtungsversuch mit beiden Konfliktparteien unternommen werden. In diesem Fall sollten beide Vertreter der Schlichtungsstelle mitwirken. Vorrangig gilt es, in diesen Gesprächen

den konkreten Konfliktpunkt unter dem Aspekt sachlicher Klärungsmöglichkeiten herauszuarbeiten und bei Bedarf Empfehlungen auszusprechen, wobei die Entstehung einer Paralleltherapie vermieden werden sollte.

Falls diese Schlichtungsversuche erfolglos bleiben, sollte die überregionale Beschwerde- und Schlichtungsstelle des DVP angerufen werden. Insgesamt ist zu beachten, dass sich die Prozedur in einem für alle Beteiligten angemessenen und zumutbaren Zeitrahmen abspielt.

Die überregionale Beschwerde- und Schlichtungsstelle besteht aus drei Personen, die dem Arbeitskreis „Ethik“ angehören und von den Mitgliedern dieses Arbeitskreises für zwei Jahre gewählt werden. Sie sind bei Bedarf durch andere Mitglieder des Arbeitskreises vertretbar. Die/der LeiterIn der überregionalen Beschwerde- und Schlichtungsstelle wird von den Mitgliedern der Stelle gleichfalls für zwei Jahre gewählt.

Die Mitglieder der überregionalen Beschwerde- und Schlichtungsstelle werden aktiv bei Bedarf, d. h. vorrangig im Falle regional nicht klärbarer Konflikte. Sie können sich von methodenspezifischen Gutachtern beraten lassen.

Über alle Gespräche sind schriftliche Kurzprotokolle zu erstellen.

Die Inanspruchnahme der Beschwerde- und Schlichtungsstellen des DVP ist für die Konfliktparteien grundsätzlich kostenfrei.

Alle MitarbeiterInnen von Beschwerde- und Schlichtungsstellen auf regionaler und überregionaler Ebene treffen sich ein Mal jährlich auf Einladung des Arbeitskreises „Ethik“ zu einem Erfahrungsaustausch.

Die Schlichtungstätigkeit ist ehrenamtlich. Anfallende nachgewiesene Kosten der Schlichter (Porto, Telefongebühren, Fahrtkosten, etc.) werden vom DVP erstattet.

Köln, den 21. Juni 2001

Psychotherapie im Rundfunk

Psychotherapien, Psychotherapeuten: Wer kann mir helfen? Eine Orientierungshilfe in einem tabuisierten Feld

Der WDR widmet sich in seiner 7-teiligen Sendereihe *LebensArt – Sinn und Seele* in seinem Programm von WDR 5 dem Thema Psychotherapie. Folgende Sendungen sind bereits über den Äther gegangen: Am 27. März gab es Gestalttherapie/Psycho-drama mit Dr. Dipl. Psych. Lotte Hartmann-Kottek Kassel und Ildiko Mävers, Hannover; am 24. April „Hypnotherapie“ mit Dipl. Psych. Bernhard Trenkle, Rottweil. Am 24. Mai wird die „Systemische Familientherapie“ zu Wort kommen durch und mit PD Dr. Arnold Retzer, Heidelberg, am 26. Juni geht es um Körperorientierte Psychotherapien mit PD Dr. Ulfried Geuter, Berlin und am 17. Juli 2002 wird es ein Streitgespräch geben unter der Fragestellung: „Wer entscheidet, was heilt? Psychotherapien, Wissenschaft und Krankenkassen.“

Jo Schnorrenberg, DVP-Mitglied, Leiter des AK Ethik im DVP und ehemaliges Mitglied des Erweiterten Vor-

stands, ist verantwortlicher Redakteur der Sendereihe und schreibt dazu in seinem Vorspann:

Wissenschaftliche Daten belegen es: Jeder Vierte von uns gerät einmal in seinem Leben in eine Krisensituation, die mit einer Psychotherapie gemeistert werden sollte. Gleichwohl ist diese Form der Behandlung seelischer Störungen für viele noch weitgehend ein Tabu. Die auftretenden Probleme scheinen keine richtige Krankheit zu sein, sondern eher Zeichen eines persönlichen Defizits. Oft dauert es mehrere Jahre seit Auftreten der ersten Beschwerden, bis jemand eine passende Therapie gefunden hat.

Es gibt eine Fülle verschiedener Therapieformen, die er als Laie nicht einschätzen kann: Welches Menschenbild und welches Krankheitsverständnis liegt dort jeweils zu Grunde? Passt diese Methode zu meinem Problem? Wie spielt sich die einzelne Therapie ab? Gibt es Risiken, kann

eine Therapie sogar schaden? Wie lange dauert sie voraussichtlich, und wer übernimmt die Kosten? Da bekanntlich aber das Verhältnis zum Therapeuten für den Erfolg der Therapie noch entscheidender ist, als die gewählte Methode, stellt sich letztendlich die Frage: Wie finde ich für mich die richtige Psychotherapeutin,

den richtigen Psychotherapeuten? „WDR 5 LebensArt“ will in sieben Sendungen einmal monatlich konkrete, praktische Antworten geben.

Hörerinnen und Hörer können sich live an den Sendungen beteiligen über die WDR 5 Aktions-Hotline 0800/5678-556

Wolfgang Wagner

Unterstützung für Psychotherapeuten

Bundestags-Petitionsausschuss stellt sich hinter Forderung nach besserer Bezahlung

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich für eine bessere Bezahlung der Psychotherapeuten ausgesprochen. Er stellte sich damit hinter die Therapeuten, die mit Eingaben an das Parlament auf ihre schlechte Situation hingewiesen hatten. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp), der die Petitionen 1999 angestoßen hatte, hofft nun auf mehr Geld für die Leistungen seiner Zunft.

Frankfurt a. M., 21. Februar. Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, die 1247 Eingaben mit rund 3000 Unterschriften, in denen Psychotherapeuten auf ihre zu niedrige Bezahlung hingewiesen hatten, dem Bundesgesundheitsministerium, den Bundestagsfraktionen und den Länderparla-

menten zuzuleiten. Die Mitglieder des Bundestagsgremiums plädierten für eine Verbesserung der Vergütung.

Schon lange klagen die Psychotherapeuten über ihre Unterbezahlung. Das Psychotherapeutengesetz von 1999, das neben den medizinischen auch den psychologischen Psychotherapeuten die Möglichkeit zur generellen Kassenzulassung eröffnete, habe ein Gesamtbudget für das Jahr festgelegt, das von Anfang an weit hinter den tatsächlichen Bedürfnissen zurückgeblieben sei. Der bvvp rechnet vor, das nach dem Budget der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von ungerechnet 630 Millionen Euro 1999 pro Praxis gerade mal 30 000 Euro Umsatz im Jahr aus GKV-Mitteln zur Verfügung standen.

Ein Urteil des Bundessozialgerichts, wonach für jede von den Krankenkassen anerkannter Therapiesitzung umgerechnet 74 Euro (145 Mark) gezahlt werden müssten, werde nicht erfüllt. 30 bis 60 Euro würden statt dessen gezahlt, berichtet etwa der Deutsche Dachverband für Psychotherapie. Die diagnostischen Leistungen, die nicht von dem Urteil berührt seien, würden noch schlechter bezahlt – ein Arzt habe sogar einmal für eine Sitzung 2001 von der Krankenkasse nur rund 4,60 Euro (neun Mark) erhalten.

Die schlechte Bezahlung ist nach Darstellung der bvvp-Vorsitzenden Birgit Clever auf zwei Faktoren zurückzuführen: Obwohl die Psychotherapeuten deutlich mehr Leistungen erbrächten, werde dafür nicht mehr Geld bereit gestellt. Zum anderen weigerten sich die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), bei der Verteilung der Finanzen den Psychotherapeuten mehr Geld zuzugestehen. Dies müsste dann nämlich, so Clever, anderen Fachärzten weggenommen werden, die sich dagegen wehrten. Deshalb verlangt ihr Verband, dass sowohl zusätzliche Mittel aus der GKV für die Psychotherapie bereitgestellt werden und die KVen das Geld gerechter verteilen. Nach der positiven Entscheidung des Petitionsausschusses, mit dem die Verbandschefin nicht mehr gerechnet hatte, erwartet sie mehr politischen Druck für die Anliegen der Therapeuten.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 2002

Gisela Steinecke

6 Jahre DVP – ein kurzer persönlicher Rückblick

Der DVP existiert nun seit sechs Jahren, Zeit, zurück zu schauen. Im September sind Vorstandswahlen, auch Zeit für mich, nach vier Jahren im Engen Vorstand, einen Blick auf meine Amtszeit zu werfen. Meine Aktivitäten: Teilnahme an und Moderation von Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und Tagungen, Überprüfung von ca. zweihundert ECP-

Anträgen, Beantwortung von Anfragen insbesondere in Zusammenhang mit Gestalttherapie, Vertretung des DVP beim EAP, Mitarbeit bei TAC (Training Accreditation Committee) als Vertreterin des NUOC (National Umbrella Organisation Committee) der EAP im Job-sharing mit der ersten Vorsitzenden Dr. Dipl. Psych. Daniele Kammer, Verfassen von Beiträgen für

den Rundbrief und das Supplement sowie die Redaktion dieses Heftes. Klingt eine ganze Menge, und ich könnte zufrieden sein. Und dennoch bleibt vieles ungetan, so wäre es wichtig, dass weitere Aktivitäten des DVP in Angriff genommen werden. Z. B. wurden im Rahmen der letzten Vorstandssitzung (Enger und Erweiterter VS) Fragen diskutiert, welches die Funktionen und Aufgaben des Verbandes nach dem PTG und neben der Vergabe von ECPS sein könnten.

So ist der Verband zu einer festen Instanz geworden, der zu wichtigen, die Psychotherapie und die psychotherapeutische Versorgung betref-

fenden Fragen regelmäßige Presserklärungen abgibt, von der Presse wahrgenommen wird (siehe Beitrag aus der FR) und von der Bundesregierung bei Anhörungen eingeladen wurde. Dennoch ist er ein sehr kleiner Verband im Vergleich zu denen, in welchen die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der in Deutschland ausschließlich anerkannten Verfahren organisiert sind. Er ist und bleibt jedoch der einzige schulübergreifende Verband, seine Verbindung *nach Europa* zu pflegen wird auch weiterhin eine seiner Hauptaufgaben bleiben. Hier gilt es sehr viel zu tun. Die Initiativen der Ständigen Konferenz zur Entwicklung der Psychotherapie (STÄKO-EU, bestehend aus Ständevertretern der Ärzte und Psychologen) rufen auf, gegen die EAP initiativ zu werden, sie verfechten entsprechend der im PTG getroffenen Regelung ein Europäisches Berufsrecht mit der Prämisse, dass nach europäischem Recht Psychotherapie ausschließlich von Medizinerinnen und Psychologen mit entsprechender Qualifikation ausgeübt werden soll und sehen in der Ausweitung des Psychotherapeutenberufes auf andere Berufsgruppen, wie sie auf der Grundlage der Straßburger Deklaration geschieht, Gefahren nicht nur für „die Qualität der psychotherapeutischen Versorgung, sondern die Gefahr der unkontrollierbaren Leistungsausweitung.“ Zudem sei „die ärztliche und psychologische Fachpsychotherapie nicht ausreichend abgegrenzt gegenüber professioneller Lebenshilfe“.

Besonders der letzte Punkt scheint mir eher ein Problem der Ärzte und Psychologen zu sein, denn PsychotherapeutInnen, denen ein Europäisches Zertifikat für Psychotherapie (ECP) zuerkannt wurde, sind auf sehr hohem Niveau qualifiziert. Allerdings betrachten sie Psychotherapie nicht als ein Anhängsel der Medizin oder Psychologie, sondern als eigenständigen Beruf auf wissenschaftlicher Grundlage und bei großer methodischer Vielfalt. Und wenn man das Interesse der Patienten im Auge hat, die Wartezeiten von mitunter bis zu einem Jahr gezwungen sind, hinzunehmen, bis sie einen (kassenfinanzierten) Psychotherapieplatz bekommen, wenn man unter diesen Umständen Angst hat vor Leistungsauswei-

tung, dann kann es nur darum gehen, die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu wahren unter dem Deckmantel der Qualitätssicherung. Eine Psychotherapie, die sich auf im Grunde nur zwei Verfahren stützt angesichts 19 anerkannter Psychotherapieverfahren in Österreich (siehe Schaubild) propagiert methodische Verarmung, und damit wissenschaftlichen Rück-

schrift auf dem Rücken der Psychotherapiepatienten.

Hierin sieht der DVP e. V. eine seiner vornehmsten Aufgaben: nämlich einen wesentlichen Beitrag zu leisten zur Aufrechterhaltung und wissenschaftlichen Weiterentwicklung der in Deutschland nicht anerkannten, international jedoch z. T. akkreditierten Methoden.

Nachrichten aus dem DVP

Achtung, Wichtig: Neue Anschrift der Geschäftsstelle

Die Anschrift der Geschäftsstelle des DVP hat sich geändert, sie haben jetzt ihr Büro in Frankfurts schönstem Stadtteil, dem Nordend, nämlich in der Wielandstraße 10, D-60318 Frankfurt am Main (bisher: Kurfürstenstraße 18, D-60486 Frankfurt am Main). Tel./Fax usw. sind geblieben:
Tel. 0049 69 77 93 66
Fax 0049 69 707-39 67
E-mail:
info@dvp-ev.de; www.dvp-ev.de!

Aktuelles zum ECP

- Die Übergangsregelung für ECP-Anträge wurde bis zum 31. 9. 2002 verlängert.
- Die Gebühren für das ECP betragen ab 1. 1. 2002 in Euro: Nichtmitglieder: 250 Euro, Mitglieder von Mitgliedsverbänden des DVP: 200 Euro, Einzelmitglieder im DVP: 180 Euro.
- Stand der ECP-Vergabe (März 2002):
 - 237 Anträge wurden bisher zertifiziert;
 - 160 Anträge wurden positiv durch den DVP entschieden und an den EAP weitergeleitet zur Zertifizierung;
 - ca. 200 Anträge wurden durch den DVP im Januar positiv entschieden; für diese werden zur Zeit die Unterschriften der EWAOs eingeholt, 40 Anträge werden dem GAP vorgelegt;
 - ca. 80 Anträge liegen derzeit in der Geschäftsstelle zur Bearbeitung und Erstprüfung vor.

- Die Titelbezeichnung für ECP-Inhaber lässt der DVP derzeit rechtlich überprüfen. Sobald der Geschäftsstelle eine rechtsverbindliche Aussage vorliegt, wird diese ins Internet gestellt.

Weitere Informationen aus der letzten Vorstandssitzung am 18. 3. 2002

Es wurde vereinbart, dass Ravi Welch (Schatzmeister) zusammen mit Karl-Heinz Balon einen Finanzplan erarbeitet. Außerdem sollen weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden. Ferner soll geprüft werden, ob für DVP-Mitglieder als Service-Leistung eine günstige Gruppenversicherung angeboten werden soll. Meines Erachtens wäre dabei an Berufshaftpflicht-, -unfallversicherung, Berufsunfähigkeitsrente und Berufsrechtsschutz zu denken.

Psychotherapeutenkammern

In den einzelnen Bundesländern in der BRD werden seit mehreren Monaten Psychotherapeutenkammern gebildet. Sie sollen neben den Ärztekammern bestehen und dazu dienen, in besonderem Maße die berufspolitischen und finanziellen Belange der Psychotherapeuten zu koordinieren und wahrzunehmen. In welcher Form der DVP bzw. die nicht approbierten Psychotherapeuten dort vertreten sein werden und welche Konsequenzen daraus für jene erwachsen, vermag ich im Moment nicht zu sagen. Dieser Tagungsordnungspunkt wurde auf die nächste Vorstandssitzung vertagt.

Titelbezeichnung für ECP-InhaberInnen

Welche Berufsbezeichnung für ECP-Inhaber? Dürfen Sie sich Psychotherapeut European Certified nennen? (... ist natürlich die Frage, wer in Deutschland so heißen will). Dies ist die vom EAP/WCP für ECP-Inhaber verwendete Berufsbezeichnung. Es wurde einem in dieser Sache kompetenten Anwalt der Auftrag erteilt, uns hierüber Rechtsauskunft zu geben. Gerne wüssten wir auch von Leuten, die ein ECP erhalten haben, welche Erfahrungen sie damit bei Bewerbungen und sonstiger Verwendung machen.

Resolution zur Stärkung der psychosozialen Versorgung im Akutkrankenhaus

Von der Vertreterin der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Gestaltungstherapie DFKGT und Mitglied des Erweiterten Vorstands Marianne Eberhard wurde eine Resolution eingebracht mit der Bitte um Unterstützung durch den DVP. Hier geht es darum, auch zukünftig die Finanzierung der psychotherapeutischen Versorgung von Menschen im Akutkrankenhaus zu gewährleisten, die nicht in erster Linie eine Diagnose im Be-

reich psychischer Erkrankungen haben, die aber daneben erheblich unter psychischen Beeinträchtigungen leiden, die zu einem großen Teil durch ihre körperlichen Erkrankungen bedingt sind. Es geht dabei darum, dass auch weiterhin die Leistungen von Kunst- und Gestaltungs-therapeuten u.a. mehr bezahlt werden. Hierzu sind alle aufgerufen, die als Psychotherapeuten im Akutkrankenhaus arbeiten, ihre Arbeit zu dokumentieren. Lesen Sie dazu die nachfolgende *Resolution* und den Artikel: *Positionierung der Kunsttherapie im System der Krankenhausvergütungen DRG*. Der Vorstand des DVP hat einstimmig beschlossen, die Resolution zu unterstützen.

Nächste Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des DVP mit Neuwahl des Vorstands findet am 21. September 2002 in Frankfurt am Main statt. Der inhaltliche und organisatorische Ablauf soll in der nächsten Vorstandssitzung am 10. Juni beschlossen werden. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Einladung die Ihnen rechtzeitig zugesandt werden wird.

Gisela Steinecke

treuung so undifferenziert erfolgen, dass dadurch eine Abschätzung des Aufwands und damit eine angemessene Vergütung unmöglich werden.

Wiederholt haben Vertreter von Fachgesellschaften psychosozialer Therapeuten in der Akutmedizin das Gespräch mit dem DIMDI und mit Vertretern von Krankenkassen gesucht, um nach Wegen der angemessenen Finanzierung bzw. der angemessenen Dokumentation psychosozialer Versorgung bei somatisch Erkrankten zu suchen. Sie stießen dabei kaum auf ernsthafte Bereitschaft, das zukünftige Finanzierungsproblem psychosozialer Leistungen im Akutkrankenhaus einer Lösung näher zu bringen.

Indem wir auf die auch ökonomische Bedeutung psychosozialer Betreuung verweisen, fordern wir in beigefügter Stellungnahme die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) als entscheidende Gremien auf, psychosoziale Nebendiagnosen bei akutmedizinischer Primärversorgung im neuen Vergütungssystem als „schweregradsteigernd“ zu führen und eine hinreichend differenzierte Dokumentation psychosozialer Leistungen in der Akutmedizin vorzusehen, so wie sie von Vertretern psychosozialer Betreuer in der Akutmedizin dem DIMDI bereits vorgeschlagen wurde.

Ratifizierungen haben bisher zugesagt:

- Arbeitsgemeinschaft für Psychologie und Verhaltensmedizin in der Deutschen Diabetesgesellschaft e. V. (B. Kulzer)
- BVAKT Berufsverband für Anthroposophische Kunsttherapie e. V. (B. Kunzmann)
- BVHK Bundesverband Herzranke Kinder e. V. (H. Nock)
- PSO Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie der Deutschen Krebsgesellschaft e. V. (R. Schwarz)
- dapo e. V. Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziale Onkologie (A. Schumacher)
- DFKGT Deutscher Fachverband für Kunst- & Gestaltungstherapie e. V. (B. Kunzmann)
- dgvt Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V. (M. Greive, Vorstandsmitglied der DGVT)
- E.F.N.M.U. (P. Meister)

Runder Tisch der Fachgesellschaften psychosozialer Berufe im Akutkrankenhaus

Psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus angemessen finanzieren und dokumentieren

Aufruf zur Beteiligung an einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie um ihre Unterstützung bitten, damit psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus nach der Neuregelung der Krankenhausfinanzierung ab 2003 weiterhin möglich bleibt.

Ab 2003 wird ein neues Vergütungssystem für Krankenhausbehandlungen eingeführt. Leider wird in den derzeitigen Diskussionen zur Vorbereitung auf die neue Finanzierung die psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus nicht ausreichend berücksichtigt und somit aus der Finanzierung herausgedrängt:

Zum einen wird die psychische und soziale Belastung körperlich Erkrankter entgegen eindeutigen Befunden nicht als ökonomisch relevante Komplikation erachtet; zum anderen soll die gesetzlich vorgeschriebene Dokumentation der psychosozialen Be-

- PSAPOH (B. Griebmeier)
- Ausschuss „Psychosoziale Onkologie“ im Tumor-Zentrum Berlin e.V. (R. Wiedemann)
- DAGTP (T. Winkler)
- Deutsche Gesellschaft für Psychologie (B. Kröner-Herwig)
- DGVT Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (W. Deubert)
- GNP Gesellschaft für Neuropsychologie (Dr. K. Schoof-Tams)
- Verband der gemeinnützigen Krankenhäuser für anthroposophisch erweiterte Medizin e. V. (P. Zimmermann)

- Fachgruppe Psychologinnen und Psychologen im Allgemeinkrankenhaus der Sektion Klinische Psychologie und Vorstand der Sektion Klinische im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen BDP (Ansprechpartner: Dr. Rupert Roschmann)
- Mukoviszidose e. V. (K. Cattelaens, T. Skepenat)

Bei Fragen können Sie sich gerne melden bei

Bettina Kunzmann
Tel. 06536/93 38 65

E-mail:

bettina.kunzmann@t-online.de
oder beim DFKGT

Mit freundlichen Grüßen, für die Vertreter des runden Tisches psychosozialer Betreuer in der Akutmedizin:

Prof. Dr. Reinhold Schwarz (PSO)
Dr. Oliver Krauß
(Koordination der Resolution)
Universität Leipzig, Selbständige
Abteilung Sozialmedizin,
Riemannstraße 32,
D-04107 Leipzig

Wissenschaftlicher Beirat erkennt Gesprächstherapie an

*Liebe Leserin, lieber Leser,
kurz nach Redaktionsschluss erreichte mich folgende sehr erfreuliche Mitteilung, die ich Ihnen – nachdem ich mehrfach über die Auseinandersetzung um die Anerkennung der Gesprächs- und Systemischen Psychotherapie berichtet habe – noch unterbreiten möchte:*

Datum: Do, 16. Mai 2002, 20:09:38
Mitteleurop. Sommerzeit

Kurzmeldung

Der Wissenschaftliche Beirat nach § 11 PsychThG hat auf seiner heutigen Sitzung die Gesprächspsychotherapie als wissenschaftliches Verfahren anerkannt.

Wir werden Sie darüber informieren, wenn weitere Nachrichten zur Art der Anerkennung vorliegen. Sicher scheint, dass die Gesprächspsychotherapie jetzt im Rahmen der Ausbildungsgänge für den Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten angeboten werden kann.

Klar ist aber auch, dass die Gesprächspsychotherapie mit ihrer wissenschaftlichen Anerkennung noch nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehört.

Sollten die gesprächspsychotherapeutischen Fachverbände DPGG und GwG die Gesprächspsychotherapie als Kassenleistung etablieren wollen, hätten sie mit der Entscheidung des wissenschaftlichen Beirates die erste Hürde genommen; die zweite Hürde, die Anerkennung durch den Bundesausschuss Ärzte-/Krankenkassen als Kassenleistung, stünde noch weiter aus.

Dipl.-Psych. Volker Schmid
DPTV-Präsidiumsmitglied

Anschrift und Telefonnummer sind der Redaktion bekannt

Veranstaltungskalender

**21.-22. Juni 2002, Frankfurt/Main
Zielorientierte Beratung und
Therapie – die Kunst des konstruktiven Fragens**

Leitung: Dr. Phil. Dipl.-Psych. Manfred Prior und Dipl.-Soz.-Päd. Ulrich Freund, Frankfurter Straße 19
D-65830 Kriftel b. Frankfurt
Tel. 0049 6192-910240
Fax 0049 6192 911 100
Manfred.Prior@meg-frankfurt.de
www.meg-frankfurt.de

**21.-23. Juni 2002, Hamburg
6.-8. September 2002, Berlin**

**Informations- und
Auswahlseminare
zur Weiterbildung in**

Klinischer Gestalttherapie
Anmeldeunterlagen und Weiterbildungsrichtlinien erhalten Sie über unser Sekretariat:

IGW Institut für Integrative Gestalttherapie Würzburg gGmbH
Theaterstraße 2
D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/354450
Fax 0049/931/35445-44
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de
www.igw-gestalttherapie.de

**Ende Juni 2002, Raum Würzburg
Fortbildung in**

Gestalt-Organisationsberatung
Ziel dieser Fortbildungsreihe ist eine umfangreiche Qualifikation in: Organisationsberatung/Teamentwicklung, Konfliktmanagement/Personalentwicklung.

Die Fortbildung beruht auf der besonderen, ganzheitlichen Perspektive des Gestaltansatzes, der über das Modell des Kontaktzyklus die Möglichkeit zur Diagnose von Prozessen in Gruppen und Organisationen zur Verfügung stellt.

5 Fortbildungsblöcke über ein Jahr verteilt, jeweils donnerstags bis samstags
Information: IGW GestaltAkademie Theaterstraße 2, D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/354450
Fax 0049/931/35445-44
www.igw-gestalttherapie.de
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de

**27.-29. Juni 2002, Hamburg
Kindheit heute – Realität und
Wunschdenken**

In Memoriam Leo Stern
IKE-Institut für Kindesentwicklung
eGmbH Lehr- und Forschungsinstitut
Mexikoring 35, D-22297 Hamburg
Tel. 0049-(0)40 6325055, Fax 6325875
E-mail:
ike-kindesentwicklung@t-online.de
www.kindheit-heute-congress.de

Juli/November 2002,

**Raum Würzburg
Fortbildung in
Gestalt-Paartherapie**

Joseph C. Zinker, Ph.D.
Sandra Zinker, Lic.Psych.

Bei dieser Seminarreihe handelt es sich um eine konzentrierte Fortbildung für die therapeutische Arbeit mit Paaren in der Kombination von Gestalttherapie mit systemischem Denken. Die Fortbildungsreihe läuft noch über 2 Seminare von jeweils 4 Tagen. Teilnehmer dieser Seminarreihe sind Professionelle mit einer Basisausbildung in Beratung oder Therapie

Information: IGW GestaltAkademie Theaterstraße 2, D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/354450, Fax 35445-44
www.igw-gestalttherapie.de
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de

**14.-18. Juli 2002, Vienna, Austria
3rd World Congress for
Psychotherapy**

Organiser: World Council for Psychotherapy (WCP)
Information: WCP Headoffice Löwengasse 3/5/6, A-1030 Vienna
phone +43 1 512 0444, fax 512 0570
E-mail: headoffice@worldpsyche.org
www.worldpsyche.org

**23.-28. Juli 2002, Oxford, England
10th World Congress of Music-
Therapy**

Office: Mrs. Denize Christophers, Administrator
25 Rosslyn Avenue,
East Barnet, Hertfordshire
Tel./Fax +44 (0) 2083688879
E-mail: info@bsmt.org

30. Juli – 9. August 2002, Berlin

31. Internationaler Sommerkurs Berlin

Vom Umgang mit Zeit in Gruppen und Organisationen – Dealing with Time in Groups and Organisations
Sektion Gruppendynamik im Deutschen Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik (DAGG)

Nähere Informationen:
Europäische Akademie Berlin
Bismarckallee 46–48
D-14193 Berlin
Tel. 0049-(0)30-895951-0
Fax 0049-(0)30-895951-95
E-mail: ir@eae.de

29. August – 1. September 2002, Toskana

„Lebendige Puppen: die Arbeit mit Puppen in der Gestalt-Kindertherapie“

Intensivseminar in Gestalt-Kindertherapie unter der Leitung der bekannten amerikanischen Gestalt-Kindertherapeutin Felicia Carroll, MFCC, in der Toskana.

Das Seminar ist von speziellem Interesse für alle, die therapeutisch mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und lehrt den gestalttherapeutischen Umgang mit Puppen als Medium.

Information: IGW GestaltAkademie
Theaterstraße 2
D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/354450
Fax 35445-44
www.igw-gestalttherapie.de
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de

29. August – 5. September 2002, Ligurien (Italien)

Gestalt, Körper und Mee(hr) – ein körperorientiertes Intensivseminar

Leitung: Gisela Steinecke und Evelyn Kastner, Psychotherapists European Certified

Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut-Aschaffenburg e. V.
N. d. Gr. Metzgergasse 7
D-63739 Aschaffenburg
Tel./Fax 0049 6021 218029
e-mail: info@gestalt-institut-aschaffenburg.de
www.gestalt-institut-aschaffenburg.de

September 2002 bis Mai 2003

Jim Kepner – Intensiv-Training in Gestalt-Körpertherapie

4-teilige Fortbildungsreihe als Postgraduierten-Training für GestalttherapeutInnen
Information: IGW GestaltAkademie
Theaterstraße 2, D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/35445-0, Fax 35445-44
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de
www.igw-gestalttherapie.de

5.–7. September 2002, Berlin

7. Internationale Jahrestagung der Gesellschaft für seelische Gesundheit in der frühen Kindheit e. V.

Subjekt von Anfang an: Aspekte der Identität in der frühen Kindheit
Information und Anmeldung:
Accept Kongressbüro, Siegfriedstraße 49–60, D-10365 Berlin
Tel. 030/55771516, Fax 030/55771514
E-mail:
kongressagentur@acceptberlin.de

8.–15. September 2002, Ligurien, Nähe San Remo

Gestalt-supervision, Berufsbezogene Selbsterfahrung und Leibarbeit

Postgraduierten-Intensivseminar
Leitung: Gisela Steinecke
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut Frankfurt am Main e. V.
Tel. 0049 (0) 69 740699, Fax 69 748722
www.gestalt-institut-frankfurt.de
E-mail:
info@gestalt-institut-frankfurt.de

21.–22. September 2002, Frankfurt/Main

Du bist Dein Körper – Integrative Gestalt-Körper-Arbeit

Leitung: Gisela Steinecke, Psychotherapist European Certified ECP
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut Frankfurt/Main e. V.
Wilhelm-Hauff-Straße 5
D-60325 Frankfurt/M.
Tel. 0049 69 740699
Fax 0049 69 748722
e-mail:
info@gestalt-institut-frankfurt.de
www.gestalt-institut-frankfurt.de

23.–25. September 2002, Osnabrück

Die Kunst des gewaltfreien Widerstandes gegenüber destruktivem Verhalten von Kindern und Jugendlichen

Eine Arbeitstagung der Universität Osnabrück, Fachbereich Psychologie und Gesundheitswissenschaften und des Instituts für Familientherapie Weinheim e. V., Freiburger Straße 46, D-69469 Weinheim (ist zugleich Anmeldeadresse)

27.–29. September 2002, Wien

3. Wiener Symposium „Psychoanalyse & Körper“

Thema: Körperbilder
26. September: Präsymposium
Veranstalter: AKP (Arbeitskreis für analytische körperbezogene Psychotherapie)
Organisation und Information:
DDr. Peter Geißler, Dr. Paul Fuchsigasse 12, A-2301 Neu-Oberhausen
Tel./Fax 0043-1-798 51 57,
0699-11874690, www.a-k-p.at
E-mail: p.geissler@i-one.at

28.–29. September 2002, Frankfurt/Main

Meditation als Therapie

Leitung: Gabriele Fleckenstein
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut Frankfurt/Main e. V.
Wilhelm-Hauff-Straße 5, D-60325 Frankfurt/M.
Tel. 0049 69 740699
Fax 0049 69 748722
e-mail:
info@gestalt-institut-frankfurt.de
www.gestalt-institut-frankfurt.de

28.–30. September 2002, Zürich

3.–4. Oktober 2002, Berlin

5.–7. Oktober 2002, München

16.–17. Oktober 2002, Wien

Erving Polster in Europa

Den Pionier der Gestalttherapie in seinem einmaligen Stil persönlich erleben zu können, ist eine ganz besondere und tiefe Erfahrung
Information: IGW
Theaterstraße 2, D-97070 Würzburg
Tel. 0049/931/35445-0
Fax 0049/931/35445-44
E-mail: info@igw-gestalttherapie.de
www.igw-gestalttherapie.de

17.–19. Oktober 2002, Wien

Fortbildung „Im Feld der Aufstellungsarbeit. Lerngang (Basistools)“

(1. Block von 4 Blöcken)
Leitung: Mag. Stefan Dörrer & Dr. Christian Kern
Information und Anmeldung: TIP-Institut, Spitalgasse 1, A-1090 Wien

Tel. 0043 1 402 68 30
Fax 0043 1 402 86 40
E-mail: office@tip-institut.net
www.tip-institut.net

**19.–20. Oktober 2002,
Aschaffenburg
Familienaufstellungen**

Leitung: Gisela Steinecke
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut-Aschaffenburg e. V.
N. d. Gr. Metzgergasse 7, D-63739
Aschaffenburg
Tel./Fax:0049 6021 218029
e-mail: info@gestalt-institut-
aschaffenburg.de
www.gestalt-institut-
aschaffenburg.de

**2.–3. November 2002, Frankfurt/
Main**

Integrative Traumatherapie
Leitung: Dr. med. Simon Gail,
Facharzt für Psychotherapeutische
Medizin, Oberarzt am Gestaltklinikum
der Hardtwaldklinik I, Bad
Zwesten, EMDR Supervisor
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut Frankfurt/Main e. V.
Wilhelm-Hauff-Straße 5
D-60325 Frankfurt/M.
Tel. 0049 69 740699, Fax 748722
e-mail: info@gestalt-institut-
frankfurt.de
www.gestalt-institut-frankfurt.de

**15.–17. November 2002,
Eisenstadt, Burgenland
„Die traumatisierte Patientin“
dem Schrecken Worte geben**
20. Arbeitstagung der Österreichischen
Gesellschaft für Psychosomatik

in der Gynäkologie und Geburtshilfe
www.netz-werk.com/psygyn
Tagungsleitung und Tagungsorganisa-
tion: Univ.-Prof. Dr. Marianne
Ringler
Marianne.Ringler@akh-wien.ac.at
Mag. Angelika Breser
Tel. 0043 1 40 400 30 61

**15.–17. November 2002,
Odenwald**

**Den eigenen Brunnen zum
Sprudeln bringen**
Ein ganzheitliches Erfolgstraining
Leitung: Gisela Steinecke, Psychothe-
rapist, European Certified ECP
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut-Aschaffenburg e. V.
N. d. Gr. Metzgergasse 7,
D-63739 Aschaffenburg
Tel./Fax 0049 6021 218029
e-mail: info@gestalt-institut-
aschaffenburg.de
www.gestalt-institut-
aschaffenburg.de

**16. November 2002, Raum Wien
Videomikroanalyse der frühen
Kind-Eltern-Interaktion**

Leitung: DDr. Peter Geißler (AKP)
Information:
Tel./Fax 0043 1 7985157
E-mail: p.geissler@i-one.at
www.a-k-p.at

**22.–24. November 2002,
Karlsruhe**

Organisationsaufstellungen
Leitung: Uta Wahl- Witte, Renate
Wilms-Klößner
Information und Anmeldung:
Gestalt-Institut Frankfurt/Main e. V.

Wilhelm-Hauff-Straße 5,
D-60325 Frankfurt/M.
Tel. 0049 69 740699
Fax 0049 69 748722
e-mail:
info@gestalt-institut-frankfurt.de
www.gestalt-institut-frankfurt.de

**29. November – 1. Dezember
2002, Wien
Schritt für Schritt – Heilsamer
Umgang mit Krebs**

Workshop mit Dr. O. Carl Simonton
Patientenworkshop: 29./30. 11. 2002
für Krebsbetroffene und Angehörige
Supervisionstag: 1. 12. 2002 für
PsychotherapeutInnen und
ÄrztInnen
Vortrag: 29. 11. 2002, Dr. O. Carl
Simonton
Veranstalter: Gruppe 94, Zentrum
für ganzheitliche Krebsberatung
und Dr. Thomas Schmitt, Arzt für
Allgemeinmedizin mit onkologischer
Schwerpunktpraxis
Information: Gruppe 94 Zentrum
für ganzheitliche Krebsberatung
Wiedner Hauptstraße 60b
Stiege 3, Tür 5
A-1040 Wien
Tel. 0664/63 91 065
E-mail: gruppe94@eunet.at
www.members.eunet.at/gruppe94/

**7.–8. Dezember 2002, Raum Wien
Praxis der Regression und
Körper-„Techniken“**

Leitung: DDr. Peter Geißler (AKP)
Information:
Tel./Fax 0043 1 79 85 157
E-mail: p.geissler@i-one.at
www.a-k-p.at